Die Situation an den Hochschulen ..... Seite 8

permanente revolution

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

Nr. 8 / Mai 1977 / Preis: S 7.-

Kampf dem Faschismus

Seit einigen Monaten treiben wieder braune Gestalten, die Mitglieder der faschistischen ANR,ihr Unwesen an der UNI. Fortschrittliche Studenten und linke Zeitungsverkäufer werden angepöbelt, Ausländer tätlich angegriffen, Bücherstände attackiert. Darüberhinaus fotografieren die Faschisten Genossen der extremen Linken, mit Vorliebe Perser der CISNU und der ISO. Was dies für jene bedeutet,muß nicht näher erläutert werden, die guten Verbindungen der Rechten mit der Stapo und dem Savak, dem persischen Geheimdienst, sind ja sattsam bekannt. Weiters ist das Plakatieren für linke Organisationen äußerst schwierig, wenn nicht schon gar unmöglich geworden. Hier kooperiert die ANR sehr eng mit der JES, dem RFS und, wie kann es auch anders sein, mit dem bürgerlichen Staatsapparat. Schon mehrmals wurden linke Plakatierer der Polizei ausgeliefert.

Das neuerliche Auftauchen faschistischer Kaderkerne auf Hochschulboden kann freilich nur aus einer allgemeinen Tendenzwende in der politischen Landschaft der Universität heraus begriffen werden. Das Rückfluten und Austrocknen der Studentenbewegung haben die Reaktion in ihren Versuchen ermutigt, ihr verlorenes Terrain wiederzugewinnen. An einer von der Linken dominierten Hochschule, wie etwa der roten Sorbonne im Mai 1968 in Paris,hätte sich dieses braune Geschmeiß niemals aufzutreten gewagt. Selbst der österreichischen Studentenbewegung, quantitativ der deutschen, französischen und italienischen bei weitem unterlegen, gelang es durch erfolgreiche Aktionen bei Scrinzis Slowenenhetzveranstaltungen,dieses Gesindel für Jahre von der Hochschule zu vertreiben. Neuformierungsversuche zu Beginn des Jahres 1975 scheiterten an der Wachsamkeit und dem massiven Widerstand hunderter linker Studenten.

So sind die jetzigen Aktivitäten der ANR nichts anderes als der konsequenteste Ausdruck des Rechtsrucks an der UNI-Szenerie, der in erster Linie von der JES getragen wurde. Die Linke steuerte das ihrige dazu bei, indem sie den Fehler beging,diese Kraft entweder überhaupt zu ignorieren oder sie als anachronistisches Gebilde, als monarchistischen Verband mit ein paar alten vertrottelten Adeligen im Hintergrund, zu verkennen. Und so konnte diese reaktionäre Gruppierung ungehindert ans Werk gehen. Ganz anders als die ÖSU, die sich ganz in ihren Jagden nach diversen Pfründen verlor, setzte die JES von vornherein auf intensive antikommunistische Indoktrination. Einschlägige Ideologieeinpeitscher, wie etwa der bestens bekannte ZDF-Moderator und Strauss-Freund Löwenthal - 'Freiheit statt Sozialismus' - oder Otto Habsburg,agierten in den Hörsälen und bereiteten den Boden für eine Rechtswende vor. Die Kader der ANR, die nicht wie die JES mit parlamentarischen Reminiszenzen'belastet' sind, versuchen nur,diesen nun eingeleiteten Prozeß auf die Spitze zu treiben. Ihre Propaganda faschistischen Gedankenguts ist der Samen, der auf die jetzt fruchtbare Erde fallen soll. Die ANR darf dabei nicht 'bloß' als eine der Rechtsgruppierungen, wie etwa die JES oder der RFS betrachtet werden. Ihrem Selbstverständnis und, soweit sich dies beurteilen läßt, ihren Aktivitäten nach, handelt es sich hier um einen genuin faschistischen Kadertrupp. Im Gegensatz zum RFS, der sich in seinem Bestreben,möglichst viele Mitglieder und Wahlstimmen zu erhaschen,ein rechtsliberales Mäntelchen umhängt, geht die ANR von einer kompromißlosen Verteidigung ihres faschistischen Programms und militanten Aktionen aus.

In der 'Richtung', ihrem Organ schreibt sie:*"Für die ANR als elitäre Kaderorganisation war von Anfang an klar, daß in absehbarer Zeit kein 'Massenandrang' zu verzeichnen ist, sondern die Auslesekriterien, nach denen ein Student den Weg zur ANR findet, sehr streng sind. Es ist also nicht Aufblähung mit Mitläufern als Ziel anzusehen, sondern*
1. eine einsatzfähige Einheit für Aktionen zu bilden
2. weltanschaulich die programmatisch treibende Kraft zu bilden
3. in der Öffentlichkeitsarbeit Nachrichten und Überlegungen in die Studentenschaft zu bringen.
... Unser Ziel ist nicht Stimmenfang, sondern Propagierung unseres Gedankengute ...Damit nimmt die neue Rechte eine Stellung ein, die die halbrechten Gruppen sowieso nicht innehaben, die ihnen sogar eine Chance einräumt, eine gewisse Existenzberechtigung zu erwerben, nämlich schrittweise zu jenen Positionen nachzuziehen, die die Neue Rechte als Kader vorauserkämpft".

Mit diesen, nicht näher ausgeführten Aktionen, d.h. Verprügeln von Linken, 'Abräumen' von Büchertischen, Sprengung von Veranstaltungen usw., will die ANR zum glaubhaften Attraktionspol für die Reaktion werden.

Jedenfalls hofft die ANR,einiges aus dem Verwesungsprozeß des RFS profitieren zu können. Dem unzufriedenen Burschenschafter, dem das in der Regel folgenlose Biertischgebrüll des RFS zu wenig erscheint,soll eine Alternative geboten werden. Dieser Ablösungsprozeß des rechten Flügels wird sich, so nimmt die 'Neue Rechte' an, durch die bevorstehende Wahlniederlage des RFS noch beschleunigen.

Kürzlich wurden die, längere Zeit schon vermuteten, konspirativen Verbindungen der ANR mit der JES bekannt. Über sie erhalten die Faschisten gewisse finanzielle Zuwendungen. Keineswegs darf jedoch daraus geschlossen werden, daß die JES nun ebenfalls faschistisch sei. Dem Parlamentarismus verbunden, fordert sie eine umfassende Verschärfung der Repression, fördert rechtsradikale Tätigkeit und dient somit als Wegbereiter der Faschisten. Politisch ist sie am ehesten am rechten Flügel der ÖVP - von der sie auch finanziell unterstützt wird - oder in der Nähe der bayrischen CSU anzusiedeln.

DIE REAKTION DER LINKEN

Nachdem die Entwicklung der JES an der Linken vorbeigegangen war, fühlte sich diese bemüßigt, den faschistischen Provokationen sofort und entschieden entgegenzutreten. Ein einziges Mal, auch das ist schon Monate her, wurde eine Hörerversammlung gegen sie mobolisiert. Ansonsten setzte man den Faschisten kaum Widerstand entgegen. Das aus verschiedenen Gründen. Die Maoisten z.B.,die aus der abstrakten Erkenntnis heraus, daß der Faschismus heute nicht die Hauptgefahr für die Arbeiterbewegung darstellt (was an sich richtig ist), mechanisch ableiteten, daß man gegen faschistische Kerne jetzt nicht militant vorgehen müsse - dies hat in der Vergangenheit sogar so weit geführt, daß es MLS-Mitgliedern untersagt wurde,an der antifaschistischen Kundgebung zu Beginn 1975 gegen den damaligen BNS teilzunehmen - zählten die Rechten zur 'bunten Palette des Volkes' und wollten mit ihnen diskutieren. Erst in letzter Zeit vollzog der KB in dieser Frage einen Schwenk. Andere wiederum waren von dem Gedanken beseelt, daß man, solange sich die Faschisten ruhig verhielten, keinen Riesenspektakel inszenierten, nichts gegen sie unternehmen solle, ein Verhalten, das, wie anhand der Praxis schon allzuoft überprüft, das genaue Gegenteil bewirkt. Eben die lahme Reaktion der Linken hat die Faschisten in ihrem Treiben bestärkt und ihnen mehr Raum für ihre Übergriffe gegeben. Von Mal zu Mal frecher kamen die Faschisten auf die Idee,nicht nur jeden Mittwoch, dem Tag der Burschenschafter (jeden Mittwoch findet in der Aula der UNI der Stehkonvent verschiedener Verbindungen statt), sondern auch an anderen Tagen die UNI-Luft zu vemiesen. Ein erster Störversuch bei einer linken Veranstaltung, der des KSV zum 'Geist von Helsinki',wurde lanciert.

Die Offensive der Rechten, zur unübersehbaren Tatsache geworden, mußte schließlich die Gegenreaktion der linken Organisationen hervorrufen, wollten diese nicht in den Ruf geraten, den Faschismus bloß verbal zu bekämpfen. Zudem wuchs die Empörung zahlreicher fortschrittlicher Studenten, die nicht mehr länger zusehen wollten - die Möglichkeit einer militanten Konfrontation begann erstmals konkrete Gestalt anzunehmen. Diese Entwicklung kulminierte in den Ereignissen am Mittwoch, den 30. März,und dem anschließenden Freitag, in deren Verlauf die Linke zuerst einen Sieg erringen konnte (am Mittwoch), dann aber schließlich am Freitag eine doch nicht ganz unbeträchtliche Schlappe hinnehmen mußte. Eine handvoll Faschisten - es waren ihrer nicht mehr als dreißig - konnten von mehr als hundert Linken von der UNI-Rampe, die der Ort einer Kundgebung zur Freilassung des am Mittwoch bei der antifaschistischen Kundgebung verhafteten Genossen Pühringer hätte sein sollen, nicht vertrieben werden. Warum dies so kommen mußte,liegt freilich nicht an irgendwelchen militärisch-strategischen Fehlentscheidungen, derer es auch genug gab, sondern hat vielmehr politische Gründe. Mehr oder weniger offen haben die Stalinisten beiderlei Geblüts den antifaschistischen Kampf sabotiert.Stellten sich die Moskaustalinisten nach Mittwoch ganz offen gegen die Bewegung, was bis zur Denunzierung reichte, so glänzten die Maoisten eher durch Passivität. Die Zentristen wiederum, allen voran die GRM, die durchaus bereit waren,militant zu kämpfen, konnten den Stalinisten keine korrekte politische Linie entgegensetzen. Stets nach den 'Großen' schielend, blieb der GRM schließlich nichts anderes übrig,als den Demobilisierungsbestrebungen der Reformisten entwaffnet zuzusehen. Es gilt an dieser Stelle,einmal eine Bilanz über die bisherigen Aktivitäten zu ziehen und die verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung etwas systematischer zu kritisieren. Nur das wird den Kampf gegen die Faschisten in die richtigen Bahnen lenken und vorwärts treiben.

ZWEI METHODEN IM KAMPF GEGEN DEN FASCHISMUS

Im Wesentlichen gibt es zwei Organisationen, die über eine konsequente politische Linie in dieser Frage verfügen. Die eine, die reformistische, die sich zumeist darauf beschränkt, an den bürgerlichen Staat zu appellieren,er möge doch die faschistischen Umtriebe verhindern, wird am offensten von der KPÖ vertreten. Mit dieser Methode haben die Moskaustalinisten, wie in der Praxis offenbar wurde,die Rolle des

Fortsetzung auf Seite 3



Inhalt:

verlag ergebnisse & perspektiven



Politische Literatur	Preis
‚Spartacus', Zentralorgan des Spartacusbundes	
bis Nr. 21 jede Ausgabe	0.50
ab Nr. 22 jede Ausgabe	1.00
1 Abonnement (10 Ausgaben inkl. Porto)	15.00
‚Ergebnisse &Perspektiven', Theoretisches Organ des Spartacusbundes	
Nr. 1 – Dokumente der Fusionskonferenz	3.00
Nr. 2 – Einschätzung der SPD, GIM, Chile, SAG	5.00
Nr. 3 – Thesen zur Arbeitslosigkeit, Lutte Ouvriere, Ceylon	5.00
Sonderausgaben von ‚Ergebnisse & Perspektiven'	
Nr. 1 Die Vierte Internationale wiederaufbauen, Interview mit einem Genossen der SAP, Revolutionary Communist Group /GB Die Frage der Internationale	3.50
Nr. 2/3 – Die Vierte Internationale nach dem II. Weltkrieg, Dokumente und Analysen	6.50
‚Spartacus-Flugschriften'	
Nr. 1 – Solschenyzin, Büttel der Reaktion	0.50
Nr. 2 – Marxismus und individueller Terror	0.50
Nr. 3 – Wahlprogramm des Spartacusbundes in Bremen.	0.50
Nr. 4 – Kritik an Programm und Praxis des KBW	3.00
Nr. 5 – Lehrstellen her, sonst knallt's!	1.50
Nr. 6 – Rechtshilfe für Arbeitslose (in deutsch)	0.50
Nr. 7 – Rechtshilfe für Arbeitslose (in türkisch)	0.50
Nr. 8 – Dje portugiesische Revolutbn in Gefahr	2.00
Nr. 9 – Unser Kampf im RASP / Ein Soldat der SUV berichtet	3.50
Nr. 10 – Unser Kampfprogramm gegen die Krise	1.00
Nr. 11 – Die MPLA, eine sozialistische Befreiungsbewegung?	0.50
Nr. 12 – GRS: MPLA und revolutionäre Arbeiterbewegung in Angola	3.80
Chilenische Lehren	3.00
‚Spartacus', Zeitung der Kommunistischen Jugendorganisation (KJO), Ausgaben Nr. 19-43 inkl. Sondernummern	10.00
Die vierte Internationale:	
Juni 1972 – enthält u.a.: Trotzki und der spanische Bürgerkrieg	2.00
Juni 1973 – enthält u.a.: Trotzki/Vom Plan der CGT ...	3.00
Schriften von Leo. D. Trotzki	
Übergangsprogramm/Schriften zum Programm	6.50
Verteidigung des Marxismus	17.80
Frau, Familie und Revolution	3.00
Verratene Revolution	8.00
Die russische Revolution 1905	13.50
1917 – Lehren der Revolution	3.00
Kopenhagener Rede / Drei Konzeptionen der russischen Revolution	3.80
Ihre Moral und unsere	3.00
Stalins Verbrechen	16.80
England/Europa und Amerika	11.80
Der Neue Kurs	6.50
Was nun?	4.80
Fragen des Alltagslebens	6.80
Fälschung der Geschichte der russischen Revolution	2.80
China, die erwürgte Revolution, Band 2	18.80
Kapitalismus oder Sozialismus	4.80
Wohin geht Frankreich	4.50
Bolschewismus und Stalinismus	1.00
Schriften über Deutschland, 2 Bände	92.00
Ergebnisse und Perspektiven, Permanente Revolution ...	9.00
Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?	9.00
Mein Leben (Autobiograhie)	8.80
Der junge Lenin	4.80
Revolution und Bürgerkrieg in Spanien 1931-1939,	
Band 1	9.50
Band 2	10.50
Trotzki, Kamenew, Radek, u.a./Die Rote Armee	4.00
Trotzki, Kondratieff, Mandel u.a. /Die langen Wellen der Konjunktur	14.80
Dokumente der Linken Opposition in der Sowjetunion	
Band 2	26.80
Band 3	29.80
Leon Sedow /Rotbuch über den Moskauer Prozeß	4.00
E. Preobazenskij / Die neue Ökonomik	18.80
John Reed/ 10 Tage, die die Welt erschutterten	7.90
Leitsatze der Komintern zur Organisationsfrage	1.00
Leitsatze der Komintern zur Gewerkschaftsfrage	1.00
V. Serge / Klassenkampfe in der chinesischen Revolution 1927	9.80
Abraham Leon / Judenfrage und Kapitalismus	9.80
Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenrate in Berlin vom 16.-21.12. 1918 Stenografische Berichte	24.80
Richard Müller / Vom Kaiserreich zur Republik	8.80
R. Müller / Der Bürgerkrieg in Deutschland	9.80
R. Müller / Die Novemberrevolution	12.80
Karl Retzlaw / Spartakus – Aufstieg und Niedergang	14.80
Pierre Broue / Deutsche Revolution 1918-23	5.80
F. Krey / Maria und der § 218	6.50
Kritik des chinesischen Kommunismus	1.50
Bommi Baumann/ Wie alles anfing	10.00
Wahlplakat des Spartacusbundes 1976	3.00
Angola-Plakat	3.00
Englische Literatur	
Leo.D. Trotzki	
Writings 1929, 1930, 1930/31, 1932	je 10.00
Writings 1932/33	9.00
Writings 1933/34, 1934/35	je 10.00
Writings 1935/36	8.00
Writings 1937/38 (neue Ausgabe)	11.00
Writings 1938/39, 1939/40	je 10.00
First five Years of the Comm. International vol. 1	10.00
First five Years of the Comm. International, vol. 2	10.00
Leon Trotsky Speaks	9.00
Against Individual Terrorism	1.40
On Literature and Arts (Leinen)	30.00
On Paris Commune	2.80
Military Writings	6.00
Marxism in our Time	2.20
On Engels and Kautsky	1.30
On Black Nationalism and Self-Determination	2.80
On the Trade Unions	2.80
On China (neu!!)	20.00
James P. Cannon (ehemaliger Führer der SWP)	
First Ten Years of American Communism	9.00
History of American Trotskysm	8.00
Letters from Prison	9.00
Notebook of an Agitator	9.00
The Socialist Workers Party in World War II	10.00
Speeches to the Party	10.00
Struggle for a Proletarian Party	10.00
Peng Shu-tse/Li Fu-jen, Revolutionaries in Maos Prisons	1.30
Dewey-Commission /The Case of Leon Trotsky	10.00
The Bolsheviks and the October-Revolution (ZK-Protokolle von August 1917-1918)	14.00
Schulungsmaterial der SWP/USA (bei diesem Schulungsmaterial der SWP handelt es sich um Dokumente und Beiträge aus der Geschichte der Vierten Internationale, des Internationalen bzw. Vereinigten Sekretariats und des Internationalen Komitees):	
Towards a History of the Fourth International, alle Teile	27.60
Part I – Three Contributions on Postwar Developments	1.30
Part II – vergriffen	
Part III – International Committee Documents	13.00
Part IV – International Secretariats Documents	10.00
Part V – History and Principles of the Left Opposition	1.30
Part VI – Class Collaborationism/ The LSSP in Sri Lanka	2.00
Peng Shu-tse, Peng Pi-lan / The Chinese Revolution	7.80
Class, Party and State and the East Europe Revolution	3.30
The Kronstadt Rebellion	1.30
Marxism vs. Ultraleftism (Healys Break with Trotskysm)	8.00
The Nature of the Cuban Revolution	2.50
What Course for Argentine Trotskysm (PST vs. PRT)	4.20
Frazione Marxista Rivoluzionaria della IV. Internazionale	
Problemi della Rivoluzione Portoghese	8.00
Bolletino della FMR (jede Ausgabe)	1.50

Verlagsanschrift: Ergebnisse & Perspektiven, Verlags- und Vertriebs- GmbH
Altenessener Str. 337, 43 Essen 12, Tel.: 0201/37 75 22
Postscheckkonto: Essen 377 31-437

Neu im Vertrieb bei Ergebnisse & Perspektiven:
Dokumente der Linken Opposition in der Sowjetunion, Band 4 .... 25.80 DM

ALLE PREISE IN DM. BESTELLUNGEN AN IKL, 1010 WIEN, POSTFACH 1454

Stalinismus oder Sozialismus

UNGARN 1956:

Diese Broschüre ist zum 20.Jahrestag der ungarischen Revolution erschienen.

Umfang: 184 Seiten
Preis: S 30,-

Bestellungen an:
Ergebnisse & Perspektiven, Essen

Fortsetzung von Seite 1



ANR-Faschisten auf der Uni-Rampe

Spalters und Verräters übernommen. Auf der Gegenseite unsere Linie, die jegliche Aufforderungen an den bürgerlichen Staatsapparat bezüglich der Faschisten ablehnt und die Auffassung vertritt, daß der Faschismus nur und ganz allein von der Arbeiterbewegung zerschlagen werden kann und Appelle nichts als Illusionen erzeugen. Man hat uns vor allem von Seiten der Pragmatiker der GRM, die das Konzept des Kampfes gegen den Faschismus 'auf allen Ebenen' vertreten - sie fordern das Verbot von ANR und NDP - in dieser Frage Sektierertum vorgeworfen. Nun sehen wir uns in der Lage, die Diskussion nicht bloß auf der abstrakten historischen Ebene abzuführen (was natürlich auch notwendig ist) sondern können, indem wir auf eine konkrete Erfahrung verweisen, aufzeigen, wie sich die Konzeption der Appelle schädlich auf den militanten Kampf auswirkte und die Zentristen diese Politik hilflos von links abdeckten. Tatsächlich vertritt die GRM eine Zwischenposition, die versucht, beide diametral entgegengesetzte Konzeptionen unter einen Hut zu bringen, was ihr nur gelingt, weil sie die Konsequenzen der einen sowie der anderen Linie nicht bis zum Ende zieht, wofür sie mit dem Preis des Schwankens und der politischen Kapitulation bezahlen muß.

Die Aktion am Mittwoch, wie sie ursprünglich geplant war, hätte zum Spiegelbild der Strategie der Reformisten werden sollen. Man hatte vor, durch eine konspirative Aktion den spontanen Protest der 'demokratischen' Studenten vorzugaukeln, wobei es auch an Bittgängen zum UNI-Rektor Seitelberger nicht gefehlt hätte. Man entwarf einen Plan anhand dessen es zu unvermeidlichen Provokationen von Seiten der ANR und der Burschenschafter gekommen wäre. Diese hätten dann durch den 'spontanen' Protest der anderswo versammelten linken Studenten beantwortet werden sollen. Abschließend war ein Marsch zu Seitelberger projektiert, den man auffordern wollte, die Faschisten wegen ihres undemokratischen Verhaltens von der UNI zu verbannen. Die dem Ganzen innewohnende Logik lief somit darauf hinaus, eine Situation herbeizuführen, in der die Faschisten als undemokratische Elemente, die Linken hingegen als Demokraten dastehen mußten. Der bürgerliche Staat, dem dabei die Rolle als Schiedsrichter zuerkannt wurde, hätte dann zu Gunsten der Demokraten, d.h. Antifaschisten eingreifen sollen, und nur deswegen wäre die Sache in die eigene Hand genommen worden, weil dieser sich für die Linken nicht (warum wohl?) eingesetzt hätte. Jedenfalls so wollte man diese Handlungen gegenüber den rückständigen Studenten und Seitelberger argumentieren.

Der Fehler eines MLS-Genossen, der nach einer offenkundigen Lüge eines Moskaustalinisten - die Maoisten würden keine Aktionseinheiten mit dem KSV gegen die Faschisten eingehen - durchdrehte und die geheime Aktion einem Auditorium von 500 Studenten, worunter sich auch JESler und STAPO-Agenten befanden, preisgab, veränderte die Ausgangslage schlagartig. Mit einem Mal wurde offenbar, daß eine solche Aktion geplant sein mußte. Jetzt war es unmöglich geworden, sich dem bürgerlichen Staat gegenüber als Demokrat aufzuspielen. Ja, formaldemokratisch gesehen hatte sich die Situation sogar in ihr Gegenteil verkehrt. Die Linken mußten nun als böse Schläger dastehen, die nur darauf aus waren, die 'demokratischen Unschuldslämmlein' der ANR zu verprügeln.

Die Reaktion der Stalinisten ließ dann auch nicht lange auf sich warten. Die dem Mittwoch vorangehende Aktionseinheitssitzung war von Rückziehern geprägt. Nachdem der KSV und der KSS sich gegen eine Aktion aussprachen, jedoch anfänglich ihre Bereitschaft erklärten, falls die Mehrheit der anwesenden Organisationen eine solche wünschten, mitzutun, drang im weiteren Verlauf immer mehr an die Oberfläche, daß man aus den oben genannten Gründen prinzipiell nicht bereit war mitzukämpfen. Die Stalinisten sahen eben ihre Strategie gefährdet. Sowohl KSV-, als auch KSS-Vertreter haben dies in unüberbietbarer Offenheit ausgesprochen. Die MLS wiederum nahm dieses kapitulantenhafte Verhalten zum Anlaß, ihren eigenen Beitrag zur 'Mobilisierung' zu leisten. Auch sie zog ihre Beteiligung an diesem Projekt zurück.

Übrig blieben nur die GRM, die SOAK, diverse Basisgruppen und unsere Organisation. Daß die GRM nicht auch zurückwich, ist nur ihrer eigenen Inkonsequenz zu verdanken. Hatte sie doch die politische Stoßrichtung dieser Aktion gebilligt und fand sie es doch ganz praktikabel, mit zu Seitelberger zu marschieren. Wie der Ochs vorm neugestrichenen Tor mußte sie nun vor dem Scherbenhaufen dastehen, ohne jemals einen politischen Kampf geführt zu haben, ohne eine korrekte Perspektive aufzeigen zu können. Es stellt sich hier vielleicht die Frage, was sich geändert hätte, wenn es möglich gewesen wäre, der Aktion eine richtige Stoßrichtung zu geben. Man darf sich natürlich keine Wunder erwarten, die Reformisten hätten auch so, wahrscheinlich schon früher, gespalten. Aber es wäre von Anfang an klar gewesen, auf welche Kräfte man bauen könnte, man hätte durch eine bereits Tage vorher angekündigte Kundgebung - wie wir sie übrigens vorschlugen - trotzdem große Mobilisierungen erreichen können und ein erster Schritt zur Isolierung der reformistischen Führungen von ihrer Basis wäre gesetzt worden.

Die Ausgangssituation für Mittwoch sah nach Ende der Sitzung alles andere als rosig aus. Alles hing infolge der politischen Fehlorientierung an einem Faden. Nur vage Versprechungen, man werde ein gewisses Kontingent an Genossen stellen, wurden gemacht. Die Linke demobilisierte größtenteils, die Rechte war vorgewarnt. Daß die Faschisten dann doch erfolgreich von der UNI-Rampe vertrieben werden konnten, geschah schließlich nicht wegen, sondern trotz der Aktionseinheit. Es war - groteskerweise - eine spontane Aktion. Zahlreiche militante Linke erteilten der ANR eine ihr gebührende Lehre.

Wir hatten die Vorgangsweise der Reformisten von Beginn an verurteilt. Wenn wir uns bereit erklärten, an der geplanten Aktion mitzumachen, dann nicht deswegen, weil wir die ihr innewohnende falsche politische Tendenz akzeptierten, sondern weil wir es erstens als prinzipiell erachteten, daß sich die Organisationen gegenseitig vor der Konterrevolution schützen und weil wir zweitens in ihr die Möglichkeit sahen, dem Faschismus militant entgegenzutreten. Wir gingen von der starken Mobilisierungsfähigkeit der Linken aus und schätzten, daß etwa 200 Linke das braune Gesindel ohne weiters verjagen könnten. Daß sich schließlich 200 Linke trotz der weitestgehenden Absenz von MLS und KSV zusammenfanden, deutet nur an, um wieviel es unter günstigeren Umständen hätten mehr sein können.

Sofortige Einstellung des Verfahrens gegen W. Pühringer!

Gegen Ende der antifaschistischen Kundgebung vom Mittwoch, den 30. März, ging die Polizei an der Seite der Faschisten gegen die linken Studenten vor. Willkürlich griff sie sich Antifaschisten aus der Menge heraus und verhaftete sie. Einer davon, Genosse Pühringer, wurde ins Landesgericht eingeliefert und in Untersuchungshaft gesteckt. ANR-Mitglied Gasser hingegen, der im Verlauf der Kundgebung mehrmals mit einer Gaspistole auf die Linken schoß und ebenfalls 'verhaftet' wurde - man geleitete ihn freundschaftlich zum Polizeiauto - war nach kurzer Zeit schon wieder frei. Deutlicher kann das Verhältnis Polizei-Faschisten wohl schwerlich manifestiert werden. Unter äußerst widrigen Umständen wurden daraufhin die ersten Versuche gemacht, Pühringer freizubekommen. Zweifelsohne waren durch die Osterferien der Mobilisierung sehr enge Grenzen gesetzt, doch ließ sich dadurch nicht ein gewisses Desinteresse verbergen. Einmütig hatten sich die anderen Organisationen der Wiener Linken gegen eine begrenzte Solidaritätskampagne, wie wir sie vorschlugen, ausgesprochen. Ein Genosse der MLS ging sogar so weit, es als Fehler zu empfinden, den Fall Pühringer ins Zentrum der Agitation zu stellen, womit er wieder einmal bewies, daß seine Organisation die Repression überhaupt nicht ernst nimmt. Was übrig blieb, war eine kleine Kundgebung mit ca. 60 Teilnehmern am Mittwoch, den 6. April. Immerhin bewirkte sie und die zahlreichen Unterschriften, daß Pühringer am 7. April ohne Angabe von Gründen freigesetzt wurde. Das ist ein Erfolg!

Damit ist dieser Fall jedoch keineswegs beendet; Pühringer sieht einem Prozeß entgegen, der ihn ohne weiteres ins Gefängnis bringen kann. Unter größtenteils absurden Beschuldigungen soll er angeklagt werden:

- Der Hauptanklagepunkt lautet auf schwere Körperverletzung. Guido Wohlleben, wie Gasser ANR-Mitglied, identifizierte ihn als einen der 'Prügler'. Wahrscheinlich hatte sich Wohlleben Pührigers Gesicht bei dessen Verhaftung gemerkt.
- Pühringer habe Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet.
  Nach seiner Verhaftung sei er renitent gewesen. Das, obwohl ihm sofort die Hand auf den Rücken gedreht wurde, er also gar nicht in der Lage war, Widerstand zu leisten und, wie Zeugen bestätigen, auch gar nicht den Versuch dazu unternommen hatte.
- Ferner hat man vor, ihm alle möglichen Kleinigkeiten, wie etwa regelmäßige Beteiligung an diversen 'Schmieraktionen' anzudichten, was noch strafverschärfend wirken könnte.

Der Versuch, Pühringer zu kriminalisieren, hat in erster Linie exemplarischen Charakter und dient der Einschüchterung der Linken. Gelingt er, so hat sich der bürgerliche Staat damit ein äußerst wirksames Mittel zu noch rigoroserem Vorgehen in Zukunft geschaffen. Deshalb ist es dringender denn je, den Übergriffen der bürgerlichen Klassenjustiz entschieden entgegenzutreten.
Nächster Schritt zur Verteidigung des Genossen Pühringer muß der Kampf um die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen ihn sein. Jede Haltung, vor bürgerlichen Gerichten 'Gerechtigkeit' zu suchen, oder bloß anhand der Prozeßführung den bürgerlichen Staat 'entlarven' zu wollen, würde nicht nur Illusionen schaffen, sondern auch den Genossen den Fängen der bürgerlichen Justiz ausliefern.

Korrekte Stoßrichtung dieses Kampfes muß die kompromißlose Verteidigung der antifaschistischen Kundgebung und die mit ihr verbundenen Aktionen sein. Dem bürgerlichen Staat muß jedes Recht abgesprochen werden, über die Handlungen der Arbeiterbewegung zu richten. Nicht wieder darf der Fehler wie beim Iberia-Prozeß begangen werden, wo alles auf der Ebene der Fakten abgehandelt wurde. Obwohl es natürlich nötig ist, alle falschen Unterstellungen zurückzuweisen und diese propagandistisch zur Entlarvung der Funktion bürgerlicher Rechtssprechung zu verwerten, liefe ein Verbleib auf dieser Ebene darauf hinaus, diese Aktion zu verleugnen und wäre dem Kampf gegen den Faschismus abträglich. Vielmehr müssen die Kriminalisierungsversuche zum Anlaß genommen werden, eine enge Verbindung zwischen antifaschistischem Kampf und dem gegen die Repression herzustellen.

SOFORTIGE EINSTELLUNG DES VERFAHRENS!

DIE KPÖ - WO SIND DIE GRENZEN DES FALLS?

Unter unserem Druck und dem eines GRM-Genossen kam ein Flugblatt zustande, das auch vom KSV, dem KSS und dem VSStÖ unterzeichnet wurde. Mit einer Einschränkung ist es Ausfluß unserer Linie. Jedoch, schon die Art und Weise der Durchsetzung des Textes sprach Bände und zeigte, wie Bürokraten verhandeln. Die politische Diskussion war in der Tat nebensächlich. Erstrangig wurde die Frage behandelt: Wer unterzeichnet? Anwesend von dem gegenseitig sich haltenden Dreieck KSV, KSS, VSStÖ waren nur die beiden erstgenannten. Der KSS machte seine Unterschrift von der des KSV und des VSStÖ abhängig, der KSV wiederum wollte nur gemeinsam mit dem KSS unterzeichnen. So hing alles am VSStÖ. Als dieser nach einem längeren Telefongespräch schließlich sein Einverständnis gab, konnte erst die eigentliche Diskussion beginnen.

Das Endprodukt traf dann Aussagen, die, geht man von der trotzkistischen Analyse des Stalinismus aus, wahrlich seltsam erscheinen mußten. Dies war für uns freilich kein Grund, plötzlich Illusionen in die KPÖ zu bekommen, uns war von vornherein klar, daß sie dieses Abkommen tausendmal brechen würde. Vielmehr ist es notwendig, aufzuzeigen, wie wenig die Stalinisten bereit sind, einen wirklich konsequenten Kampf gegen den Faschismus zu führen.

Unter anderem stellte das Flugblatt fest: *"Grundsätzlich muß die Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung, deren Kampf es hauptsächlich ist, den wir führen, gewahrt bleiben."* In dieser Formulierung ist genau beinhaltet, daß der Kampf nicht mittels Appelle an den bürgerlichen Staat geführt werden kann - genau das würde die Unabhängigkeit preisgeben. Klar, daß die KPÖ, die ja ihre gesamte Politik auf Bittgänge zur Regierung reduziert, dies in der Praxis nicht akzeptieren konnte. Und so verstreute Graber schon am Donnerstag den 31. März in der 'Volksstimme' die üblichen Illusionen in den bürgerlichen Staat: *"Die Verantwortung* (für die Mittwochprügelei, d.Verf.) *der Regierung liegt genau darin, daß sie nichts gegen den verfassungswidrigen Spuk der Rechtsradikalen Neonazi unternimmt."* Die Regierung also, nicht die Arbeiterbewegung, soll den faschistischen Spektakel unterbinden. Daß man sich dabei auf die Verfassung beruft, entbehrt wie am Beispiel der Slowenen - denen selbst der schwammige Artikel 7 der Verfassung auf Dauer vorenthalten wird - nicht einer gewissen Pikanterie.

Die Moskaustalinisten gingen ihren Weg konsequent weiter. Nachdem sie von Anfang an demobilisierend wirkten, brachen sie den zentralen konkreten Punkt des Flublattes: *"Um den Antifaschisten eine gute Ausgangsposition zu schaffen schlagen die unterzeichneten Organisationen vor, sich einander im Kampf gegen die Faschisten zu unterstützen. Im Mittelpunkt stehen der gemeinsam organisierte Schutz zur gegenseitigen Unterstützung für Flugblattverteiler, Zeitungsverkäufer, für Büchertische und für Veranstaltungen fortschrittlicher und linker Organisationen."* Als die Gespräche um dieses Abkommen am Mittwoch, den 30. März in die konkrete Phase eintraten, entzog sich eben derselbe Graber dieser Verantwortung. Man wolle sich, von Seiten des KSV nur auf längerfristig geplante Aktionen einlassen, so pflegte es dieser Apparatschik auszudrücken. Im Klartext hieß das: Keine Schutztruppe des KSV für Donnerstag und Freitag. Weiter gings. Wie zu erwarten wich die KPÖ vor der bürgerlichen Hetze zurück und griff dabei zum übelsten Denunziantentum. Ein weiterer kräftiger Schluck aus dem stalinistischen Kelch, sicherlich noch nicht bis zur Neige geleert, wurde eingenommen. Lassen wir wieder Graber sprechen: *"Freilich kommt der Regierung und den Massenmedien gelegen, daß einige ultralinke Studentengruppen ihren Antifaschismus durch Prügelein wie die vom Mittwoch beweisen zu können glauben. Daß diese Gruppen wie zum Beispiel die Trotzkisten den offiziellen Kreisen gerade dadurch Anlaß geben, den Märchen von den 'linke- und rechtsradikalen' Studenten aufzutischen, kennzeichnen ihre Funktion."* ('Volksstimme', 31.3.)

Der Fehler der MLS wird - nicht zufällig - so gebracht, als hätte diese die Aktion bewußt an die Polizei und die Faschisten verraten und damit den antifaschistischen Kampf offen sabotiert. *"Der Kommunistische Studentenverband, der wiederholt spontane antifaschistische Kundgebungen unterstützt hatte, distanzierte sich von der 'Kommandoaktion' der Ultralinken, die durch die Maoisten noch dazu der Poli-*

sei bekanntgemacht und so zum Vorwand für einen gezielten Polizeieinsatz wurde ..." Kein Wort davon, daß sich der KSV zuerst an dieser 'Kommandoaktion' beteiligen wollte. Nach der Verleumdung nun eine offene Lüge!

Mit diesen Äußerungen stellt sich die KPÖ in dieser Frage unmißverständlich auf die Seite des bürgerlichen Staates. Sie, die Braven, die Demokraten, hätten damit nichts zu tun, nein, nein! Die Trotzkisten sind's, die die KPÖ in Verruf bringen, weil sie sich erdreisten, militant gegen die Faschisten vorzugehen. Ihnen wird von diesen Bürokraten die Funktion des Wegbereiters des Faschismus zugedacht - welch verkehrte Welt. Wie lange wird es eigentlich noch dauern, bis die KPÖ vollends den Weg der PCI einschlägt, die heute schon von Linksfaschisten spricht und das Verbot sowohl der Rechts- als auch der Linksextremisten fordert? In ihrer Politik ist diese Konsequenz jedenfalls schon zur Gänze angelegt. Eines Tages wird sie sie auch ziehen!

Jedem kritischen KPÖ-Genossen, sollte damit klar werden, daß diese Partei infolge ihrer reformistischen Orientierung nicht bereit ist,wirklich gegen den Faschismus zu kämpfen.

DIE MLS - GROSSE WORTE, WENIG TATEN!

Sabotierten die Moskaustalinisten den Kampf bisher offen, so fielen die Maoisten eher durch ihre Bassivität auf. Ihr Verhalten bei den Aktioneinheitssitzungen, wie schon eingangs erwähnt, hatte ihnen jedenfalls nicht zu Ruhm und Ehre gereicht. Dabei stellt es schon einen großen Fortschritt dar, daß sie sich jetzt wenigstens verbal für einen militanten Kampf gegen den Faschismus aussprechen. In einem Flugblatt, das am Freitag verteilt wurde, nahm man den Kampf in klobig-maoistischer Art gar besonders voll: *"Diese Leute (die Faschisten) müssen - wie wenig sie auch sind - energisch bekämpft werden! Sie müssen als reaktionärer Stoßtrupp bekämpft werden! Ihrem Treiben muß Einhalt geboten werden. Die MLS ruft alle demokratisch gesinnten Kollegen auf,den Nazis entschieden entgegen zu treten."*

Indes bleiben lärmende Worte solange Phrasen, als sie nicht die praktische Tätigkeit bestimmen. Und diese sah bei den werten Marxisten-Leninisten doch ganz anders aus. Auch sie demobiliserten vor dem Mittwoch und waren richtiggehend beleidigt, als man sie daraufhin ansprach. Mit Unschuldsmiene erwiderten sie, daß ja nichts ausgemacht gewesen wäre. Aber auch am Freitag, dem Tag ihrer großen Worte, waren sie kaum zahlreicher vertreten als sonst und waren, wie sie uns versicherten, auf keine Konfrontation aus. Welche Armseligkeit im Angesicht von mehr als zwanzig mit Helmen und diversen Waffen ausgerüsteten Faschisten, die nur darauf brannten, die Linke zu verprügeln. Vor allem die MLS, die in der Aktionsleitung abwiegelte, hatten großen Anteil daran, daß die UNI-Rampe nicht gesäubert werden konnte, was eine Zeit lang durchaus möglich gewesen wäre. Auch diese Organisation zeigt keinerlei Bereitschaft, effektiv gegen die Faschisten zu kämpfen.

DIE GRM - POLITISCHE IMPOTENZ DES ZENTRISMUS

Im Gegensatz zu den anderen Organisationen hat sie begriffen, daß gegen die Faschisten, auch wenn sie noch kleine Häuflein von Kadern sind,bereits heute der militante Kampf aufgenommen werden muß. Wozu sie jedoch nicht fähig ist - nicht zufällig - ist,dem Kampf eine korrekte Stoßrichtung zu geben. Schon eingangs haben wir gezeigt, wie sie dem Treiben der Reformisten hilflos zusehen mußte. Aber sie tat noch mehr. Indem sie zum Protagonisten der Losung 'Verbot von ANR und NDP' nach der Mittwochaktion wurde, bewies sie zum einen, daß sie unfähig ist, auch nur irgendetwas aus den Erfahrungen zu lernen und praktizierte zum anderen Spaltertätigkeit, da es demzufolge unserer Organisation unmöglich war, das zweite Flugblatt zu unterschreiben. Hingegen wurde die Forderung nach der Unabhängigkeit vom bürgerlichen Staat, Kern des ersten Flugblattes, gestrichen. Damit schlug sich die Anbiederung an die Reformisten nieder. Bei der Kundgebung am Freitag schließlich entblödete sich ein Genosse der GRM nicht, die Polizei aufzufordern, die Faschisten von der Rampe zu verjagen. Mag es auch in dieser Situation, wo wohlbewaffnete Polizeiketten der schlecht ausgerüsteten Linken den Weg zu den Nazis versperrten, wahrhaft burlesk angemutet haben, so ist doch die Geisteshaltung entscheidend. Weil man sich selbst nicht in der Lage sah,gegen die Rechten vorzugehen,wollte man die Polizei (!) dafür einspannen, nach dem Motto: Die Polizei, dein Freund und Helfer. Genau damit sät man Illusionen. Und als die ANR dann endlich abzog,wurde dies von der GRM als großer Sieg gefeiert. Das, obwohl die Faschisten eine Stunde lang ungehindert, von der Polizei beschützt, 'Tod den Verrätern' und ähnliche Parolen rufen konnten. Dies kann nicht als grenzenlose Dummheit, dies muß als Zynismus ausgelegt werden.

Nirgendwo wird klarer,wie sehr die GRM infolge ihrer opportunistischen Orientierung dazu verurteilt ist, in den entscheidenden Momenten vor dem Reformismus zu kapitulieren.

Im Schatten ihrer perspektivlosen Militanz tummeln sich die Reformisten, die so die Bewegung nach Belieben zurückzerren können. Eine solche Orientierung muß kompromißlos bekämpft werden.

Um den Faschismus zu bekämpfen,haben kürzlich eine Reihe von Organisationen,darunter die IKL, konkrete Abmachungen beschlossen. Dies ist ein erster Schritt. Doch wie die Geschichte und die jüngste Vergangenheit immer wieder bewiesen haben, genügt es nicht,einfach nur den reaktionären Kräften militant entgegentreten zu wollen. Will die Bewegung nicht in Verwirrung und Spaltung enden, so muß sie sich Klarheit über ihre Ziele verschaffen.

Der Kampf gegen den Faschismus muß unabhängig vom bürgerlichen Staat geführt und gegen diesen ausgerichtet werden!



Wie gegen den Faschismus kämpfen?

"Nichts steigert die Frechheit der Faschisten mehr als der schlappe 'Pazifismus' der Arbeiterorganisationen". "Wenn die Arbeiter, ungeachtet des Fehlens einer 'revolutionären Situation' die patriotischen Muttersöhnchen einige Male auf ihre Art zurechtweisen, so wird die Anwerbung neuer faschistischer Banden mit einem Schlag unendlich schwieriger werden".

(Leo Trotzki, Wohin geht Frankreich?)

Das verstärkte Auftreten der Faschisten auf der Universität, welches ja nur krassester Ausdruck einer Rechtswendung des politischen Klimas ist und die erfolgten Gegenmaßnahmen durch die Linke, haben eine Reihe von Fragen aufgeworfen, die zu beantworten sind, will diese Linke in einer breiten Aktionseinheit den Faschismus - bereits jetzt - politisch isolieren. Denn darüber wird sich jedes ernsthafte Mitglied jener Organisationen, die bereit sind,praktische Schritte zu setzen, Gedanken machen müssen: Das politische Klima an der Universität stellt nichts anderes dar, als einen hochempfindlichen Seismographen, der Verschiebungen des gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisses anzeigt, auch dann - und dies ist ohne Zweifel der Fall - wenn sie noch weitestgehend im Entstehen begriffen sind. Die Universität wird für die Faschisten nur ein Ausgangspunkt sein. Haben sie hier die 'rote Brut' besiegt, werden sie - an Zahl und Moral erheblich gestärkt - dazu übergehen, die Lokale der linken Organisationen anzugreifen. Kurz, die Linke muß sich darüber im Klaren werden, welches Ziel sie wie - mit welcher politischen Methode - erreichen will.

Voraussetzung für eine solche Klarheit ist aber erst einmal das offene Aufzeigen der Differenzen und die politische Auseinandersetzung. Nichts wäre jetzt schädlicher als eine Stimmung, die auf der Ebene des unklaren Antifaschismus stehen bleibt. Die Mobilisierung möglichst vieler Studenten (nebenbei bemerkt: Eine notwendige Aufgabe wird auch darin bestehen, Arbeiter - vermutlich besteht im Moment die größte Aussicht bei Teilen der organisierten Arbeiterjugend - in die Maßnahmen einzubeziehen) ist natürlich wichtig. Aber Mobilisierung an sich mag einen kurzfristigen Erfolg bringen, auf Dauer jedoch muß man den Mobilisierten eine Perspektive weisen. In jedem anderen Falle wäre das Zerfallen der Bewegung und ihre Niederlage die einzige Konsequenz.

Eine Auseinandersetzung über die korrekte Methode des Kampfes gegen den Faschismus zu führen hat ohne Zweifel auch für die unmittelbare Zukunft große Bedeutung, denn die Vertreibung der Faschisten von der Universität, wäre ja nicht das Ende dieser Bewegung. Der Faschismus hat seinen Nährboden in der kapitalistischen Krise, die auch in diesem Lande an Umfang und Ausmaß zunimmt. Die Radikalisierung des Kleinbürgertums findet nicht zufällig - und auch nicht zum ersten Male in der Geschichte - zuerst ihren offenen Ausdruck auf dem Boden der bürgerlichen Universität, wo die studierende 'patriotische' Jugend (in unserem Falle handelt es sich zwar um Deutsch-Nationale, doch dieser Unterschied ist nur für die KPÖ von größerer Bedeutung) empfindlich auf jede politische Verschiebung reagiert.

Die Diskussion und Auseinandersetzung zu dieser Frage soll also erreichen, daß das Kampfpotential - wir zweifeln nicht daran, daß sich in allen linken Organisationen viele Genossen befinden, die tatsächlich etwas tun wollen - richtig und zielführend eingesetzt wird.

EINIGES ÜBER LOSUNGEN UND ÜBER TAKTIK

Die politischen Differenzen, die wir zu den anderen Organisationen haben, welche ihre Bereitschaft zu praktischen Schritten zeigten, finden ihren schärfsten Ausdruck in der Aufstellung (bzw. Nichtaufstellung) bestimmter Forderungen und Losungen. Klarerweise - dies versteht sich von selbst - ist damit auch die Frage der Art und Weise des Kampfes, der Mobilisierung usw. verbunden.

Politisch ernsthafte Menschen und Organisationen (wir verwenden diesen Begriff mit voller Absicht, weil dies nicht nur für Kommunisten gilt), stellen Forderungen und Losungen nur dann auf, wenn diese dem Ziel, das sie damit erreichen wollen, nicht abträglich sind und wenn diese Forderungen und Losungen einer bestimmten politischen Methode entsprechen. Dies gilt für mobilisierende Forderungen und Losungen ebenso, wie für propagandistische.

Der Begriff der Taktik scheint für so manchen Angehörigen von linken Organisationen, stets nur ein anderer Begriff für Nachgeben zu sein. Wenn wir unter Taktik das Erreichen eines bestimmten Teilzieles verstehen - und wir verstehen das darunter - dann muß klar sein, daß die politische Methode einer Organisation natürlich auch in der Anwendung einer Taktik ihren Ausdruck finden muß und auch wird. Kurz, die Taktik kann dem zu erreichenden Ziel nicht entgegengesetzt sein, bzw. kann sie das schon, bloß handelt es sich dann eben um eine falsche Taktik. Die tollsten Kapriolen politischer Natur schlägt hierbei der Zentrist, der seine opportunistische Praxis vor der eigenen Organisation stets mit dem schelmischen Hinweis, es würde sich ja 'nur' um Taktik handeln, abzudecken versucht. Doch ist dies ebenso blöd- wie stumpfsinnig. Taktische Methoden und Fragen der Erreichung eines bestimmten Zieles sind ja nicht getrennte Faktoren, sondern - das müßte eigentlich jedem ABC-Schützen der marxistischen Politik klar sein -, das letztere, kann ohne die korrekte Anwendung des ersteren nicht erreicht werden.

Womit wir beim eigentlichen Gegenstand wären. Was es also zu untersuchen gilt, ist, ob die Losungen, Forderungen und Perspektiven,die von der Mehrzahl der an der Aktionseinheit beteiligten Gruppen aufgestellt werden, zielführend sein können, wenn wir davon ausgehen, daß dieses Ziel darin besteht, das politische Agieren der Faschisten - vorerst nur auf dem Boden der bürgerlichen Universität - zu verhindern. Es handelt sich dabei keineswegs um Fragen des abstrakten Prinzips, sondern einzig um solche der politisch-praktischen Tauglichkeit.



WER SOLL UND WER KANN DIE ANR VERBIETEN?

"In Theorie und Praxis also ein Haufen von Neonazi, der zumindestens einem halben Dutzend Artikeln von Staatsvertrag, Verfassung und Strafgesetz im Widerspruch steht. Da soll man nix machen können?". So schreibt das Zentralorgan der KPÖ, die 'Volksstimme' am 1o. April und nicht nur aus diesem Artikel geht klar hervor, wer nach den Vorstellungen der KPÖ "etwas machen" kann und soll - der bürgerliche Staat. Wenn der Autor des Artikels am Schluß feststellt: *"Wer sich da auf die Behörden eines Staates verläßt, der ehemalige SSler in Spitzenfunktionen setzt, ist selber schuld. Wer wirklich etwas gegen den braunen Terror im kleinen wie im großen hat, wird sich allerdings nicht darauf verlassen, sondern durch massiven Druck erzwingen, daß der braune Sumpf endlich trockengelegt wird"*, dann bedeutet das nicht, daß er für den Kampf gegen die Faschisten eintritt. "Druck" soll ja auf den Staat ausgeübt werden, der an sich 'brauchbare' Gesetze hat, diese aber (warum wohl?) nie einhält. Konsequent weitergeführt geht es dann bei der ganzen Sache um einen Kampf der 'Demokraten' gegen die 'Antidemokraten', wobei die Hülle des Staatsapparates auch von 'Antidemokraten' durchsetzt ist, weswegen die 'demokratischen' Gesetze auch nicht zur Anwendung kommen können. Die Losungen, die dieser politischen Methode entsprechen, sind "Für das Verbot der ANR" und solche, die die Nichtzulassung der ANR zu den kommenden Hochschulwahlen betreffen.

Die Moskau-Stalinisten haben dieser politischen Methode den Namen 'Antimonopolistische Demokratie' gegeben, die davon ausgeht, daß der bürgerliche Staat nicht mehr das Unterdrückungsorgan der Bourgeoisie ist, sondern durch den 'Druck' und die politische Arbeit der 'Demokraten' zu einem unterstützenden Werkzeug bei der 'Umgestaltung' der Gesellschaft wird. Die Stalinisten berufen sich dabei vor allem auf die,nach dem 2. Weltkrieg geschaffenen,'antifaschistischen' gesetzlichen Grundlagen (in Österreich auf den Staatsvertrag). Die Konsequenzen einer solchen politischen Methode sind klar - Erziehung der Kader und der Arbeiterklasse im Nationalismus, Schaffung und Verstärkung der demo-

kratischen Illusionen, politische Entwaffnung der Arbeiterklasse, die in revolutionären Perioden durch die praktische Entwaffnung komplettiert wird.

Wenn wir also diese Losungen ablehnen, so tun wir das wegen der in ihnen enthaltenen politischen Konsequenz.

Der faschistische Pistolenschütze wird von der Polizei zum Wagen geleitet und nach einigen Stunden wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Student Pühringer, der sich zur Wehr gesetzt hatte, wird an den Haaren und im Polizeigriff abgeschleppt, tagelang eingesperrt und unter Anklage gestellt. Schon in diesen Fakten wird die Funktion der Faschisten und ihr Verhältnis zum Staat deutlich. Jeder Linke kennt genau das durchaus positive Verhältnis der Staatspolizisten zu den Faschisten, zumindest kann er dies bei fast jeder Demonstration beobachten. Zwischen den offen auftretenden Faschisten - die heute noch gering an Zahl sind - und reaktionären Offizieren, Polizisten, Beamten usw. gibt es dutzende Verbindungen. Diese Leute halten heute ein offenes Auftreten unter der faschistischen Fahne nicht für opportun, aber ihre Sympathie gilt dem 'Kampf gegen die Roten' und sie lassen es dabei auch an Unterstützung - auf allen Ebenen - nicht fehlen.

Hier kommt eben die Tatsache zum Ausdruck, daß der Faschismus der rechte Arm des bürgerlichen Staates ist (natürlich kommt dies erst bei einer faschistischen Massenbewegung wirklich in voller Bedeutung zum Tragen), das Produkt einer faulenden bürgerlichen 'Demokratie', deren Gesetze (mögen sie noch so 'demokratisch' formuliert sein) und deren Justiz nur einen Sinn hat - die Unterdrückten niederzuhalten. Wer sich auf den Ebenen der 'Demokratie' bewegt, muß eben zur Kenntnis nehmen, daß die Sozialdemokratie (die stets bemüht war und ist, als der vollkommenste 'Demokrat' zu gelten) ausruft: Es ist nicht demokratisch, die Propagandaständer der Nazis zu zerstören und ihren Ausschluß von den Hochschulwahlen zu fordern. Wir müssen sie mit ideologischen Mitteln besiegen". Der bürgerliche Journalist ist nur konsequenter, wenn er das Verbot der 'Rechts- und Linksextremen' fordert, so wie dies Peter Rabl, am 14.April im 'Kurier' auch tut.

"Um es mit der nötigen Klarheit zu sagen: Antidemokratische Linksextremisten als Nachfahren stalinistischer Mord-Ideologie sind für die Demokratie genauso unerträglich wie antidemokratische Rechtsextremisten als Erben nationalsozialistischer Mord-Ideologie.
Die Demokratie sollte sich ihrer erwehren können. Die demokratischen Mittel dafür sind da, ausreichend."

Wer der 'Demokratie' nicht die Methoden der Arbeiterklasse entgegenhält, der wird schließlich - mag er subjektiv noch so kämpferisch sein - zum demobilisierenden Faktor werden, weil er der Kampfkraft eine völlig falsche Perspektive weist.

Die gefährlichste Konsequenz der Forderung nach dem Verbot der faschistischen Organisationen, liegt in der - de facto - Anerkennung der 'Schiedsrichterfunktion' des bürgerlichen Staatsapparates und in der damit verbundenen Verstärkung der demokratischen Illusionen. Diese Forderung erreicht damit genau das Gegenteil von dem, was manche Genossen mit ihr erreichen zu können glauben. Denn, nehmen wir einmal an, der bürgerliche Staat 'verbietet' die Faschisten: Zum einen, würde es genau dem Wesen dieser 'Demokratie' entsprechen, daß die Forderung nach dem Verbot aller 'Extremisten' aufgestellt werden würde. Zum zweiten, würden die Faschisten, die ja stets als 'antikapitalistische Kämpfer' auftreten, eine Steigerung ihrer Moral und Autorität erfahren. Die praktischen Auswirkungen wären, zum dritten schließlich, gleich null. Was die Polizei den Faschisten offen vor den Augen der Öffentlichkeit an Ausrüstung abnehmen würde, erhielten diese binnen kurzer Zeit über ihre 'Quellen' zurück. Vor Gericht schließlich würden sie'beweisen', daß die 'Roten' ihre Propagandaständer zerstört haben - also 'undemokratisch' waren - und freigesprochen werden...

Kommt ein verstörter Halbreformist daher und sagt: "Aber wir würden dies aufzeigen...". Wahrhaftig,diesen Leuten kann nicht geholfen werden. Kommunisten gehen davon aus, daß ihre taktischen Methoden, Losungen und Forderungen zur Überwindung der Illusionen in die 'Demokratie' führen müssen. Wer meint, mit der Forderung nach dem Verbot der faschistischen Organisationen, diese Illusionen bei den Mobilisierten abzubauen, der könnte ebensogut von der SPÖ die Einführung des Sozialismus fordern, um den Massen zu 'beweisen', daß die SPÖ alles andere will...

WIE DEN KAMPF FÜHREN?

"Der KSV ist die Studentenorganisation, die in Aktionseinheit mit allen demokratischen und antifaschistischen Studenten, gestützt auf die Zusammenarbeit mit der klassenbewußten Arbeiterschaft, einen konsequenten Kampf gegen das Auftreten der neofaschistischen und rechtsradikalen Studentengruppen führt. Der KSV stützt sich dabei auf die Mobilisierung der Studenten und lehnt 'Kommandoaktionen' isolierter Splittergruppen ab, weil diese das Kräfteverhältnis unter den Studenten nicht verändert und andererseits den Reaktionären der verschiedensten Schattierungen willkommener Anlaß zu ihrem Einschreiten gegen die fortschrittlichen Kräfte gibt". (Michael Graber in der 'Volksstimme', vom 31. März 1977)

Der Artikel Grabers und der damit verbundene 'schleichende' Rückzug des KSV aus der Aktionseinheit, zeigt augenscheinlich die fatalen Konsequenzen des 'demokratischen' Kampfes auf. Neben dem klassisch-reformistischen 'Argument', wonach der Kampf gegen den Faschismus der Reaktion den Vorwand zum Eingreifen liefert, ist in diesem Zusammenhang aber vor allem die Ablehnung der 'Kommandoaktion' von Interesse. Wir wissen zwar nicht, was sich Graber dachte, als er diesen Artikel in den oberen Stockwerken der KPÖ-Zentrale schrieb, aber da ähnliche 'Argumente' (die das Vorgehen gegen die Faschisten und die Mobilisierung stets gegenüberstellen) nicht nur von Seiten des KSV vorgebracht werden, ist es notwendig,darauf einzugehen.

Das Ziel der Aktionseinheit muß darin liegen, die Faschisten politisch zu isolieren. In diesem Punkt wird sogar Graber mit uns übereinstimmen. Die Differenzen beginnen aber dort, wo es darum geht, wie die Aktionseinheit dieses Ziel erreichen kann. Die Faschisten politisch zu isolieren - d.h. mit einer Verhinderung ihrer Propaganda auch ihre organisatorische Verstärkung zu unterbinden - kann nur durch den selbständigen, unabhängigen Kampf der Linken erreicht werden. Nur politische Dummköpfe werden annehmen, daß dies durch die Aufforderung an die Polizei, sie möge die Uni-Rampe von den Faschisten säubern, gewährleistet wird. Aber dieser selbständige Kampf der Linken muß sich Organe des Selbstschutzes schaffen, will er nicht in Demoralisierung und damit in einer Niederlage enden. Kurz - Mobilisierung aller Antifaschisten in einer breiten Aktionseinheit und Selbstschutz (denn das ist ja nichts anderes, als das, was die 'Volksstimme' 'Kommandoaktion' nennt - das riecht eben so schön nach 'Terrorismus' und gibt wieder Gelegenheit zu zeigen, wie 'demokratisch' man selbst ist) - sind nicht entgegengesetzte Formen des Kampfes, sondern bedingen im Gegenteil einander. Was ist,wenn die Linke tausende Antifaschisten mobilisiert, die ohne Aktionsleitung, ohne Ordnertrupps, völlig 'nackt', plötzlich einigen Dutzend gutausgerüsteter Faschisten gegenüberstehen, die mit Fahrradketten und Gaspistolen Panik erzeugen? Graber weiß sicher die Antwort: Die Polizei rufen!

Ob die Polizei nun die Faschisten wegbittet oder nicht,die Folge wird in jedem Fall eine Demoralisierung dieser Antifaschisten sein.

Die Angehörigen des rechten Flügels der JES, die nur deswegen heute nicht bei der ANR sind, weil sie Angst um ihren Steireranzug haben, der im Kampf beschädigt werden könnte, werden sich denken: "Hunderte Linke können nichts gegen die ANR machen, mit der wir ideologisch ja ohnehin übereinstimmen. Von der Polizei haben wir nichts zu befürchten".

Grabers Weg - der der KPÖ ist - hätte so ein Anwachsen der Faschisten zur Folge!

Von der Aktionseinheit

Die Aktionseinheitssitzung vom 16. April, die die antifaschistische Kundgebung auf der Uni-Rampe vorbereiten sollte, brachte zutage, daß der KSV versucht hatte, die Aktionseinheit zu spalten. Eigeninitiativ hatte er zu einer eigenen Aktionseinheitssitzung aufgerufen, die eine antifaschistische Demonstration für den 27. April vorbereiten sollte. Eingeladen waren sämtliche Vorfeldorganisationen der KPÖ, katholische Verbände, aber nicht MLS, GRM, FÖJ, SOAK, IKL. Begründung: "Gegen die Maoisten muß man sich heute schon wie gegen Faschisten schützen, sie sind prinzipiell nichts anderes als Faschisten. Man schaue sich nur an, was sie in der BRD treiben, wo sie gemeinsam mit Rechtsextremen Propaganda für Vaterlandsverteidigung machen und in Wien haben sie eine Uni-Veranstaltung des KSV gesprengt..."!

Auf die Frage, ob der KSV unsere Organisation als 'antifaschistisch' anerkenne, antwortete der KSV-Vertreter: "Das ist schwierig zu sagen". Da wir die Forderung nach dem staatlichen Verbot der Faschisten nicht unterstützen (weil wir diesen an den bürgerlichen Staat gerichteten Appell für sinnlos, illusionär und daher gefährlich halten), schließt der KSV offensichtlich daraus, daß wir keinen Kampf gegen den Faschismus führen. Bei der GRM und der FÖJ - so der KSV-Vertreter - sei das etwas anderes, die habe man "vergessen" einzuladen und werde das eben "nachholen".

Die Rechtfertigung für den Alleingang war dann auch die angebliche Ablehnung der nichteingeladenen Gruppen einer gemeinsamen antifaschistischen Demonstration zugunsten der Kundgebung auf der Uni-Rampe - sowie die "schlechte Behandlung" des KSV bei den bisherigen Aktionseinheitssitzungen, wo man den KSV "hinausdrängen" wollte.

Beide Behauptungen sind unwahr - die Kundgebung und die Demonstration wurden nie alternativ diskutiert und kein Mensch wollte darüberhinaus den KSV aus der Aktionseinheit "hinausdrängen". Falls diese Organisation allerdings politische Kritik an ihren Standpunkten als "hinausdrängen" begreift, dann versteht sie eben nicht, daß Aktionseinheit nicht gleichbedeutend ist mit dem Verzicht auf Kritik an den kurzfristigen Verbündeten.

Trotz der Ankündigung auf jener besagten Aktionseinheitssitzung nicht mehr an der breiten Aktionseinheit teilzunehmen, kam ein KSV-Vertreter zur Sitzung und beanspruchte für seine Organisation Redezeit auf der Kundgebung. Die Taktik war klar, der KSV hat den Versuch unternommen die Bewegung gegen die Faschisten, die ihm langsam entglitten war und ohne sein Zutun anwuchs, wieder in seinen Einflußbereich zu bekommen und dabei war ihm auch das Mittel der Spaltung recht.

Sämtliche anderen Teilnehmer der Aktionseinheit sprachen sich gegen das Vorgehen der KPÖ-Studenten aus und beschlossen dafür einzutreten, daß keine Organisation die den Kampf gegen den Faschismus unterstützt, aus der Aktionseinheit ausgeschlossen werden dürfe.

Als der KSV-Vertreter gegangen war und man "unter sich" war, zeigte sich aber, daß auch Organisationen wie der VSStÖ und die FÖJ ein äußerst deformiertes Verständnis von Aktionseinheit haben. Man wollte sich nämlich darauf einigen, daß drei Referate auf der Kundgebung für die gesamte Aktionseinheit gehalten werden sollten und wer sich nicht darauf stellen können, der möge das eben bleiben lassen... Ohne den beteiligten Organisationen das Recht einzuräumen ihre Einschätzung des Faschismus, der ANR im Besonderen und zur Methode wie der Faschismus bekämpft werden müsse, der Kundgebung vorzutragen. Die 'Argumente' dagegen waren: "Wenn man jeder Organisation Rederecht einräumt, dann werden uns die Leute weglaufen, denn wen interessiert schon der 'Krims-Krams' der verschiedenen Organisationen. Wenn man auch den Basis-Gruppen Rederecht einräumt - und das müsse man ja der Gerechtigkeit halber tun - bestünde die ganze Kundgebung nur mehr aus Statements der einzelnen Organisationen - und das würde doch den Eindruck großer Uneinheitlichkeit vermitteln, der der Sache großen Schaden zufügen könne".

Daß Aktionseinheiten eben nur auf einer minimalen Basis zustandekommen, ist ja ihr eigentliches Wesen, die Schlagkraft der eigentlichen Aktion wird dadurch jedenfalls nicht verringert, wenn die einzelnen Gruppen, den Diskussionsprozeß zuspitzen (auch nach außen) und es so ermöglichen, daß jeder Linke die politische Linie der einzelnen Teilnehmer einschätzen kann. Wie wenig aber die Linke überhaupt an Diskussion interessiert ist, dafür sind diese Aktionseinheitssitzungen ein trauriger Beweis.

Nachdem sich der KSV ziemlich isoliert hat und die MLS durchaus diskussionsbereit ist, fällt die Hauptschuld für den laxen und oberflächlichen Stil dieser Sitzungen der GRM zu. Diese Genossen sind ständig bemüht alle bestehenden Unterschiede zu verwischen und betreiben eifrig diplomatische Manöver. Sie sind bemüht in ziemlich unpolitischer Manier 'freundschaftliche' Bande zu VSStÖ und FÖJ zu erhalten und die Aktionseinheit für sich auszuschlachten.

PCI gegen italienische Studenten

"Die Alleinregierung einer Partei von Dieben, Kriminellen, Bestochenen und Bestechern, hat beschlossen, auf die größte (...) Massenmobilisierung der letzten Jahre (...) mit offenem Krieg zu antworten."

Das schreibt die Tageszeitung der zentristischen Organisation *Lotta Continua* (LC) nach der nationalen Demonstration vom 12. März in Rom, an der sich nach LC-Angaben über 100.000 Genossen und Genossinnen beteiligt haben. Diese große Demonstration, die der vorläufige Höhepunkt der seit Anfang Februar aufkeimenden Studentenkämpfe war, war ursprünglich als nationale Mobilisierung der Bewegung von Studenten,Schülern und Arbeitslosen gegen die Schul- und Universitätsreform, die Arbeitslosigkeit und die Regierung Andreotti geplant. Doch einen Tag zuvor wurde in Bologna, wo die Polizei die Universität besetzt hatte, der Genosse Francesco Lorousso durch einen Polizisten erschossen, worauf es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und den Bullen kam, die zur Ausrufung des *Belagerungszustandes* in Bologna führten. Nach diesem Polizeimord an einem Studenten wurde die Demonstration vom 12. März zu einem Ausdruck der Wut gegen die christdemokratische Regierung und gegen deren Billigung durch die 'eurokommunistische' PCI. Zudem stand die Demonstration im Zeichen des Protests gegen die Verurteilung des Genossen Panzieri, der - ebenfalls am Vortag - wegen *"moralischer Mittäterschaft"* (!) an der Erschießung eines griechischen Faschisten verurteilt worden war. Während in Rom und Bologna die Unis von der Polizei besetzt waren, Bologna von Bullen belagert war, und gleichzeitig *alle Kasernen* in Italien *in Voralarm* standen, wurde in ganz Italien am 12.3. demonstriert.

Doch die Demonstration in Rom stellte alles in den Schatten. Die Regierung hatte ein riesiges Polizeiaufgebot aufgefahren, das vor dem Parteisitz der Christdemokraten zum Angriff gegen die zig-tausend Demonstranten überging. Bei den darauf folgenden Zusammenstößen wurden zahlreiche Demonstranten verhaftet und viele wurden verletzt. Am darauffolgenden Tag wurde von der bürgerlichen Presse und der Regierung, wie schon nach zahlreichen vorhergehenden Demonstrationen, Schauermärchen über Aktivitäten extremistischer Gruppen verbreitet, die u.a. mit einer Maschinenpistole auf Polizisten geschossen hätten. Diese Zusammenstöße, die, wie auch die Voralarmierung aller italienischen Kasernen zeigt, offensichtlich von der Regierung vorgesehen waren, wurden von Innenminister Cossiga zum Anlaß genommen, am 13. März ein allgemeines, unbefristetes *Demonstrationsverbot* für die Stadt Rom zu verkünden. Außerdem wurde öffentlich mit dem Gedanken gespielt, den *Notstand* auszurufen.

Mit aller Macht versucht die italienische Christdemokratie, die Studentenbewegung in Schach zu halten. Und sie ist sich dabei der uneingeschränkten *Komplizenschaft der PCI* gewiß, die mit ihrem Einfluß in der Arbeiterbewegung alles unternehmen muß, um eine Solidarisierung der Arbeiter mit den kämpfenden Studenten soweit wie möglich zu verhindern. Für Mittwoch, den 16. März,hat die PCI eine 'Große Einheitsdemonstration' als Antwort auf die 'bewaffnete Gewalt' angekündigt. Diese Demonstration ist klar gegen die Kämpfe der Studentenbewegung gerichtet. Sie soll zum x-ten Mal der Bourgeoisie unter Beweis stellen, daß die Führung der PCI bereitsteht, die Geschäfte des Kapitals zu übernehmen: *"Der demokratische Staat hat das Recht,sich zu verteidigen"*, heißt es in einer Erklärung der PCI, die im selben Wortlaut auch von der DC hätte kommen können. *"Wenn bewaffnete Banden, die mit der Studentenbewegung nichts zu tun haben, zerstören, plündern und töten, ist es die Pflicht der Kräfte der demokratischen Ordnung, vorzubeugen und zu unterdrücken"*!!! (*Le Monde*, 15.3.1977). Ist das die Antwort von Kommunisten auf Polizeimord, Demonstrationsverbot und Belagerungszustand, auf Maßnahmen, die schon längst nicht mehr die Studentenbewegung allein betreffen, sondern *gegen die gesamte Arbeiterbewegung* gerichtet sind?

Mit den Worten der *bürgerlichen* demokratischen Ordnung im Mund offenbart die PCI ihren konterrevolutionären Charakter. In diesem Zusammenhang hat der Polizeimord an Francesco Lorousso zusätzliche Brisanz. Denn er wurde nicht in irgendeiner Stadt verübt, sondern im 'roten Bologna', das von der PCI regiert wird. Die Demonstranten richteten daher am 12. März auf der Demonstration in Rom den Vorwurf gegen die PCI-Stadtverwaltung in Bologna:*"Bologna ist rot vom Blut von Francesco"*.Die Antwort der PCI-Führer ist bezeichnend.Entrüstet erwiderten sie, das sei ein Slogan einiger 'Vandalen', und der PCI-Bürgermeister von Bologna, Renato Zangheri, meinte: *"Das ist ein schändlicher Slogan, der von schändlichen Leuten gebrüllt wurde. Bologna ist seit 30 Jahren rot, weil seine Bewohner das gewollt haben."* (*Le Monde*)

DIE HINTERGRÜNDE

Die Ereignisse der letzten Tage werfen die Frage auf: Wieso geht die Regierung so offensiv gegen die Studentenbewegung vor, und wieso legt sich die PCI dafür so ins Zeug?

Dazu hatten unsere Genossinnen und Genossen der *Lega Comunista (FMR)* in der Februar-Ausgabe ihrer Zeitung *La Classe*, nachdem bereits in zahlreichen Städten die Studenten ihre *Unis besetzt* hatten, folgende Einschätzung:

"Es handelt sich nicht um ein neues '68, dafür fehlen die günstigen Bedingungen von vor 9 Jahren. Aber es ist sicher, daß die durch die Studentenmobilisierung gegebenen Möglichkeiten enorm sind. - Und das hat bis jetzt nur die Bourgeoisie begriffen. In dem Klima der Spannung und Unzufriedenheit, das in Italien die schwerwiegenden arbeiter- und volksfeindlichen Maßnahmen der Regierung Andreotti umgibt, wiedereröffnen die Studenten den Kampf und richten sich mit Klarheit gegen die Regierung. Sie können dadurch für alle anderen sozialen Klassen und Schichten eine Auslösefunktion haben, vor allem für die Arbeiter, die genug von dieser Regierung und von ihrer Billigung durch die Stalinisten haben."

In der Tat war es seit den Wahlen im Juni '76 der Regierung unter Mithilfe der PCI-Führung und der Gewerkschaftsbürokratie gelungen, der Arbeiterklasse ohne größeren Widerstand die Krisenlasten aufzubürden (siehe *spartacus* 34). Erst die massiven Kämpfe der Studenten gegen den 'Reformplan' des Ministers Malfatti und die damit verbundenen Zusammenstöße mit dem bürgerlichen Staatsapparat haben diese relative Ruhe durchbrochen. Die Studenten haben ihre Unis besetzt und sich nicht mit rein ökonomischen Forderungen zufriedengegeben, sondern sie haben - bislang in wachsendem Maße erfolgreich - versucht, den Kampf auszuweiten und gegen die Regierung Andreotti zu richten.

Das italienische Bildungssystem ist total veraltet. Während in der BRD versucht wird, die wachsenden Studentenzahlen durch den Ausbau der Unis aufzufangen, geschah dies in Italien fast überhaupt nicht, so daß viele italienische Studenten ein Fernstudium machen müssen. Waren 1923 in Italien für die Ausbildung von insgesamt 43.000 Studentinnen und Studenten 2.075 Hochschullehrer zuständig, waren es 1966 nur 3.000 für 450.000 Studierende! Etwa die Hälfte der Studenten ist nach abgeschlossenem Studium arbeitslos.

Das unmittelbare Kampfziel der Studentenbewegung richtet sich gegen die Malfatti-'Reform', d.h. gegen den Abbau von, in der '68er-Bewegung erkämpften,politischen Rechten, gegen Überbelegungen, hohe Studienkosten, Wiedereinrichtung autoritärer Strukturen, geringere Berufsaussichten und wachsende Arbeitslosigkeit.

ENTSTEHUNG UND AUFSCHWUNG DER BEWEGUNG

Die diesjährige Studentenbewegung hatte ihren Ursprung in Rom. Am 1.2.1977 marschierten dort rund 100 bewaffnete Faschisten vor der Uni auf, als gerade eine Versammlung stattfand, auf der über Kampfmaßnahmen gegen den Malfatti-Plan beraten wurde. Als zahlreiche Studenten daraufhin die Uni verließen,um den Faschisten entgegenzutreten, schossen diese sofort um sich. Es gab mehrere Verletzte. Die Faschisten konnteh hierbei mit Rückendeckung der Polizei operieren. Obwohl anwesend, unternahm sie nichts gegen die faschistischen Mörder, stattdessen versuchte sie, eine spontane Protestdemonstration von ca. 1.500 Studenten aufzulösen.

Am Tag darauf zogen mehrere tausend Studenten und Schüler auf einer,gegen die Faschisten gerichteten,Demonstration durch Rom. Diesmal eröffnete die Polizei das Feuer, was in Italien durchaus üblich ist: Italiens Polizei erschoß bei Demonstrationen und Arbeiterkämpfen seit 1945 mehr als 500 Menschen ! (nach Extra-Dienst-Extra über Italien) Durch die Polizeikugeln wurden wieder mehrere Genossen verletzt. In der bürgerlichen Presse erschien jedoch die Version, daß ein Polizeiauto 'grundlos' von den Demonstraten 'gewalttätig' angegriffen worden wäre und sie daraufhin eingeschritten sei. Die PCI stieß in dasselbe Horn, stellte die Studenten auf eine Stufe wie die Faschisten und beschimpfte sie als Provokateure, Gesindel und Vandalen usw.,die'Unordnung' und 'barbarische Verwüstungen'an den Unis anrichten und eine 'wirkliche Reform' verhindern wollen.

Die Polizei- und Faschistenüberfälle in Rom bewirkten eine unmittelbare Verstärkung der Mobilisierung an den Unis und Schulen in ganz Italien. Am 10.2. konnte *Lotta Continua* schreiben, daß inzwischen fast alle Hochschulen *"in den Händen der Studenten"* seien.

DAS WAHRE GESICHT DER PCI

Von Anfang an richtete sich die Bewegung auch gegen die Politik der PCI, deren Reformpläne sich nur geringfügig von denen der Andreotti-Regierung unterscheiden. Mit ihrem Konzept der Funktionalisierung einer 'programmierten Wirtschaft' und aufgrund der bereits geschilderten allgemeinen politischen Situation in Italien ist sie heute daran interessiert, alle Studentenkämpfe zu erdrosseln, die über den Minimalismus und die Delegierung an Mitbestimmungsgremien o.ä. hinausgehen. Dementsprechend boykottierten die PCI und ihre Bündnisorganisationen die Aktivitäten der Studentenbewegung bzw. sie organisierten teilweise eigene Spalterdemonstrationen.

Den Höhepunkt erreichte diese Politik am 17.2. in Rom, als die,von der PCI beeinflußte,Gewerkschaft CGIL auf dem,von Studenten besetzten,Unigelände eine provokatorische Kundgebung durchführte, an der ca. 2.000 Gewerkschaftsmitglieder beteiligt waren, denen 10.000 Studenten gegenüberstanden. Während der Rede des CGIL-Sekretärs Lama kam es zu Zwischenrufen und Parolen gegen die,von der PCI und CGIL gestützte,Regierungspolitik. Daraufhin wurden von PCI-Ordnern Schlägereien angzettelt. Lama richtete sich immer schärfer gegen die *"Parasiten"*, *"Maschinenstürmer"* und *"Irrationalen, die offen bekämpft werden müssen"*. Als die Pfiffe immer lauter wurden, die Parolen seine Stimme überdeckten, drehten die Ordner durch. Mit Feuerlöschern und Farbe spritzten sie auf die Studenten und schlugen brutal zu. Es gab wieder zahlreiche Verletzte, diesmal nicht durch die Faschisten oder Polizei, sondern durch PCI und CGIL. *"In Chile die Panzer, in Italien die Gewerkschaften"* und *"Prag, Prag"* waren daraufhin die Sprechchöre der Studenten. Als PCI und CGIL die Veranstaltung abbrachen und das Feld räumten, wurde von wütenden Studenten der LKW zerstört, auf dem das Redner-Podest aufgebaut war. Nach dieser Provokation der PCI wurde eine Uni-Vollversammlung durchgeführt, die angesichts des erwarteten Eingreifens der Polizei beschloß, keinen Widerstand zu leisten. Als dann die Bullen die Uni besetzten, war sie fast leer.

So empörend die Reihe brutaler Maßnahmen der DC-Regierung Andreotti ist: Noch schreiender ist der Verrat der PCI, ihre Mittäterschaft selbst auf der Ebene der physischen Auseinandersetzungen . Die PCI hat in dieser Aktion ihr wahres Gesicht gezeigt: Hinter der modernen Fassade eines'demokratischen Eurokommunismus' steckt der alte Stalinismus!

DIE EXTREME LINKE

Die Studentenbewegung hat sich in ganz Italien autonome Organe geschaffen, die auch auf der Ebene einer nationalen Streikversammlung koordiniert sind. Es gibt ein ganzes Netz von demokratisch gewählten Streikkomitees. Im Moment sind diese autonomen Organe, die von der PCI als 'provokatorisch'bezeichnet wurden, von ultralinken Gruppen dominiert. Die Stärkung der Bewegung macht aus, daß sie von einer breiten Masse getragen wird, die über die Durchsetzung ihrer Forderungen, teilweise gemeinsam mit Schülern, Arbeitern und Arbeitslosen, in Massenveranstaltungen und Komitees diskutiert.

Zu dieser Autonomie müssen heute die politischen Gruppierungen in Italien Stellung nehmen, wenn sie nicht sektiererisch neben der Studentenbewegung stehen wollen. *PdUP (Il Manifesto)* und *'Avantgardia Operaia (AO)*, die derzeit in einem Prozeß von Spaltungen und Fusionen stehen, bei dem jeweils unterschiedliche Fraktionen der Gruppe sich mit denen der anderen vereinen, haben offensichtlich den sektiererischen Weg gesucht, indem sie sich in übler Weise an die Politik der PCI angepaßt haben. Während studentische Basis-Mitglieder dieser Gruppen selbständig in den Strukturen der Studentenbewegung mitarbeiten, hat ihre Führung eine Beteiligung abgelehnt und stattdessen teilwiese zur Teilnahme an den Spalterdemonstrationen der PCI aufgerufen. Zur selben Zeit, wie Versammlungen der Studentenbewegung stattfanden, haben sie in Rom eigene Veranstaltungen durchgeführt. Dementsprechend gering ist ihr Einfluß innerhalb der Studentenbewegung.



Nach den Kämpfen in Rom...

Dagegen respektiert *Lotta Continua*, die dritte große zentristische Organisation, die Autonomie der Studentenbewegung und arbeitet in den Strukturen mit. Wir haben jedoch bereits invergangenenAusgaben von *Spartacus* darauf hingewiesen, daß LC in einer schweren politischen Krise steckt und über kein Aktionsprogramm verfügt, das unter Einhaltung der Klassenunabhängigkeit den derzeit in Italien stattfindenden Kämpfen eine revolutionäre Perspektive aufzeigt.

Neben LC sind es vor allem *spontanistische und ultralinke Gruppierungen*, die *Autonomen* und die sogenannten *Stadtindianer* (mehr dazu in der westdeutschen Sponti-Presse), die innerhalb der Bewegung einen Einfluß haben.

Unsere Genossinnen und Genossen der *Lega* haben aus der aktuellen Bedeutung, die die Studentenkämpfe für die weitere Entwicklung der Klassenauseinandersetzungen in Italien haben,den Schluß gezogen, daß *"von den Revolutionären und von allen, denen die Sache der Arbeiter am Herzen liegt, alle Anstrengungen unternommen werden (müssen), damit in der kurzen Periode, in der die Studentenbewegung existiert, wenn sich die Kampffront nicht ausweitet, alle möglichen Anstrengungen unternommen werden, um die Dynamik eines viel breiteren Kampfes zu initiieren."* (*La Classe*, Feber1977).So arbeiten die Studentinnen und Studenten der *Lega* in der von ihnen initiierten 'Universita Rossa' mit, die sich als Tendenz innerhalb der autonomen antikapitalistischen Studentenbewegung versteht (vgl. auch den Artikel in dieser Ausgabe von *Spartacus* 'Für eine antikapitalistische und autonome Studentenbewegung'). Die *Lega* ist zwar noch eine kleine Organisation, sie hat aber in der letzten Zeit einen beachtlichen Aufschwung erlebt. Die 'Universita Rossa' ist in Bari, Florenz, Genua, Mailand, Rom, Teramo und Turin vertreten, teilweise in Städten, in denen die *Lega* bislang keine Kontakte hatte.

Die Zuspitzung der Ereignisse in Italien macht den Aufbau einer revolutionären Organisation dringender denn je.

Es ist ein Wettlauf mit der Zeit, den unsere Genossen der *Lega* eingehen müssen, wenn sie die italienische Arbeiterbewegung mit einem revolutionär-marxistischen Programm bewaffnen wollen, das es ihr ermöglicht, den Angriff der Bourgeoisie zurückzuschlagen und schließlich ihre Herrschaft zu stürzen. Auf Seiten unserer Genossen steht ihre eigene programmatische Klarheit und die enorme Kampfkraft der ausgebeuteten und unterdrückten Massen, auf der anderen Seite stehen die vielfältigen Bundesgenossen der Bourgeoisie bis hin zur konterrevolutionären PCI.

16.3.1977 L. Bornheimer

(aus *Spartacus* 35)





... und in Bologna

UNIVERSITA ROSSA -

Für eine autonome antikapitalistische Studentenbewegung!

In Folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus der Plattform 'Universita Rossa - für eine autonome antikapitalistische Studentenbewegung', auf derenGrundlage die Genossinnen und Genossen der Lega Comunista (FMR) in die aktuelle Studentenbewegung in Italien intervenieren.

DER ANTIREFORMISTISCHE CHARAKTER DER BEWEGUNG UND DIE UNTERSCHIEDE ZU 1968

Nach den Reformprojekten Gui, Sullo, Ferrari-Aggradi ist auch das Projekt Malfatti kläglich gescheitert. Das Projekt der KPI wird dagegen wahrscheinlich nie über das Forum des Parlaments hinausgehen. Im Falle des Projekts Malfatti handelt es sich allerdings nicht so sehr um eine Reform, als um einen Teilversuch zur Rationalisierung der Auswahlmechanismen nach der Laurea (= Examen, d. Übers.). Auch die italienische Bourgeoisie scheint wohl in der Tat wie die Bourgeoisien anderer Länder auf jegliche Bestrebung verzichtet zu haben, eine so altersschwache Institution wie die Universität zu reformieren.

In der Bewegung, die im Februar dieses Jahres ausbrach, findet man nicht die geringste Spur von Illusionen über die angebliche Reformierbarkeit der Universität, die allerdings zu Beginn der 67/68er Kämpfe noch da waren. Jene politischen Kräfte - wie *AO* und *PdUP* - die diese Illusionen nicht aufgegeben haben, wurden nicht ohne Grund von der Bewegung überrascht und zunächst an den Rand gedrängt oder versuchten gar - wie zuweilen in Rom und Mailand - die Besetzungsbewegung systematisch zu spalten. Das Wesen unseres Kampfes kann man mit zwei Worten ausdrücken: antikapitalistisch und antireformistisch.

Unser Kampf richtet sich im Unterschied zu '68 nicht nur gegen die bürgerliche Kultur, Werte und Ideologie, die in der Krise stecken, er beschränkte sich auch nicht darauf, die "Macht der Barone' oder die autoritären Strukturen zu treffen, die eben auch bei der Organisation eines Lehrbetriebes auftauchen (siehe z.B. den Erlaß Malfattis). Unser Kampf gibt sich auch nicht damit zufrieden, die schlimmen Unzulänglichkeiten der Schulstruktur, die Ineffizienz der Forschung auch nach der Universitätszeit oder die Entwertung des akademischen Grades aufzuzeigen. Der Kampf, der heute die Front der Studenten, der nach Tausenden zählenden arbeitslosen und teilzeitbeschäftigten Intellektuellen vereint, stellt direkt die Nützlichkeit der Existenz dieser Universität in Frage. Als Studenten erwarten wir nichts mehr von unseren Lehranstalten, und als Arbeitlose sind wir uns der Tatsache bewußt, daß unsere 'qualifizierte' Arbeitslosigkeit auf den historischen Notwendigkeiten des italienischen Kapitalismus beruht. In dieser Situation können weder der Aktionismus noch der Mininalismus oder der Parasyndikalismus (Studentensyndikalismus) die zentralen Achsen zur Vereinigung der Mobilisierung sein; diese Erscheinungen stellen im Gegenteil eine Gefahr dar, die man von Anfang an bekämpfen muß.

Glaubwürdige Ziele, die die Bewegung einen, müssen allgemein politische Ziele sein: gegen Andreotti, der uns mit Steuerzuschlägen, Massenarbeitslosigkeit und der 'Reform' Malfatti beschenkt, gegen die Politik der Enthaltungen, wie sie von der KPI praktiziert wird, gegen den 'Historischen Kompromiß'. Wir sind auch gegen die Universitätsreform, die von der KPI vorgeschlagen wird. Schon im Artikel 1 kann man dort nämlich erkennen, daß hinter der proklamierten Notwendigkeit, die Beschäftigungsmöglichkeiten nach dem Examen im Rahmen einer allgemeineren ökonomischen und gesellschaftlichen Planung zu programmieren, in Wirklichkeit die Absicht steckt, den 'Numerus Clausus' und eine leistungsorientierte Selektion per Gesetz einzuführen.

Die Abneigung gegen den Reformismus in der Bewegung ist die Frucht der direkten Erfahrung der Bewegung im Laufe der Kämpfe der Jahre 67 - 70. In den Jahren, die auf diese Kämpfe folgten, versuchte die KPI in den Gymnasien und Universitäten wieder normale Verhältnisse zu schaffen, indem sie die Delegiertenverordnungen und die Studentenparlamente als 'demokratisch' mystifizierte.

Nicht ohne Grund ist die KPI ein hartnäckiger Gegner der Besetzungsbewegung der letzten Wochen und wird dies auch in Zukunft sein, da sie nämlich genau weiß, daß die antikapitalistische Dynamik der Bewegung einen analogen und weitaus gefährlicheren Politisierungsprozeß unter den Arbeitermassen hervorbringen kann. Die KPI befindet sich heute nicht mehr in Opposition zu bürgerlichen Regierungen, sondern trägt deren Entscheidungen in der Tat mit. Unser Kampf muß von der Ablehnung der Illusion ausgehen, das italienische Bildungssystem sei innerhalb der heutigen Produktionsverhältnisse reformierbar, und muß versuchen, einen analogen und zusammentreffenden Prozeß auch innerhalb der Basis der KPI, im Inneren der Gewerkschaften und der Fabrikräte in Gang setzen.

DIE NORMALISIERUNG AUF DEN HÖHEREN SCHULEN

Was die angestrebte Reform der Höheren Schulen betrifft, so genügt es zu unterstreichen, daß auch dieser Vorschlag von denselben Grundcharakteristiken und derselben politischen Absicht gekennzeichnet ist wie der Malfatti-Erlaß. Es ist sicher, daß man auch in diesem Sektor der öffentlichen Erziehung Ordnung bringen will, und daß man versucht, die Höheren Schulen wieder in Einklang mit den gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Erfordernissen der Bourgeoisie und mit der Notwendigkeit der ideologischen Kontrolle zu bringen.

Welchen Sinn das alles haben soll, dies läßt sich leicht begreifen: Die Gleichgültigkeit, mit der die Gymnasiasten, die Realschüler und die Gewerbeschüler die ersten Versuche einer 'Normalisierung' aufgenommen haben, sticht ins Auge schon seit der berühmten Angelegenheit der sogenannten Miniparlamente (Studentenparlamente, d. Übers.). Die charakteristischen Perspektiven für alle Schüler und Studenten sind der Leerlauf, die Unmöglichkeit, gemäß ihrem Studium in das gesellschaftliche System einbezogen zu werden und die ständigen Frustrationen ihrer Existenz. Es ist deshalb auch nicht denkbar, daß sich die höheren Schüler dieser Tatsache nicht auch früher oder später bewußt würden.

Sicherlich gibt es unterschiedliche Formen, in denen sich dieses Verständnis durchsetzt, sie variieren auch nach der Art des Studiums. Die Gymnasiasten können gar nicht von einer Zukunft als führende intellektuelle Elite überzeugt sein, die ihnen von der herrschenden Ideologie in Aussicht gestellt wird. Die Gewerbeschüler können schwerlich darauf hoffen, überhaupt eine Beschäftigung zu finden, auch wenn sie ihre Schulqualifikation bei der Arbeitssuche gar nicht berücksichtigen. Die Realschüler, die sich in derselben Situation befinden, haben noch den Spott, hochqualifizierte Arbeitslose zu sein.

Da die Schulen und Universitäten also absolut keinen Einklang der Ausbildung mit den Erfordernissen des Arbeitsmarktes herstellen können, geben sie sich damit zufrieden, enorme Massen von Studenten und Schülern zu 'unterhalten', die man sonst nirgendwo anders problemlos unterbringen könnte, und versuchen, die Kontrolle auf ideologischem Gebiet sicherzustellen, die für das Überleben des Systems unverzichtbar ist. Auch hier findet also die Idee einer Reform nicht den besten Nährboden. Gerade der Erfolg der FGCI (KPI-Jugendorganisation, d. Übers.) in Rom ist mehr dem totalen Fehlen von allgemeinen Perspektiven der Linken zuzuschreiben, als einem wirklichen Einbruch der Ideologie und politischen Vorstellungen der Reformisten.

In der Tat wurden die ansteigenden Mobilisierungen an den Universitäten sofort auch zu einem politischen und organisatorischen Bezugspunkt für die Kämpfe der höheren Schüler. Die wesentlichen Forderungen, die Ziele, die Spannungen und der Kampf sind auf der Schule und der Universität nicht verschieden. Das Aufgehen der Mobilisierungen der höheren Schüler im gemeinsamen Kampf, die Organisierung einer umfassenden Bewegung der Schüler und Studenten mit antikapitalistischer und antireformistischer Perspektive, das ist unser Ziel.

DIE BEDEUTUNG DER LOSUNG 'UNIVERSITA ROSSA' (ROTE UNIVERSITÄT) UND DIE ORGANISIERUNG DER BEWEGUNG

Wenn wir mitten in einem unheilbaren Widerspruch des Systems stehen, ihn Tag für Tag am eigenen Leibe erfahren, und dies in den entscheidenden Jahren unseres Lebens, so genügt es nicht, daß wir uns lediglich weigern, den falschen Versprechungen des Reformismus Glauben zu schenken. Eine allgemeine politische Linie ist notwendig, bestimmte Ziele, die diese Linie ausdrücken, und organisatorische Strukturen, die für die Mobilisierungen gemäß den Forderungen, die von der Bewegung getragen werden, sorgen.

In diesem Sinne hat die Bewegung in den letzten Jahren ebenso wie auch heute unmißverständlich jeden Versuch (auch den verstecktesten) zurückgewiesen, die Organe der Mobilisierung mit organisierten politischen Strömungen, Gruppen oder Parteien zusammenzulegen. Dadurch wurde eine Spaltung der Bewegung und ihre Instrumentalisierung für andere Ziele als die, die aus der Massenbewegung kommen, verhindert. Es bleibt selbstverständlich das Recht und die Pflicht aller politischen Strömungen - ob organisiert oder nicht - Vorschläge und Plattformen, die sie für eine bessere Grundlage zum Anwachsen der Mobilisierung halten, in die Bewegung einzubringen. Dazu müssen sich besagte Gruppen jedoch an der Bewegung beteiligen, und die volle Garantie dafür geben, daß sie die Autonomie der Bewegung akzeptieren, d.h. in erster Linie die Akzeptierung der Prinzipien der direkten Demokratie, der politischen Auseinandersetzung bei gleichzeitiger Einheit der Aktion.

Die Losung 'Universita Rossa' soll ausdrücken, daß die Bewegung der Schüler, Studenten und Jugendlichen - innerhalb oder außerhalb der Institutionen des Bildungssystems - sich vollständig der Organe und Strukturen des Lehrbetriebes bemächtigen muß mit dem Ziel, als antikapitalistische Bewegung zu kämpfen, sich zu organisieren und zu wachsen: als Bewegung, die, ausgehend von dem spezifischen Terrain der Institutionen Schule, Universität, der Entfremdung und der Unterdrückung der Jugend, als positive Perspektive die Umwandlung der Gesellschaft an der Seite der einzigen sozialen Kraft, die dazu in der Lage ist, nämlich des Proletariats, formuliert.

Die Vorbedingung für die Lösung dieser Aufgabe ist die Öffnung der Universität für Arbeiterkinder und für die am meisten unterdrückten Schichten, nicht um ihnen die Illusion eines sozialen und ökonomischen Aufstiegs zu geben, der nicht möglich ist, sondern um sie in die antikapitalistische Mobilisierungen immer breiterer Schichten von proletarischen, deklassierten, arbeitslosen und unterbeschäftigten Jugendlichen miteinzubeziehen.

Die organisatorische Struktur der Studentenbewegung hängt also davon ab, die Perspektive der 'Universita Rossa' praktisch werden zu lassen. Die Basisorgane der Bewegung sind alle die Organe der Fakultäten, der Institute, der Frauen, der Jugendlichen, der kulturellen Gruppen usw., die für ihre Interessen innerhalb der breitestmöglichen antikapitalistischen Schüler- und Studentenbewegung kämpfen wollen, mit dem Ziel, die Bündnisfront des Proletariats zu festigen. Dies bedeutet nicht, daß die spezifischen Forderungen der einzelnen Gruppen unterdrückt oder abgeflacht werden, sondern daß die breitere Bewegung diese Forderungen aufnimmt. Gleichzeitig muß die Bewegung die Logik der Studentenparlamente, der Mitbestimmungsorgane oder gar der alten 'Repräsentativorgane', die den Reformisten so wertvoll ist, zurückweisen, und ihre eigenen Delegierten wählen, die jederzeit in Vollversammlungen abwählbar sind, und die die Durchsetzung der allgemeinen Linie, die die Bewegung auf örtlicher und nationaler Ebene beschließt, tragen. Erst wenn dieses System sich auf örtlicher Ebene bewährt hat, wird man an den nächstfolgenden Schritt denken können, die nationale Koordinierung der kämpfenden Schüler, Studenten und Jugendlichen.

EIN PROGRAMM DER ARBEITERREGIERUNG FÜR DIE JUGENDLICHEN UND FÜR DIE SCHULE/UNIVERSITÄT

Das antikapitalistische und antireformistische Bewußtsein bringt die Bewegung der Schüler und Studenten dazu, den spezifischen Bereich, in dem sich ihre Forderungen herausbilden und ausdrücken, zu überwinden, und die gesamte Bewegung auf der Ebene der allgemeinen politischen Auseinandersetzung wiederzuvereinen. Hier werden dann auch die Gefahren des Kooperativismus und des Studentensyndikalismus überwunden.

In Italien drückt sich heute diese Ebene, die Studenten, Jugendliche, radikalisierte Frauen, Arbeitslose etc. und diese alle mit der Arbeiterbewegung vereint, in einem zentralen politischen Ziel aus: in der Einheit der Arbeiter und der Studenten/Schüler zur Zerschlagung der Regierung Andreotti im gemeinsamen Vorgehen, um der Politik der Klassenkollaboration der reformistischen Führung der KPI und der Gewerkschaften ein Ende zu setzen.

Einige Teile der Bewegung akzeptieren schon aus ideologischen Gründen ohne zu zögern das Kampfziel, die Regierung Andreotti zu zerschlagen und sie durch eine Arbeiterregierung zu ersetzen. Darüberhinaus ist es jedoch die Pflicht der gesamten Bewegung, die grundsätzlichen Motivationen für ein solches politisches Ziel zu schaffen. Besonders notwendig ist es, die verschiedenen Projekte aufzuzeigen, die darin wetteifern, den Kampf gegen die aktuelle Regierung der Bourgeoisie zu kanalisieren. Gegen diese Versuche müssen konkrete politische Ziele als Alternative zum Normalisierungsprogramm der Bourgeoisie und der Reformisten gestellt werden.



Eine Arbeiterregierung (die genau von den reformistischen Projekten 'Regierung der Linken' und 'Regierung des Allgemeinwohls' zu unterscheiden ist) setzt sich aus jenen Strömungen und Organisationen der Arbeiterbewegung zusammen, die jegliche Allianz mit bürgerlichen Kräften ablehnen. Sie gründet sich auf die Organe und Mobilisierungen der Massen und setzt ein allgemeines antikapitalistisches Programm durch, welches der Ausdruck der grundlegendsten Forderungen des Proletariats und seiner Bündnisschichten ist. Die Studenten, die Jugendlichen und die radikalisierten Frauen, die ein wesentlicher Teil dieser Bündnisfront sind, werden ihre politische - und wenn es sein muß auch militärische - Unterstützung nur einer Regierung der Arbeiterorganisationen geben, die auf dem spezifischen Gebiet der Schule/Universität und der allgemeinsten Forderungen der Bewegung für die wirklichen Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten kämpfen will.

Nur eine solche Regierung kann wirklich mit der 'Reform' der Schule und der Universität beginnen, nur die allgemeine Planung der Wirtschaft kann eine Übereinstimmung zwischen den Erfordernissen der kollektivisierten Produktion und dem Bildungssystem herstellen und die Jugendarbeitslosigkeit abschaffen. Nur eine Arbeiterregierung kann eine Schulpolitik durchsetzen, die die technische und wissenschaftliche Ausbildung harmonisch mit der Perspektive einer Produktion, die der Befriedigung der Bedrüfnisse der Arbeitermassen dient, in Einklang bringt. Nur so kann die Kritikfähigkeit der Jugendlichen entwickelt werden, die die einzige Garantie gegen die Unterdrückung der vitalsten und schöpferischsten Forderung der Massen darstellt.

Und dies sind unsere Vorschläge an die Arbeiter, an die Studenten, die Unterdrückten, aber auch diejenigen, die in der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften für die Ziele der Bewegung kämpfen wollen:

1. GEGEN DIE KLASSENSCHULE, FÜR EINE SCHULE, DIE OFFEN IST FÜR ALLE

Die höhere Schule muß vereinheitlicht werden (die Ghettos der Real- und Gewerbeschüler müssen abgeschafft werden). Ihr Besuch muß bis zum 18. Lebensjahr für jeden gebührenfrei garantiert sein. Die Mütterschulen müssen zu öffentlichen Schulen gemacht werden, die gebührenfrei sind, und auf Fabrik- oder Stadtteilebene selbstverwaltet werden. Keine Finanzierung für private Schulen. Gebührenfreie und selbstverwaltete Fachbibliotheken. Freie Wahl des Unterrichtsmaterials und der Methode. Totale Liberalisierung der Studienpläne auf den Universitäten. Abschaffung der Studiengebühren und aller Arten des Numerus Clausus. Allgemeines, gegen die Teuerung abgesichertes vorläufiges Gehalt. Gesicherter Wohnraum und Essen für Studenten und studierende Arbeiter. Drastische Reduzierung der Schülerzahlen pro Klasse. Das Examen muß als Berechtigung zum Unterrichten anerkannt werden, die nachfolgenden Auswahlmechanismen müssen abgeschafft werden. Verkürzung der Arbeitszeit bei gleicher Bezahlung. Jede mögliche Maßnahme, die breite Massen auf die Schule und Universitäten zieht, muß ergriffen werden. Für eine aktive Forschung unabhängig von ökonomischen Vorurteilen! Für die sofortige Einstellung aller verfügbaren intellektuellen Arbeitskräfte!

2. FÜR FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG IN ALLEN TEILEN DES SCHUL- UND UNIVERSITÄTSSYSTEMS

Öffnung aller Kurse, Versammlungen und anderer Veranstaltungen für alle Organisationen der Arbeiterbewegung, ob klein oder groß. Abschaffung der Einigelung in den einzelnen Disziplinen, die von bestimmten Teilen des Universitätspersonals verteidigt wird. Selbstverwaltung der politischen Information, der Ordnungskräfte und der internen Organisation von seiten der Organe der Bewegung.

3. GEGEN DIE IDEOLOGISCHE UNTERDRÜCKUNG, FÜR EINE WIRKLICHE FREIHEIT DER LEHRE, DER FORSCHUNG, DES GEDANKENS UND DES AUSDRUCKS

Freies Auftreten in den selbstverwalteten Kursen und Seminaren. Ersetzung der isolierten egoistischen und individualistischen Arbeit durch eine kollektive: Abschaffung der individuellen Examen und allgemeine Anerkennung der Gruppenarbeit. Schluß mit jeglichem religiösen Einfluß, besonders dem der katholischen Kirche, in der Schule. Freie Ausdrucksmöglichkeiten für verschiedene politische Strömungen, die das Prinzip der Autonomie der Bewegung akzeptieren.

4. GEGEN DIE UNTERDRÜCKUNG DER JUGENDLICHEN, DER FRAUEN UND DER RANDGRUPPEN

Die Studenten müssen alle Institutionen der Bourgeoisie zerstören, die die Weiterführung der sozialen Unterdrückung im allgemeinen absichern. Unterdrückt als Studenten, aber auch als Jugendliche, Frauen, Homosexuelle, Randgruppen etc., müssen sie alle Forderungen übernehmen und durchsetzen, die Bewegungen der Frauen, der proletarischer Jugendzirkel, der Homosexuellen etc. in die allgemeine Bewegung tragen, damit immer breitere Massen darin einbezogen werden. Für die Befreiung der Frau, Schluß mit jeglicher geschlechtlicher Benachteiligung, für das völlige Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper, für Beratungen auf den Schulen, kostenlose Verhütungsmittel, freie Abtreibung auch für Minderjährige. Gegen die Vermarktung der menschlichen und künstlerischen Werte, der Liebe, der Freundschaft etc., gegen die Gleichschaltung der Lebensgewohnheiten, für eine kreative unabhängige Massenkunst. Gegen den bürgerlichen Gebrauch der Drogen, aber auch gegen die bürgerliche Repression gegen die Drogenbenutzer.

Diese und andere Maßnahmen, die die Bewegung täglich fordert und in immer stärkerem Maße fordern wird, sind die elementaren Maßnahmen, an denen die Schüler, Studenten und Jugendlichen den Unterschied des Programmes einer revolutionären Arbeiterregierung von dem einer bürgerlichen Regierung, auch wenn sie ausnahmsweise nur aus Arbeiterparteien zusammengesetzt ist, erkennen können. Die Studenten wissen schon, daß keine bürgerliche Regierung jemals unsere Forderungen erfüllen kann. Die KPI kann aufgrund ihres Charakters nicht mit den bürgerlichen Produktionsverhältnissen brechen und sich auf die Seite der Unterdrückten und Ausgebeutete stellen. Aber die Studenten wissen auch, daß sie keine Schlacht gewinnen können, ohne die Hilfe der Arbeitermassen, die heute noch der KPI folgen, sich aber morgen von ihr abkehren müssen, um für ihre eigenen Klasseninteressen zu kämpfen.

Eine politische Linie kann jedoch nichts Abstraktes sein und in Leeren hängen. Heute darf die politische Scheidelinie nicht aufgrund jeder einzelnen Maßnahme gezogen werden, die in der Bewegung vorgeschlagen wird, sondern muß sich auf das allgemeine politische Kampfziel der Bewegung gründen. Diese Scheidelinie faßt sich heute in der zentralen Losung zusammen: *Arbeiter und Studenten müssen gemeinsam die Regierung Andreotti zerschlagen.* Im Laufe dieses Kampfes kann man eine nationale Organisationsstruktur der Bewegung aufbauen und auf die Probe stellen, und es werden sich die Möglichkeiten eröffnen, unsere Bedürfnisse als Jugendliche und Studenten zu befriedigen.

Genossen der Universitäten von Bari, Florenz, Genua, Mailand, Rom, Teramo und Turin.

(aus *Spartacus* 35)



Die Situation an den Hochschulen

Der Ständerwald vor der Uni zeigt mit unübersehbarer Deutlichkeit, daß wieder Wahlen zur ÖH (Österreichische Hochschülerschaft) bevorstehen. Wahlen sind ein äußerer Anlaß, in dem soziale und politische Tendenzen in besonders zugespitzter Form sichtbar werden. So auch bei der diesjährigen ÖH-Wahl. Der Inhalt der Plakate und Postwurfsendungen, das äußere Erscheinungsbild spiegeln genau die Lage an den Hochschulen nach der Hochschul-Reform, der (bescheidenen) Studentenbewegung und der ersten größeren Rezession seit Jahrzehnten wider.

DIE HOCHSCHULREFORM

Im Laufe eines Jahrzehnts (von 1966 mit dem AHSTG bis jetzt) wurde in Österreich die monopolkapitalistische Hochschulreform durchgezogen. Diese hatte nichts Fortschrittliches an sich. Es handelte sich keinesfalls um den Versuch, eine *feudale* Struktur in die kapitalistische Gesellschaft überzuführen, wie manche junge Genossen glauben.

Gerade die alte Ordinarienuniversität wurde einst als eine Bastion des jungen Bürgertums *gegen* die feudale Staatsmacht erkämpft (daher der berühmte Artikel aus dem Staatsgrundgesetz von 1967: *"Die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei"*). Bei der monopolkapitalistischen Hochschulreform handelte es sich vielmehr darum, die bürgerliche Universität den geänderten Bedingungen des entwickelten Imperialismus anzupassen, d.h. verstärkte Einflußnahme des Staates, Kostensenkung und Rationalisierung der universitären Ausbildung, um den Versuch, deren Inhalte in weitaus größerem Ausmaß den unmittelbaren Bedürfnissen der kapitalistischen Wirtschaft anzupassen und eine genauere Planung des Out-puts und der Forschung zu erreichen, nicht zuletzt auch eine verstärkte Disziplinierung dieses Sektors.

Diese Reform ist in großen Zügen heute als vollendet anzusehen. Man muß der österreichischen Bourgeoisie bescheinigen, daß sie dabei taktisch geschickt vorgegangen ist und vom Ausland gelernt hat. In einer Art *Salamitaktik* wurde die Reform Stück um Stück in kleinen Etappen durchgeführt, zuerst die technisch-naturwissenschaftlichen Studienrichtungen und Fakultäten, dann die eher ideologischen. Ein breiter, massiver Widerstand gegen die Reform konnte somit weitgehend vermieden werden, wenn überhaupt, kam es zu isolierten Abwehraktionen auf einzelnen Instituten und Fakultäten, die auch zeitlich weit auseinander lagen. Darüber hinaus wurde auch die *integrationistische* Lösung über diverse *Mitbestimmungsorgane* sehr erfolgreich eingesetzt, beginnend bei der *Parlamentarischen Hochschulreformkommission*, die beim Aufschwung der fortschrittlichen Studentenbewegung 1968 eingesetzt wurde (bestehend aus Vertretern der Parlamentsparteien, der Professoren, des Mittelbaus und der Studenten) bis zu der Flut von Mitbestimmungsorganen, die das neue UOG gebracht hat. Parallel zur Reform des universitären Ausbildungssektors ging eine entsprechende Umstrukturierung der Mittelschulausbildung, deren negative Auswirkungen für die fortschrittliche Bewegung an den Hochschulen sich langsam ebenfalls bemerkbar machen.

Man muß aber auch feststellen, daß gerade in der ersten Phase der fortschrittlichen Studentenbewegung weite Teile der *Linken* große Illusionen in die Reform (und die Sozialdemokratie als deren Träger ab 1970) machten, diese als positiven Kampf gegen die überholte Ordinarienuniversität einschätzten und sich so vor den Karren der monopolkapitalistischen Hochschulreform spannen ließen. Heute sind es genau die Reformisten (KSV, MLS, VSStÖ) und die Linksbürgerlichen (DSU), die innerhalb der Hochschul-Linken diese Illusionen fördern und so zu deren politischer Zersetzung beitragen.

DIE GESELLSCHAFTLICHE STELLUNG DER STUDENTEN UND DIE KRISE DES KAPITALISMUS

Die Studenten sind eine gesellschaftliche Zwischenschicht mit kleinbürgerlichem Charakter. Sie zeichnen sich durch eine Inhomogenität aus und reichen in ihren Ausläufern in alle gesellschaftlichen Klassen. Sie werden vorwiegend durch drei Elemente bestimmt: ihre Klassenherkunft, die Ausbildungssituation und die Klassenzukunft. Dabei sind vor allem zwischen Klassenherkunft und Klassenzukunft häufig große Brüche gegeben: Aufsteiger aus der Arbeiterklasse und dem unteren Kleinbürgertum, die durch ihr Studium ins gehobene Kleinbürgertum vordringen, aber auch umgekehrt sozialer Abstieg infolge der Berufsaussichten für Akademiker.

Ein gemeinsames Interesse *der* Studenten als einheitliche Schicht existiert daher nicht. Während ein Teil der Studenten der Tendenz zur Proletarisierung unterliegt, kann ein anderer (nicht unwesentlicher) Teil sich mit voller Berechtigung mit der Bourgeoisie und deren Bundesgenossen im oberen Kleinbürgertum identifizieren, da er an deren Privilegien teilhat oder teilhaben wird. Kann man also überhaupt von gemeinsamen Interessen *der* Studenten sprechen, dann höchstens im Sinne der *ständischen* Verteidigung von Vorteilen, die die Studenten als relativ privilegierte Schicht gegenüber den arbeitenden Klassen der Bevölkerung haben.

Eine *gewerkschaftliche* Vertretung, wie sie von *Konsequenten Studentenvertretern* à la KSV propagiert wird, läuft letzten Endes trotz aller verbalen Bezüge auf die Arbeiterklasse und der Verwendung einer marxistischen Terminologie auf dieselbe *ständische* Studentenpolitik hinaus, wie sie weitaus gekonnter und letztlich auch konsequenter von der ÖSU und den anderen bürgerlichen Gruppen betrieben wird.

Natürlich hat die Entwicklung des internationalen Imperialismus und im besonderen die spezielle Form, wie sie sich in Österreich durchsetzte, weitreichende Auswirkungen auf die Situation der Studenten. Das Ende der Rekonstruktionsperiode nach dem 2. Weltkrieg, die erste tiefergehende Rezession, das Wiederauftauchen von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit etc. sind nicht ohne Folgen geblieben. Der sozialdemokratischen Bundesregierung ist es - begünstigt durch einige Besonderheiten des österreichischen Kapitalismus und vergleichsweise große Reserven - durch ein gewaltiges Aufblähen der Staatsverschuldung (und natürlich der Stillhaltepolitik der Gewerkschaft) gelungen, die Arbeitslosigkeit auf einem international gesehen, sehr geringen Niveau zu halten.

Das hat zur Folge, daß sie jetzt, in der Phase eines *Zwischenhochs* nach besten Kräften bemüht ist, die Ausgaben des Staatshaushaltes so weitgehend als möglich zu senken (was natürlich Hand in Hand geht mit Lohnraubabschlüssen der Gewerkschaften, verstärkten Zuwendungen an die Kapitalisten, erhöhte Steuerausplünderung, Abbau von Sozialleistungen etc.). Auf die Studenten bezogen wirkt sich dies in folgender Weise aus: Studiendruck und Selektion werden verstärkt, es kommt zu einer Kürzung von Lehraufträgen und Planposten des wissenschaftlichen Personals, wie überhaupt die finanziellen Zuwendungen für Lehr- und Forschungswerke verringert und zielbewußter gemäß der kapitalistischen Profitlogik vergeben werden.

Aber nicht nur die unmittelbaren Studienbedingungen der Studenten verschlechtern sich, auch ihre allgemeinen Lebensbedingungen. Sind sie als ein Teil der Bevölkerung bereits von der Inflation betroffen (z.B. Erhöhung der Taxen), kommt es auch zu einem Angriff auf diverse spezifische Sozialleistungen. Die Stipendien verdünnen sich in ihrem realen Wert, durch bloß inflationäre Lohnerhöhungen sinkt die Zahl jener Studenten, die noch unter die Bemessungsgrundlage fallen. Heim- und Mensapreise werden erhöht etc., auch ist es erheblich schwieriger geworden, günstige Neben- oder Ferienjobs zu finden.

Ebenso zeichnet sich für einen Teil der Studenten eine deutliche Verschlechterung der Berufsaussichten, d.h. der Klassenzukunft ab. Das krasseste Beispiel dafür ist zweifellos der Lehrerstopp, die Nichtverlängerung von Dienstverträgen für Lehrer etc., die generelle Einsparung von Dienstposten im Staatsapparat, wie überhaupt die verschärften Attacken gegen die Beamtenschaft stellen eine Gefährdung der beruflichen Zukunft eines Teils der Studenten dar.

Man muß aber in aller Klarheit feststellen, daß all dies in Österreich erst *Tendenzen* sind, die sich abzuzeichnen beginnen, während in den meisten entwickelten imperialistischen Ländern dieser Prozeß bereits außerordentlich weit fortgeschritten ist (in Schweden schon seit Jahren, die heftigen Studentenunruhen der letzten Monate in Frankreich, der BRD und vor kurzem in Italien). Die Situation in Österreich ist daher keinesfalls mit der in diesen Ländern gleichzusetzen.

In diesem Land war stets die Zahl der Studenten, die aus Arbeiter- und Bauernfamilien sowie aus den unteren Schichten des Kleinbürgertums kamen vergleichsweise gering. Die Öffnung der Universitäten für breitere Schichten der Bevölkerung ist auf Grund der teilweisen Rückständigkeit des hiesigen Kapitalismus nie annähernd so weit gegangen wie in den technologisch höchst entwickelten imperialistischen Ländern, die Selbstrekrutierung aus der Bourgeoisie und dem oberen Kleinbürgertum ist immer sehr hoch gewesen (krasses

Beispiel: Ärzte) und steigt natürlich unter den gegebenen Bedingungen wieder an. Daher auch die immer sehr geringe Zahl von Stipendienempfängern und die geringe Resonanz, die Stipendien - und Mensakampagnen unter den Studenten finden. Ein immer noch großer Teil der Studenten kommt aus Familien, die wohlhabend genug sind, um nicht auf Stipendien und das Mensaessen angewiesen zu sein. Ebenso ist die Klassenzukunft für bei weitem nicht die Masse der Studenten wirklich bedroht. Jugendarbeitslosigkeit und ein Heer von absolvierten Akademikern, die ihr Dasein als Taxichauffeure und Tellerwäscher fristen sind in Österreich eine Zukunftsvision, die noch von der gesellschaftlichen Realität entfernt ist.

Trotzdem sind die oben genannten Tendenzen spürbar und führen zu unterschiedlichen Reaktionen unter den Studenten. Eine noch sehr kleine Minderheit unter ihnen nimmt diese Erscheinung mehr oder minder bewußt wahr und versucht im Ansatz dagegen zu kämpfen. Genau hier liegt die Möglichkeit, diese ersten Regungen des Widerstandes aufzugreifen, die noch sehr vage und verschwommen sind, und sie in das Bett eines Kampfes mit klar antikapitalistischer Stoßrichtung zu leiten. Ein anderer, erheblich größerer Teil unterliegt reformistischen Illusionen und meint, man könne diese Probleme evolutionär im Rahmen des Bestehenden lösen (daher die Wahlerfolge des VSStÖ bei den letzten beiden ÖH-Wahlen) und in diesem Sinne muß auch die ÖSU genannt werden, die ja in weiten Bereichen als Juniorpartner der sozialdemokratischen Partei fungiert und gern ihre 'demokratische' Schulter vorreckt, auch wenn sie natürlich eine rein bürgerliche Studentenorganisation ist. Eine andere Reaktion besteht darin, jetzt erst recht die bedrohte Stellung des 'Akademikers' als 'Elite' in der bürgerlichen Gesellschaft zu verteidigen und sich an die alten ständischen Privilegien zu klammern. Aufgrund der sozialen Zusammensetzung der Studenten findet diese Tendenz recht starken Widerhall. 'So wie es war, so muß es bleiben' - der Akademiker als Führungselite des bürgerlichen Staates - das ist das Zeitmotiv, unter dem der sich wieder ausbreitende Konservativismus eine sich vergrößernde (noch weitgehend passive) Anhängerschaft unter seinem Banner sammelt. Konsequente Standespolitik mit Serviceleistungen, technokratische 'leistungsorientierte' Studienabwicklung und offensiver Antikommunismus sind die Eckpfeiler dieser Politik, wie sie in Österreich am klarsten von der JES betrieben wird. "Ja zum Konservativismus" - vor einigen Jahren noch undenkbar als Slogan der bürgerlichen Studentengruppen - dominiert heute die Plakatwände vor der Uni. Mit dieser Politik betreibt die JES ein politisches Klima an den Hochschulen auf, in dessen Windschatten sich bereits genuin faschistische Gruppen - heute noch eine verschwindende Minderheit - verstärkt regen und politisch agieren können. Auch die starke Betonung der diversen 'Sachaspekte' in der Wahlpropaganda der bürgerlichen Gruppen spiegelt diese Bereitschaft zur (ständischen) Verteidigung wider. Die ÖSU wirkt wacker in diesem Spielchen mit, wenngleich sie auf Grund der noch geringen Entwicklung dieser Tendenzen als breite Sammlungsbewegung existieren kann, die ein politisches Spektrum von reaktionären bis ansatzweise linksliberalen Strömungen abdecken kann (obwohl sie sich - siehe die Abspaltung der DSU vor der letzten Wahl - insgesamt nach rechts entwickelt hat).

Ausdruck und Verkörperung dieses konservativ-beharrenden Trends unter den Studenten aber ist die JES, die bei den kommenden Wahlen sowohl auf Kosten der ÖSU, als auch vor allem des RFS STimmen gewinnen wird. Der RFS hat sich als unfähig erwiesen, sich zum Motor dieser reaktionären Entwicklung zu mausern und schreitet unaufhaltsam seinem weiteren Niedergang entgegen. Die enge Bindung an die deutschnationalen Burschenschaften läßt ihn nicht sonderlich attraktiv erscheinen, der technokratische Konservativismus wird von der JES ohne den Muff der Bierstuben und das Säbelgerassel der Mensuren vertreten. Aus der Abfallmasse des zusammenbrechenden RFS allerdings werden die Gruppen der 'Neuen Rechten' einen zwar kleinen, aber harten Kern militanter Faschisten um sich sammeln können.

Es gibt noch eine Reihe weiterer Faktoren, die zu einer Rechtsentwicklung unter den Studenten geführt haben:

- die spürbar werdenden Auswirkungen der Hochschulreform, wie Verschulung und Leistungsdruck, die den Studenten weniger Zeit zur Reflexion und damit Politisierung lassen;
- die parallelen Auswirkungen der Schulreform, die bewirken, daß eine neue, diesen Bedingungen weitaus mehr angepaßte Generation von Studenten aus den Mittelschulen an die Universitäten kommt;
- der inzwischen erfolgte Abgang der meisten Kader der alten Studentenbewegung der späten 6oiger und frühen 7oiger Jahre von der Universität;
- die im Zuge der Hochschulreform eingerichteten Mitbestimmungsgremien, die Illusionen unter den Studenten erwecken und die Energie politisch engagierter Studenten wirkungslos in sinnlosen Scheinaktivitäten verpuffen lassen.

DER STAND DER LINKEN

Betrachtet man die Situation der Linken, so fällt einem die Umstrukturierung auf, die sich im Laufe des letzten Jahres ergeben hat. Die einstmals dominierenden Maoisten haben - nicht zuletzt auch als Folge ihrer künstlichen Kampagnenpolitik und ihrer fast schon selbstmörderischen Apologie der jeweils herrschenden Führungsclique der KPCh - weitestgehend das radikal-demokratische Umfeld verloren, über das sie früher verfügten. Dies wird noch dadurch verstärkt, daß sie auch eine Reihe ihrer Kader von der Hochschularbeit abgezogen haben. Ihr Einfluß hat sich im großen und ganzen auf den Kern der harten Kader reduziert.

Eine weitgehend neue Erscheinung ist das Auftauchen einer linken Tendenz unter den Studenten, die man mangels einer besseren Bezeichnung als 'Basisgruppen-Bewegung' zusammenfassen kann. Es handelt sich dabei entweder um bisher unorganisierte Genossen oder um solche, die früher einmal einer der linken Gruppen angehört haben, diese aber mittlerweile verlassen haben. Sie stellen sich selbst als Ziel, durch politische Arbeit an den Instituten und in den Lehrveranstaltungen, anknüpfend an den unmittelbaren Erfahrungen und Bedürfnissen der Studenten eine Politisierung der Basis zu erreichen.

Diese Gruppen, die entweder Neugründungen sind, oder aus einer Umwandlung der alten Institutsgruppen hervorgegangen sind, sind politisch äußerst heterogen und naturgemäß sehr von den lokalen Gegebenheiten geprägt. Wirklich gemeinsam ist ihnen eigentlich nur, daß sie sich als *undogmatisch* und links von SP und KP stehend sehen, die Organisationen mit kommunistischen Anspruch ablehnen und an der Basis arbeiten wollen.

Die Frage, die sich sofort stellt ist natürlich: handelt es sich dabei tendenziell um eine neue Studentenbewegung mit antikapitalistischer Stoßrichtung oder nicht?

Bedauerlicherweise zeigt ein näherer Blick auf die Basisgruppenbewegung, daß diese zwar eine ganze Reihe von Schwächen der alten Studentenbewegung (die in Österreich kümmerlich genug war) aufweist, aber kaum deren Vorzüge.

Zunächst fehlt ihr genau das, was eigentlich das Wesen einer Bewegung ausmacht: das Setzen militanter, kämpferischer Aktionen. Es werden kaum konkrete Kampfschritte gesetzt (auch auf Institutsebene nur selten) und irgendwelche gesamtgesellschaftliche oder auch nur gesamtuniversitäre Initiativen sind von *dieser* Bewegung noch nicht ausgegangen.

Dafür kränkelt sie in erstaunlich hohem Maße an dem im allgemeinen den Reformisten vorbehaltenen Übel des parlamentarischen Kretinismus. So sind bezeichnenderweise die ersten Impulse zu einer gesamtuniversitären Koordinierung nicht etwa dadurch zustande gekommen, daß lokale Initiativen an den einzelnen Instituten zu einer Verallgemeinerung und Verbreitung zusammengefaßt worden wären, sondern besonders zur Vorbereitung einer Kandidatur zur ÖH-Wahl.

Bei diesen Diskussionen um diese Kandidaten kam immer wieder folgende Tendenz zum Vorschein: man versucht, eine möglichst breite Liste zustande zu bringen, auf deren Programm sich möglichst jeder stellen kann, der auch nur irgendwie *linke* ist, um damit auf zwei Fakultäten, wo dies rein rechnerisch möglich erscheint, eine Mehrheit zu erringen. Dann sollen die finanziellen und technischen Mittel des solcherarts *eroberten* ÖH-Apparats dazu genutzt werden, erst richtig mit den Basisaktivitäten zu beginnen ...

Natürlich ist es legitim, sich solcher Vorteile zu bedienen. Aber dies müßte sich als Nebenprodukt einer Kandidatur ergeben, die sich auf Kämpfe und Mobilisierungen stützen kann, die auf einer klaren politischen Grundlage geführt worden sind.

Überhaupt ist die Haltung der *undogmatischen* Genossen zum Programm eine fragwürdige. Sich starr weigernd, nach *altvorgegebenen Richtlinien* zu handeln, tun sie so, als ob die Geschichte der Klassenkämpfe erst vor den paar Monaten oder Jahren begonnen hätte, da sie selbst ihre politische Tätigkeit aufgenommen haben. Für diese Genossen sind die Erfahrungen und Lehren, die die Arbeiterbewegung (aber auch die Studentenbewegung) aus ihren Siegen, aber auch den vielen bitteren Niederlagen gezogen hat, umsonst gemacht worden...

Bei allem *Undogmatismus* sind viele Genossen der Basisgruppenbewegung auch von Zügen des Sektierertums nicht frei. Die irrationale, heftige Ablehnung, die den meisten *Kadergruppen* entgegengebracht wird, kann nicht anders bezeichnet werden. Denn bei aller Schädlichkeit der Politik vieler dieser Gruppen handelt es sich doch bei KSV und MLS um Organisationen, die sich auf die Arbeiterbewegung beziehen und daher nicht a priori als außerhalb jeglicher Bündnismöglichkeit liegend betrachtet werden dürfen. Im übrigen zeugt das Unvermögen oder der Unwille, zwischen *stalinistischer* Organisationsform und leninistischem Kaderprinzip unterscheiden zu können, von politischer Ignoranz...oder sozialdemokratischem Opportunismus.

Zur Rechtfertigung mancher dieser Züge der Basisgruppenbewegung kann sicher die Tatsache angeführt werden, daß ein Großteil jener Genossen, die aus der antiautoritären Bewegung Ende der 60iger Jahre hervorgegangen sind, auf Grund der nach wie vor anhaltenden Führungskrise des Proletariats den Weg in die alten Sackgassen genommen haben: Sozialdemokratismus, Stalinismus oder einfach den Rückzug ins Privatleben. So ist manches an den unklaren und verworrenen Vorstellungen dieser Genossen einfach Reaktion auf die Erfahrungen mit der Politik diverser stalinistischer und revisionistischer Organisationen und ihrem Suchen nach einer Rekonstruktion des Marxismus ist zweifellos ein positiver Zug nicht abzusprechen. Insgesamt aber muß gesagt werden, daß es sich bei der Basisgruppenbewegung sowohl nach politischen wie quanitativen Kriterien *nicht* um eine autonome Massenbewegung mit antikapitalistischer Stoßrichtung handelt, die Revolutionäre Marxisten als solche unterstützen könnten. Ob sich daraus eine solche Bewegung in der Zukunft entwickeln könnte, läßt sich derzeit nicht abschätzen.

WELCHES PROGRAMM - WIE INTERVENIEREN ?

Im entwickelten Imperialismus, in dem wir leben, ist die Arbeiterklasse die einzige soziale Klasse, die in der Lage ist, die Bourgeoisie zu stürzen und eine vollständige alternative Gesellschaft aufzubauen, die nicht auf Ausbeutung beruht und den Bedürfnissen und Interessen aller von der Bourgeoisie ausgebeuteten Klassen und Schichten der Bevölkerung entspricht. Autonome Massenbewegungen in gesellschaftlicher Teilbereichen mit antikapitaltistischer Tendenz, die aber nicht unmittelbar proletarischen Charakter haben, können daher in letzter Konsequenz nur *im Bündnis mit der Arbeiterklasse und unter deren politischer Führung* ihre eigentlichen Ziele dauerhaft erreichen. Jene spezifischen Forderungen und Bedürfnisse dieser Bewegung, Schichten oder Klassen, die einen tendenziell fortschrittlichen Charakter haben, und nicht dem Ziel der Errichtung der Diktatur des Proletariats entgegenstehen, werden ins revolutionäre Programm aufgenommen und bilden einen festen Bestandteil der proletarischen Revolution. Nun ist es klar, daß gerade in Österreich - bei der extremen Unterentwickeltheit der Klassenkämpfe in diesem Lande - das Bündnis mit der Arbeiterklasse von Seiten fortschrittlicher Studenten *nicht unmittelbar* hergestellt werden kann.

In Italien etwa konnten die Studenten ihren Kampf gegen das Hochschulreform-Projekt der Regierung sofort als Teil des Kampfes gegen den Sanierungsplan der Bourgeoisie verstehen. Sie konnten ihn daher *praktisch* als einen Kampf gegen die kapitalistische Regierung wenden und vor der italienischen Arbeiterklasse die schändlichen Handlangerdienste aufzeigen, die die reformistischen Arbeiterorganisationen der Andreotti-Regierung leisten. Wenn es auch nur gelang, eine sehr kleine Minderheit der Klasse in den Kampf einzubeziehen (zu stark ist noch die Kontrolle der Reformisten über die Arbeiterklasse), so war es doch möglich, in einen *unmittelbaren politischen* Dialog mit den fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterklasse zu treten (Unterstützungsaktionen einzelner 'Fabriksräte', Auftreten von Delegationen der Studenten auf Tagungen von Gewerkschaftsgremien etc.). Eine solche Perspektive ist in Österreich natürlich zum gegebenen Zeitpunkt nicht möglich.

Ist die *praktische* Verbindung nicht möglich, muß daher die sozialistische Perspektive propagandistisch mit *äußerster Klarheit und Bestimmtheit* im Programm dargelegt und aufgezeigt werden. Bei Drucklegung dieser Zeitung liegen von Seiten der wahlwerbenden Gruppen noch keine definitiven programmatischen Grundlagen vor. Einige konkrete Äußerungen zu ihren programmatischen Vorstellungen hat die GRM in der Hochschulbeilage zur März-*rotfront* dieses Jahres gemacht. Neben einer Reihe hochschulspezifischer Forderungen, die meist in den Grundzügen richtig, wenn auch nur unzureichend ausgeführt sind (z.B. der ständische Charakter der ÖH und die Funktion der Mitbestimmungsorgane), enthält sie immerhin die Feststellung: *"Es geht darum, alle Probleme an den Hochschulen als solche der kapitalistischen Klassengesellschaft zu begreifen und die Antworten darauf mit einer entsprechenden anitkapitalistischen Ausrichtung zu versehen... Auch wenn sich die aktive Parteinahme für und an der Seite der Arbeiterklasse heute manchmal sehr abstrakt ausnimmt und sich nur in Ansätzen realisieren läßt, so ist sie doch möglich. In dem wir die Propaganda zu eben allgemeinpolitischen Fragestellungen an der Hochschule aufnehmen, dabei den Standpunkt des Proletariats vertreten und dadurch möglichst viele Studenten für die Ziele der Arbeiterklasse zu gewinnen suchen."* Die GRM versichert auch, die Politik der Sozialdemokratie in ihren verschiedenen Ausprägungen gesamtgesellschaftlich in ihrer Wahlkampagne anzugreifen und die Solidarität mit dem antiimperialistischen und antibürokratischen Kampf in den unterentwickelten Ländern bzw. deformierten Arbeiterstaaten in ihr Wahlprogramm aufzunehmen (Was *konkret* darüber geschrieben wird, hat allerdings weit mehr mit liberalem Antiimperialismus und sozialdemokratischem Antikommunismus zu tun, als mit proletarischem Internationalismus). Auch heißt es: *"Nie war es deutlicher, wie dringend notwendig es ist, daß links von den bürokratischen Führungen der Arbeiterklasse eine neue revolutionäre Kraft entsteht, die gegenüber dem Reformismus das Prinzip der Unabhängigkeit von der Bourgeoisie, der Feindschaft gegen die verfaulende bürgerliche Gesellschaft und das Prinzip der Selbstorganisation der Massen, gegen den bürgerlichen Staat und für die sozialistische Revolution vertritt. Die IV. Internationale hat es sich zum Ziel gesetzt, solche neue Parteien der Arbeiterklasse aufzubauen."* (*rotfront*-Hochschulbeilage März 1977). Damit besteht immerhin die *Möglichkeit*, daß die GRM in ihrer Plattform zur Kandidatur zum Zentralausschuß der ÖH wenigstens wichtige Punkte *anführt und aufzeigt* die in einem revolutionären Programm aus diesem Anlaß enthalten sein müßten. (daß sie unfähig ist, der Arbeiterklasse und ihren möglichen Verbündeten eine kommunistische Perspektive im revolutionären Kampf zu weisen, haben wir praktisch wie theoretisch oft und oft dargelegt.) Dies könnte für uns ein Ansatzpunkt sein, mittels einer kritischen Wahlunterstützung für die ZA-Liste der GRM den politisch bewußten Studenten die Unzulänglichkeit der Antworten dieser Organisation in unserer Kritik aufzuzeigen. Eine endgültige Entscheidung darüber und eine detallierte Auseinandersetzung kann aber erst getroffen werden, wenn das endgültige Wahlprogramm dieser Gruppe vorliegt.

15.4.1977

STAPO-Praktiken

Unter obskuren Umständen wurden Donnerstag abends drei deutsche Staatsbürger von der Staatspolizei nach der BRD gebracht.

Donnerstag vormittag gegen 10 h sprachen Werner und Jürgen bei dem für Waltraud Boock zuständigen Haftrichter Schulz vor, um für den Nachmittag eine Besuchserlaubnis zu erhalten. Obwohl Jürgen zwei Tage zuvor Waltraud Boock besuchen konnte, wurde ihnen die Besuchserlaubnis mit der Begründung: *"Wir wünschen nicht, daß Boock besucht wird!"* verweigert. Beim Verlassen des Gebäudes wurden sie von drei Staatspolizisten festgenommen.

Ihre Begleiterin Dorit verständigte um 14 h den Anwalt Boocks, Dr. Kubicek, dem weder von Schulz noch von der Polizei irgendeine Auskunft zuteil wurde. Als Dorit um 14 h 30 Schulz persönlich nach dem Verbleib ihrer Begleiter fragte, wurde ihr nichts mitgeteilt, beim Verlassen des Gebäudes des Landesgerichts wurde jedoch auch sie festgehalten.

Alle drei wurden nun einzeln verhört, mit zweimonatiger Abschiebehaft bedroht, Dorit wurde mit Schlägen bedroht. Die Polizei wollte ihre Kontakte in Wien erfahren.

Um 18 h rief Dr. Kubicek erneut an - wieder wurde ihm keinerlei Auskunft erteilt.

Gegen 19 h schließlich wurde Jürgen in sein Auto gesetzt, 2 Staatspolizisten nahmen in seinem Auto Platz, Werner und Dorit wurden je in ein Auto der Staatspolizei gesetzt. Der Konvoi rollte nach Salzburg, wo den dreien Einreiseverbot unter der fadenscheinigen Begründung, sie könnten keinen ordentlichen Lebensunterhalt nachweisen, erteilt wurde - obwohl sie eine durchschnittliche Geldsumme vorweisen konnten.

Sofortige Aufhebung des Einreiseverbots gegen Werner, Jürgen und Dorit!

BERICHTIGUNG

1) Im Artikel 'Spanien an der Wende' schrieben wir infolge des schlampigen Gebrauchs des Begriffs Volksfront mehrmals, daß Suarez die Errichtung einer Regierung der Volksfront anstrebe. Dies ist insoferne falsch als er, wie aus dem Artikel inhaltlich hervorgeht, alles daran setzt, um später auf eine Regierungsbeteiligung der PCE (die wesentlicher Bestandteil einer Volksfrontregierung wäre) verzichten zu können. Tatsächlich wären stalinistische Minister ein gar zu kostspieliges Abenteuer für die Bourgeoisie. Die PCE ist von seiten der Comisiones Obreras dem Druck äußerst militanter Schichten der Arbeiterklasse ausgesetzt. Diese würden an eine solche Regierung derartige Forderungen stellen, deren Erfüllung dem altersschwachen spanischen Kapitalismus unmöglich ist. Eine enorme Radikalisierung wäre unausbleiblich und würde das gesamte Projekt von Suarez, die Kanalisierung der Massenkämpfe, über den Haufen werfen. Daher die offene Protektion der PSOE, die durch pseudolinke Phrasen der PCE die Basis abspenstig machen soll und die so gespaltene Arbeiterklasse leichter an das Parlament ketten kann.
Freilich wird sich Suarez in der einen oder anderen Form der Unterstützung durch die Stalinisten bedienen müssen. Schon die vorzeitige Legalisierung der PCE (sie sollte erst nach den Wahlen zugelassen werden) zeigt, wie groß der Druck der Massen ist. Nicht ausgeschlossen, daß es zu einer ähnlichen Situation wie in Italien kommt, daß eine Koalition von bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie sich mit der Stimmenthaltung der PCE in den kritischen Momenten über die Runden rettet.

2) Im Artikel zum Prozeß gegen den VSM-Salzburg hatten wir die Abkürzung SOAK fälschlicherweise mit dem Terminus 'Sozialistischer Arbeiterkampf' erklärt. Richtig müßtees 'Sozialistische Aktion' heißen. Wir hoffen, daß uns in Zukunft solche Fehler nicht mehr passieren.

LESERBRIEF

Dieser Brief und die Antwort der Redaktion, sollte eigentlich schon in der letzten Ausgabe der 'permanenten revolution' erscheinen, was aber aus technischen Gründen nicht möglich war. Wir bitten den Genossen um Verständnis.

Liebe Genossen,

mit Freude haben wir die 5. Ausgabe eures Zentralorgans 'Permanente Revolution' gekauft und gelesen.

Sie zeigt uns, daß die erste Phase des technischen Provisoriums beendet ist. Zweifellos läßt sich ein Blatt im A 3-Format vom Lay out her wirkungsvoller aufmachen und verkaufen.

Allerdings müssen wir gestehen, daß uns allein die veränderte Aufmachung eurer Zeitung vielleicht noch nicht veranlaßt hätte, diesen Brief zu schreiben. Die Quelle unseres Enthusiasmus resultiert aus dem Vergleich eurer Zeitung mit dem 'Spartacus', dem Zentralorgan des westdeutschen Spartacusbundes, für das wir geradestehen müssen.

Einige technische Fehler, die der 'Spartacus'-Redaktion verzweifelt oft dargelegt worden sind, und die bei Häufung und ständiger Wiederholung letztlich politische Qualität gewinnen, habt ihr von Anfang an vermieden.

- Einmal ist das Lay out der 'Permanenten Revolution' dankenswert klar und völlig übersichtlich. Dazu im Gegensatz kann sich der 'Spartacus'-Leser oft nur sehr mühsam durch das Blatt kämpfen, das den Eindruck hervorruft, als hätte die Redaktion die Artikel zum Puzzle zerschnitten und kräftig gemischt. Rettende Angaben wie Fortsetzungshinweise werden oft vergessen oder sind schwer auffindbar.

- Zweitens enthalten die Artikel der 'Permanenten Revolution' lediglich eine verkraftbare Zahl von Tippfehlern, was sich für den 'Spartacus' beim besten Willen nicht konstantieren läßt.

- Schließlich sind eure Artikel im großen und ganzen systematisch aufgebaut, verständlich geschrieben und vermeiden meist die revolutionäre Phrasendrescherei, die wir oft am Ende von 'Spartacus'-Artikeln finden. Ein gutes Beispiel für diese letzte Behauptung ist eurer China-Artikel, den wir unseren Sympathisanten und dem restlichen Leserkreis eher empfehlen können, wie den von der Zielsetzung her vergleichbaren Artikel in 'Spartacus' Nr. 32.

Ihr habt bewiesen, daß man mit nicht allzu üppigen technischen und personellen Mitteln ein lesbares propagandistisches Blatt machen kann - und das sollte dem Spartacusbund eigentlich auch gelingen.

Ein sehr wesentlicher Fehler fällt beim Lesen der 'Permanenten Revolution' noch stärker als beim 'Spartacus' auf, wenngleich er sich mit dem geringen Alter der IKL <u>noch</u> entschuldigen läßt:

Wir finden in den Ausgaben 3/4 und 5 der 'Permanenten Revolution' <u>keinerlei Ausdruck einer eigenständigen Politik</u> der IKL!

Das liegt sicherlich nicht in der Verantwortung der Redaktion, sondern ist das Resultat der (fehlenden?) politischen Ausrichtung eurer Organisation.

Wir begreifen durchaus, daß ihr euch in einem grundlegenden programmatischen Orientierungsprozeß befindet - genauso wie der Spartacusbund - und das Hauptgewicht auf die internationale Orientierung legt.

Dennoch werden unsere beiden Organisationen nicht umhin kommen, neben der programmatischen Diskussion, neben der Wahrnehmung internationaler Kontakte, usf. Politik auf der Grundlage der bereits vorhandenen programmatischen Klärung zu machen, d.h. in die Arbeiterklasse möglichst konkret propagandistisch zu intervenieren, um nicht zu Sekten fern ab von jeglicher Realität zu verkommen. Die Inhalte dieser Politik, die uns die Gewinnung der fortschrittlichsten Arbeiter und der besten Genossen der konkurrierenden politischen Organisationen ermöglichen soll, sind nicht schwer zu bestimmen: Aufgreifen der objektiven Lage der Arbeiter besonders dort, wo sie subjektiv erfahrbar wird; Einbringen von Themen des internationalen Klassenkampfes und (propagandistische) Mobilisierung der Arbeiter gegen den Klassenfeind im eigenen Land.

Eine Propaganda aus der Ferne, ohne Kontakt zur Zielgruppe zumindest in exemplarischen Praxisfeldern, verpufft wirkungslos und verhindert die Festigung und Weiterentwicklung unserer Genossen zu wirklichen Kadern.

Freundschaftlich
F.K., Frankfurt/M.

ANTWORT DER REDAKTION:

Wenngleich wir dem Genossen - nicht ohne Stolz - für das ausgesprochene Lob danken, wollen wir doch vor allem auf jene Passage in seinem Brief eingehen, in der er den "wesentlichsten Fehler" unserer Zeitung darin sicht, daß in ihr "keinerlei Ausdruck einer eigenständigen Politik der IKL" zu sehen ist, wenngleich er dies mit dem geringen Alter unserer Organisation - noch - entschuldigt.

Der Genosse hat natürlich an sich völlig recht. Eine revolutionäre Organisation, der es nicht gelingt, eine eigenständige Praxis (Betriebsarbeit, Arbeit in der Frauen-, Soldaten-, oder Studentenbewegung usw.) aufzubauen und kontinuierlich zu intervenieren, wird letztlich zur Sekte degenerieren, d.h. sie wird ihren programmatischen Anspruch nicht einlösen können.
So weit, so gut.
Aber bei dieser Feststellung beginnen die eigentlichen Probleme, wobei aus den Zeilen des Genossen nicht klar wird, ob zwischen uns und ihm in dieser Frage Differenzen bestehen. Differenzen der Art nämlich, daß es ja genau darum geht, den konkreten Stand des Organisationsaufbaues und die daraus folgenden Aufgaben zu bestimmen.

Zum ersten ist es nicht richtig, daß unsere Organisation keinerlei eigenständige Politik betreibt. Hier wäre nur unsere Intervention zur Frage der bürgerlichen Repression zu nennen, wo tatsächlich wir die einzige Organisation der Linken waren, die schon vor Monaten klar die Entwicklung einschätzte und die daraus folgenden Rückschlüsse zog. Bis heute, wo es um den Kampf gegen die faschistische ANR geht. Desgleichen hat unsere Organisation - mit ihren Kräften - zur Slowenenfrage interveniert. Aber es ist wohl eine Binsenweisheit, daß man bei der Einschätzung der Aktivitäten einer Organisation deren Kräfte berücksichtigen muß.

Doch wesentlicher ist, daß wir bei der Gründung der IKL ganz klare Prioritäten bestimmt haben, daß wir ganz klar die zentristische Methode des 'Dort-sein-wo-sich-etwas-tut' abgelehnt und stattdessen die aktive Mitarbeit am Aufbau einer internationalen Tendenz als Hauptaufgabe unserer Organisation bestimmt haben.

Aber das mußte natürlich Konsequenzen haben. Internationale Arbeit bedeutet für uns eben nicht, daß ein Verantwortlicher ab und zu auf Reisen geht und nachher Berichte abliefert, sondern daß die gesamte Organisation sich z.B. auf die 6. BK des Spartacusbundes vorbereitet (bzw. Konferenzen der NII usw.). Das bedeutet natürlich nicht, daß wir dabei die Entwicklung in Österreich ignorieren. Aber der Genosse muß bedenken, daß z.B. Betriebsarbeit heute in diesem Land nichts anderes bedeuten würde, als hilflos mit Flugblättern und Zeitungen vor der Fabrik zu stehen. In Wahrheit ist das eben alles andere als Betriebsarbeit.

Natürlich, das ist unbestritten, es ist - besonders für eine junge, unerfahrene Organisation wie die unsrige - schwierig, die Bedeutung einer konkreten Entwicklung für die Politik der eigenen Organisation richtig einzuschätzen und die Aktivität der Mitglieder darauf zu konzentrieren. Hier wird es sicherlich Fehler geben. Doch gerade beim Kampf gegen die staatliche Repression und gegen den Faschismus haben wir als einzige Organisation der Linken von Beginn an für eine koordinierte Abwehr der Linken gekämpft und auch ein klares Konzept eingebracht. Daß die 'großen' Organisationen erst entsprechend reagieren werden, wenn ihre Basis Druck auf die Führung auszuüben beginnt, war uns dabei schon immer klar.

Beim heutigen Stand unserer Kader und beim Stand der Klassenkämpfe in diesem Land wäre es unser schwerster Fehler, jedem 'Klodeckel-Konflikt' nachzulaufen, eine Zeitung herauszugeben, wo einzelne Artikelchen über die Unterdrückung da und dort berichten und wo das Fazit letztlich nur ist, daß die "Massen kämpfen müssen". Eine derartige Zeitung monatlich herauszugeben, wäre natürlich unser geringstes Problem.

Der Genosse muß außerdem noch bedenken, daß die IKL - de facto - aus dem Nichts aufgebaut wurde, d.h. daß in diesem ersten Jahr erst einmal die Grundlagen einer Organisation geschaffen wurden - ein Prozeß, der nun weitestgehend abgeschlossen ist. Jeder Genosse, der aktiv an dieser Arbeit (was sowohl die politische, als auch die praktische Seite dieser Medaille betrifft) beteiligt war, weiß genau, mit welchen Mühen dies verbunden war.

Unser Bemühen ist also keineswegs darauf gerichtet, eine Schulungsgruppe mit Zeitung aufzubauen, was wir bereits bewiesen haben und in der nächsten Zukunft noch mehr unter Beweis stellen werden. Aber wenn wir davon ausgehen, daß einzig der Aufbau einer internationalen Tendenz die Gewähr dafür bieten kann, daß wir auch in Österreich mehr Erfolg mit unserer Politik zu verzeichnen haben - und wir gehen davon aus -, dann muß dies einschneidende Konsequenzen haben - politische wie auch praktische. Ohne diese Tendenz - ihre Erfahrungen im Klassenkampf - werden unsere Kader schließlich dem ständigen Druck der Zentristen und Reformisten erliegen. Wir werden dann vielleicht zwei, drei Betriebszeitungen herausgeben, wo der Arbeiter lesen kann, daß die Sozialpartnerschaft nur den Kapitalisten nützt, aber die eigenständige Existenzberechtigung hätten wir dann verloren, eben weil die national-isolierte Existenz unweigerlich zur politischen Degeneration führt.

STALINISMUS KONTRA ARBEITERDEMOKRATIE

"Nur allzu deutlich wurde aber, daß das Auftreten der "ML"S-Provokateure nach den selben strategischen und taktischen Gesichtspunkten angelegt war, wie das der Neonazis: Die Kommunisten an der öffentlichen Darlegung ihrer Ansichten zu hindern".

So schreibt der KPÖ-Studentenverband (KSV) in einem Flugblatt, nachdem die Maoisten tatsächlich während der Veranstaltung des KSV mit Franz Muhri als Referenten (Thema: Helsinki und die Folgen) in unüberbietbarer Offenheit bewiesen hatten, daß Arbeiterdemokratie für sie null und nichtig ist.

Minutenlange Sprechchöre ("Nieder mit dem Sozialimperialismus" usw.) hinderten Muhri am Sprechen, und als Gipfelpunkt der Provokation sprach der erste Diskussionsredner der Maoisten fast eine halbe Stunde und mußte schließlich vom Mikrofon verdrängt werden.

Während vor der Universität zwei Dutzend uniformierte und bewaffnete Faschisten ihre 'Wacht am Ring' hielten, brüllten im Saal an die hundert Maoisten "Nieder mit dem Sozialfaschismus" und zeigten so ungewollt die Konsequenzen der 'Theorie' vom "Sozialimperialismus" auf. Denn, wenn es sich bei der KPÖ um einen "Agenten des Sozialfaschismus" handelt, warum dann eigentlich Aktionseinheit mit dieser Partei gegen den Faschismus? Das Auftreten der Maoisten, welches klar auf die Sprengung der KSV-Veranstaltung ausgerichtet war (man muß in diesem Zusammenhang einmal bedenken, daß vor nicht allzu langer Zeit die Maoisten der Ansicht wanen, daß man mit Faschisten 'diskutieren' müsse!), gab der KPÖ natürlich Gelegenheit, sich als Vertreter der Arbeiterdemokratie aufzuspielen. Doch schon das Flugblatt, aus welchem wir am Beginn zitierten, beweist klar das Gegenteil. In ihm wird nichts anderes gemacht, als die selbe politische Methode angewendet, mit der die MLS auf der Veranstaltung auftrat. Bezeichnen die einen die KPÖ als "Agenten des Sozialimperialismus" so kontern die anderen damit, daß sie die Maoisten mit den Faschisten auf eine Stufe stellen.

Mit diesem 'Schlagabtausch' haben beide Parteien nichts anderes unter Beweis gestellt als ihre stalinistische Methode, haben beide bewiesen, daß sie Gegner der Arbeiterdemokratie sind. Die KPÖ war auf dieser Veranstaltung in die Defensive gedrängt und konnte so leicht das hysterische Brüllen der Maoisten für sich ausnützen; aber sie hat in der Vergangenheit die Arbeiterdemokratie mit Füßen getreten und wird dies auch in Zukunft tun, wenn diese ihren Interessen im Wege steht.
So sind denn die beiden stalinistischen Richtungen (die allerdings in der praktischen Auswirkung ihrer Politik Schwierigkeiten haben, sich voneinander abzugrenzen - wenn die KPÖ den Maoisten die Unterstützung der Konterrevolution in Angola vorwirft, beginnen diese, 'CSSR, CSSR' zu kreischen) eifrig bemüht, einander das Prädikat eines 'faschistischen Agenten' anzuhängen, derweilen die wirklichen Faschisten in ihrem Auftreten von Woche zu Woche entschlossener werden...

Beide können eben nicht begreifen (und es wäre vergebliche Mühe zu hoffen, daß die Führungen dieser Parteien es jemals tun werden), daß es innerhalb der Arbeiterbewegung verschiedene Richtungen gibt (von der Sozialdemokratie bis zu den Revolutionären), deren Differenzen zwar unüberwindlich sind (bei der Sozialdemokratie und dem Stalinismus handelt es sich klar um konterrevolutionäre Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung), die aber in bestimmten Situationen des Klassenkampfes allesamt von der bürgerlichen Konterrevolution bedroht werden.

Wenn wir für die Arbeiterdemokratie eintreten (was in diesem konkreten Falle bedeutet hätte, Redezeiten einzuhalten und die Sprechchöre einzustellen), wie wir es auch in unserer Wortmeldung auf der Veranstaltung getan haben, dann tun wir dies keineswegs aus einem unbestimmten 'Einigkeitsfimmel' heraus, sondern darum, weil die Verletzung dieser Demokratie der gesamten Arbeiterbewegung schadet und der bürgerlichen Reaktion nützt.

Doch es ist uns klar, daß die Arbeiterdemokratie nur im permanenten Kampf gegen die Führungen der beiden Parteien erreicht werden kann. Würden diese Führungen nur sich selbst vertreten, wir hätten nicht das geringste dagegen, wenn sie sich im Wienerwald mit den Rufen "Nieder mit dem Sozialfaschismus" und "Nieder mit dem Maoismus" aufeinander stürzen würden. Aber eben weil sie hunderte und tausende Genossen, die wirklich gegen den Kapitalismus kämpfen wollen, hinter sich führen - in die Sackgasse führen -, werden wir nicht aufhören, eine demokratisch abgewickelte Auseinandersetzung zwischen den Organisationen zu fordern, die sich auf die Arbeiterklasse berufen. Uns geht es dabei nicht um Franz Muhri oder Walter Lindner - beide sind endgültig für die Revolution verloren - sondern um die Mitglieder und Sympathisanten jener Parteien, die in einer demokratisch geführten Auseinandersetzung begreifen können, welche politische Richtung tatsächlich - in Theorie und Praxis - die Interessen der Arbeiterklasse vertritt.

In seiner Rede bewies Muhri, was die KPÖ von einer wirklich inhaltlichen Auseinandersetzung hält, wenn er - man kennt dies ja aus der Lektüre der 'Volksstimme' - die 'Dissidenten' angriff und die verschiedensten Richtungen (von der offen konterrevolutionären, die durch Solschenyzin und Bukowski vertreten wird, bis zu jener, die sich auf den Leninismus beruft) einfach als "Agenten des Imperialismus" bezeichnete, womit ja wieder alles klar war...
Nichts machte die geistige Verwandtschaft klarer, als die kümmerlichen Versuche beider stalinistischer Richtungen, in der Diskussion die Trotzkisten einmal als Unterstützer der KPÖ ("die fünfte Kolonne") und einmal als solche der Maoisten anzugreifen...

Bleibt noch die Wortmeldung der GRM zu erwähnen, mit der der unverwüstliche H.D. wieder einmal bewies, daß er schier nie etwas von marxistischer Politik verstehen wird. Mit weltmännischer Geste erklärte er die KPI - in Abgrenzung zur KPÖ - als "demokratischer", just in einem Moment, wo diese Partei bemüht ist, die italienische Arbeiterklasse gegen die Studenten zu verhetzen...
Mein Gott, Hermann!



Politische Repression in der BRD

"Unter dem Vorwand der Haussuchung nach verbotenen Schriften unterwirft (die Polizei die) *Ehefrauen und Töchter* (der Sozialisten) *der unanständigsten und brutalsten Behandlung. Sie selber werden ganz nach Belieben von der Polizei verhaftet, wochenlang in Untersuchungshaft gehalten und erst freigelassen, nachdem sie monatelang im Gefängnis gesessen. Neue, dem Strafgesetz unbekannte Vergehen werden von der Polizei erfunden und die Bestimmungen dieses Gesetzbuches selbst über die Grenzen des Möglichen hinaus gedehnt. Und oft genug findet die Polizei Justizbeamte und Richter, die korrumpiert oder fanatisch genug sind, ihr zu helfen und Vorschub zu leisten; hängt doch davon die Karriere ab!"* (Friedrich Engels, Bismarck und die deutsche Arbeiterpartei, MEW 19)

Die Hauptfunktion des Klassenstaates hat sich nicht geändert. Damals, als Engels gegen das Sozialistengesetz polemisierte und heute, wenn in der Bundesrepublik eine Hexenjagd auf Linke und Liberale veranstaltet wird. Den Herrschenden in Deutschland stehen heute jedoch nicht nur eine Reihe neuer technischer'Errungenschaften' zur Verfügung, auf die Bismarck seinerzeit verzichten mußte - die größte Errungenschaft für sie bleiben jene 'Sozialisten', auf die der feudalkapitalistische Staat noch schießen ließ und die heute der politischen Repression in der BRD das Gepräge geben: Allerdings stehen sie heute hinter dem 'Rechtsstaat' und hinter den Pistolen der Polizisten!

'Unnötige', brutale Hausdurchsuchungen, Maulkorbparagraphen, Polizeieinsätze gegen linke Buchverlage und Büchertische, Justizterror gegen politische Gefangene, Verteidigerausschlüsse usw. - die deutsche Bourgeoisie demonstriert heute wieder ganz offen, was die von ihr gewährten konstitionellen Freiheiten wert sind. Freilich richtet sich die Reaktion noch in erster Linie gegen die ziemlich isolierte Linke. Sie soll verunsichert und aufgerieben werden. Doch dahinter verbirgt sich gar nicht so gut versteckt das Anliegen der Kapitalisten, ihre Gesellschaft gegen den morgigen Ansturm der internationalen Arbeiterklasse zu rüsten, wobei sie nicht erfindungsreich genug sein können, um 'Argumente' dafür zu sammeln.

UNTERDRÜCKUNG IN DER BRD - DIE LOGIK DES KAPITALISMUS

"Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an." posaunte Brandt in seiner Regierungserklärung 1969 zu einer Zeit hinaus, in der es tatsächlich zu einer Wende kam - nur nicht zu der, die der neugebackene Bundeskanzler prognostizierte. Spätestens seit der Krise von 1966/67 reagierte die deutsche Bourgeoisie massiv auf die neuen Verhältnisse, die sich mit dem Ende der Rekonstruktionsphase nach dem 2. Weltkrieg ergeben hatten. Die vielerorts aufflackernden Arbeiterkämpfe zeigten ihr, wie sehr mit dem Proletariat zu rechnen ist, erst recht wenn ihr ungeheurer Profitappetit zu einem vehementen Angriff auf den Lebensstandard der Massen ansetzen würde.
Die Sozialdemokratie sollte hiebei zum einen die Aufgabe erfüllen, die Arbeiterklasse mit Reformversprechungen unter Kontrolle zu halten und sie daran zu hindern, den nächsten Wirtschaftsaufschwung für höhere Löhne zu nützen. Zum anderen konnte man ihrer sicher sein, wenn es galt, den bereits unter Erhard und Schröder begonnenen Ausbau des Unterdrückungsapparates hurtig voran zu treiben. Ihre ersten Sporen hatte sie sich ja schon längst verdient:
"Zur Bekämpfung von Gefahren, Naturkatastrophen oder Unglücksfällen im Sinne dieser Vorschrift kann das Grundrecht der Freizügigkeit (Artikel 11) durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden." (Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes; Notstandsverfassung; am 10. März 1967 von der Bundesregierung beschlossen)
Und unter *"Gefahren"* wurden *"im Sinne dieser Vorschrift"* auch verstanden: Gefahren *"für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes ..."* (ebenda)

worauf Herbert Wehner, SPD Bonze, damals schmierig aber trotzdem eindeutig nichts anderes zu erwidern wußte als: *"Die Führungskörperschaften der SPD haben in einer gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission am 17.März 1967 erklärt, daß sie in dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf einen wesentlichen Schritt zu einer demokratischen und rechtsstaatlichen Lösung der Notstandsregelung sehen."* (Herbert Wehner, Notstand)
Man sieht, auf Sozialdemokraten ist Verlaß. Schröder und Höcherl hatten bei den ersten Entwürfen für die Notstandsgesetze nur eine *"unglückliche Hand"* (Leber) - glücklichere Hände hatten offensichtlich die Sozialdemokraten, die die eindeutigen Stellen im Regierungsentwurf kosmetisch geschickt übertünchen konnten, ohne den damit gelegten Grundlagen eines Polizeistaates auch nur ein Haar zu krümmen. Die Bourgeoisie bedankte sich.

Die SPD-'Friedenspolitik' gegenüber den osteuropäischen Arbeiterstaaten paßte ebenso in das Konzept der Monopolisten, die Absatzmärkte zu erweitern, zudem man auf den 'Friedensapostel' Brandt und seine Wirtschaftsexperten Schiller und Schmidt zählen konnte, um dem Imperialismus den Einfluß in den halbkolonialen Ländern zu sichern.

1968 war ein hoffnungsvolles Jahr für die kapitalistischen Kuponschneider. So aussichtsreich lagen die Profiterwartungen - das reale Wirtschaftswachstum stieg um 8% - daß ein größerer Teil der Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß aufgesogen wurde. Mit *"Mehr Lebensqualität, mehr öffentlichen Investitionen und Demokratie"* auf den Lippen, vermochte die SPD neben dem Gros der deutschen Arbeiterklasse auch Schichten des Kleinbürgertums an sich zu ziehen. Sie stellte 1969 mit der FDP die Regierung und schwamm vor allem durch den Wirtschaftsaufschwung von 1968/69 mit aufwärts.

Der Studentenbewegung gegen Ende der 60er Jahre hatte sie schon das Genick gebrochen. Mit der Parole: *"Wir bejahen uneingeschränkt das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf Kritik an den bestehenden Verhältnissen."* (aus dem Wahlprogramm der SPD, 1969) begann sie, die studentische Linke den 'langen Marsch durch die Institutionen' antreten zu lassen. Zu Tausenden besetzte diese öffentliche Dienststellen, zB. im Bildungssektor, ohne sich aber völlig in ihrer Gesamtheit den hierarchischen Strukturen des kapitalistischen Staatsapparates unterzuordnen. Liberalisierungserscheinungen im Beamtentum, progressive Professoren, linke Lehrer, linksradikale Lehrinhalte usw., weichten diese Herrschaftsinstrumente zumindest ansatzweise auf und es war klar, daß ein solcher Zustand auf lange Sicht für die Bourgeoisie untragbar ist.
Wie ernst die Sozialdemokratie ihr 1969er Gefasel von der 'Demokratie' genommen hatte und was sie unter "uneingeschränktem Recht auf freie Meinungsäußerung" verstand, erklärte Brandt in einer Sitzung des Parteivorstandes am 13. Februar 1969 genauer: *"Wer sich mit Gewalt revolutionär gebärden will, den muß man in diesem Anspruch ernst nehmen und ihm entsprechend hart begegnen. Terror muß gebrochen werden. Da darf man nicht mit sich spielen lassen, und wer uns - wie auch immer motiviert - zum Hauptfeind erklärt, wird ohnehin nicht mit besonderer Langmut rechnen dürfen. Wer sich allerdings nur mit solchen Erscheinungen auseinandersetzt, in der Art von Staat, in dem wir leben, der verdient, dafür nicht getadelt zu werden, sondern der verdient Verständnis, und die, die zB. als Polizeibeamte Dienst tun, müssen wissen, daß die Sozialdemokratie hinter ihnen steht."* (zitiert nach 'Tatsachen - Argumente')
Da ist alles enthalten, was für die Bourgeoisie wichtig geworden war. Die Disziplinierung ihrer Beamten, die Straffung ihres Staatsapparates. 1970/71 strebten die deutschen Kapitalisten bereits wieder einer Krise entgegen und der Spielraum für die 'Auseinandersetzung' *"in der Art von Staat in dem wir leben"* schränkte sich immens ein.
Die Ostpolitik der Regierung verwischte zudem das vor allem von den Rechtsparteien geschürte Feindbild der DDR, was immer ein wichtiges 'Argument' für den Ausbau des Repressionsapparates gewesen war. Den braven Staatsbürger mit der 'Roten Armee Fraktion' und überhaupt mit dem 'Terrorismus' erschreckend, fuhr sie mit der Aufrüstung fort, um in Wirklichkeit, selbst schockiert von den Streiks zu Anfang der 70er Jahre (Opelstreiks usw.), sich weiter gegen die gesamte Arbeiterklasse zu bewaffnen. *"Terror muß gebrochen werden."* - mit der Polizei, hinter der die Sozialdemokratie steht!
Wirklich, da fingen sie erst so richtig an: *"Unter dem Vorwand der 'Terroristenbekämpfung' hat die SPD/FDP-Regierung einen gigantischen Ausbau des Repressionsapparates vorgenommen ... Die Kosten für personelle und materielle Ausweitung stiegen allein von 1969 bis 1975 für das Bundeskriminalamt von 22,4 Mio. auf 130,9 Mio. Mark; die Personalstellen von 933 auf 2.237. Die Kosten für den Ausbau des 'Verfassungsschutzes' stiegen im Zeitraum von 1969 bis 1973 von 29,2 auf 62,1 Mio. Mark; für den Bundesgrenzschutz (BGS), der mit Gesetz von 1.4.1973 zur 'Polizei des Bundes' erklärt wurde, stiegen die Kosten von 314,4 (1969) auf 671 Mio. Mark (1975). Der BGS wurde auf 22.000 Mann verstärkt und mit modernstem Kriegsgerät ausgerüstet."* (KB/Nord Broschüre: 'SPD. Das "kleinere Übel", das zu immer größeren Übeln führt')

Treffend schreiben die Genossen des SPARTACUSBUNDES: *"Die politische Unterdrückung hat in der BRD eine ganz besondere Ausformung erhalten, die aus der besonders harten Konfrontation mit der DDR und der Vormachtstellung der BRD im kapitalistischen Europa zusammenhängt."* ('spartacus', Nr. 32)
Eine Hauptaufgabe der BRD - auch schon vor 1949 - war es, als Speerspitze gegen die neu entstandenen bürokratisierten Arbeiterstaaten, vor allem gegen die DDR, zu wirken.

Die Einbeziehung Westdeutschlands in die, von den USA dominierte, imperialistische Strategie, seine Einbeziehung in die NATO, war allerdings nicht alleine eine Angelegenheit der chronischen Kriegstreiber, Rüstungskonzerne usw., sondern genau so eine der Sozialdemokratie - ist sie es doch, die am meisten davon profitiert, daß die stalinistische Bürokratie dermaßen den Sozialismus diskreditiert.
Der andere Grund und Anlaß für die Bourgeoisie, sich nach innen und außen zu rüsten, liegt in der besonderen Situation der Bundesrepublik im kapitalistischen Europa. Neben den für sie anschaulichen Beispielen der deutschen Klassenkämpfe und besonders unter dem Eindruck der internationalen Klassenauseinandersetzungen, ist es ihre internationale Rolle als Europas 'Polizist', warum sie zielstrebig an eine Bereinigung der Strukturkrise des Staatsapparates und an der strengen Aufrechterhaltung der 'inneren Ordnung' interessiert ist. Portugal hat unverhüllt gezeigt, wie stark der deutsche Imperialismus (über die SPD) durch seine Intervention der Revolution entgegenwirken kann. Nichts anderes erleben wir heute in Spanien, wo es wieder die SPD ist, die die 'demokratische' Konterrevolution mitformiert.

Die wirtschaftliche Stärke der BRD vermochte bisher die Rezessionen der gesamten internationalen kapitalistischen Wirtschaft zu dämpfen. Phasenverschiebungen zwischen der deutschen, japanischen und amerikanischen Krise haben oft genug den Durchbruch einer allgemeinen, tiefen Rezession verhindert. Eine Grundvoraussetzung dafür, auch weiterhin eine solche 'stabilierende' Rolle spielen zu können, ist eine 'ruhige' - eine niedergezwungene - Arbeiterklasse. Eine 'krisenfeste' BRD ist der Hauptgarant für den internationalen Imperialismus, der, falls notwendig, in zugespitzten Klassenkampfsituationen in Europa intervenieren wird. Wer noch außer der USA wäre dazu imstande? Es benötigt keiner allzu übertriebenen Phantasie, sich vorzustellen, wie das internationale Finanzkapital auf 'verläßliche' deutsche Gruppen zurückgreifen wird, wenn es gilt, die italienische Revolution niederzuhauen. Erinnern wir uns an die akute Gefahr der NATO-Intervention in Portugal vor 2 Jahren!

RADIKALENERLASSE: "UNBESCHADET SEINER/IHRER QUALIFIKATION"

Das alles sind die wesentlichsten Grundlagen für die zunehmende Verschärfung der politischen Repression in Deutschland. Am 28. Jänner 1972 kommt es zu den Beschlüssen der Ministerkonferenz über 'Radikale im Öffentlichen Dienst'. Darin ist festgelegt, daß für jede Einstellung eines Bewerbers in den öffentlichen Dienst beim jeweiligen Innenminister rückgefragt werden muß. Das bedeutet: Überprüfung aller Ansuchenden durch den 'Verfassungsschutz', Befragungen dritter Personen, Intrigen, Gesinnungsschnüffelei - Disziplinierung der Beamtenschaft. Bis 1975 wurden an die 500.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst überprüft; rund 4000 als verdächtig eingestuft und an die 450 nicht eingestellt. Ca 2000 Personen wurden in den letzten Jahren wegen politischer Gründe entlassen. Aber die tatsächlichen Zahlen liegen bedeutend höher. (vgl. KB/Nord Broschüre)

Alle sozialdemokratischen Beteuerungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Partei bei der 'Radikalen'hetze in den vordersten Reihen agiert. Begonnen mit ihrer Initiative im Hamburger Senat im November 1971, dann das Gerede eines Helmut Schmidt, in dem von einem "gegenstandslosen Ministerpräsidentenbeschluß" die Rede ist (siehe das Regierungsprogramm 1976-80), bis zur Einführung der 'neuen Richtlinien' am 1. Dezember 1976: SPD, FDP und CDU/CSU 'säubern' frischfröhlich weiter.

Ganz offensichtlich nützen die SP-Bürokraten die Repression auch zur Disziplinierung ihrer eigenen 'Genossen', die oft ebenso vom Rausschmiß betroffen sind. Wie die Sozialdemokratie die Repression aller linken Opposition intus hat, beweisen die von ihr eingefädelten 'Unvereinbarkeitsbeschlüsse' im 'Deutschen Gewerkschaftsbund'. Nicht um Einfälle verlegen konstruieren sie neue schärfere Richtlinien für die Ausschlüsse von unangenehmen Gewerkschaftsmitgliedern und dort, wo Gegenwehr entsteht, schließen sie gleich ganze Landesverbände aus. (GEW-Spaltung, siehe 'spartacus' Nr,32)

FOLTER IN DER BRD

Form und Umfang der politischen Unterdrückung in der BRD haben sich in den letzten Jahren ungemein verschärft. Linke Buchläden fallen dem Polizeiterror zum Opfer, mitten in der Nacht werden 'verdächtige' Personen aus den Betten geholt, Wohnungsmobilar zertrümmert, Büchertische von den Bullen abgeräumt usw. Am krassesten demaskiert sich die Klassennatur dieses Staates allerdings im Terror der Justiz. Dutzende von politischen Gefangenen sitzen heute in den Gefängnissen - mit jahrelangen Untersuchungshaftzeiten, oft von der Umwelt völlig isoliert, ohne echte Rechtshilfe! 'Saubere'Quälereien, die irreparable psychische Schäden verursachen, werden je nach Bedarf von physischer Folter abgelöst, dann zB. , wenn die Gefangenen gegen die Haftbedingungen rebellieren: Wasserentzug, gewaltsame Abnahme der Fingerabdrücke, erzwungenes Abschneiden der Haare usw. Erniedrigende körperliche Untersuchungen, strenge Einzelhaft, die Zellen im 'toten' Trakt: *"...die unmittelbar rechts und links und die unter und über der Zelle des U-Gefangenen Meins liegenden Zellen dürfen nicht mit Gefangenen belegt werden."* (Verfügung des Leiters der Justizvollzugsanstalt Wittlich, 26. März 1973; enth. in 'Folter in der BRD, Kursbuch 32), Fesselungen beim Einzelspaziergang, Aus-



schluß von allen Gemeinschaftsveranstaltungen, Entzug von Lektüre - genau das alles hat die Genossin Meinhof getötet!

Wie meinte doch Brandt: *"Da darf man nicht mit sich spielen lassen..."* Er und seine verabscheuungswürdige Mameluckenhorde reiht sich würdig in die Ahnengalerie der Sozialdemokratie nach dem 1.Weltkrieg ein. Als wär's auf die Brandts und Schmidts gemünzt, schreibt Rosa Luxemburg: *"Die Payer, Liesching, Hubrich, die David, Landsberg, Scheidemann haben alle Staatsanwälte übertroffen, alle Polizeipräsidenten beschämt, den seligen Tessendorf* (von 1873 bis 1879 als Erster Staatsanwalt am Berliner Stadtgericht Organisator der Sozialistenverfolgungen) *nachträglich zum Waisenknaben gemacht. Wehe, wenn diese Kerle das Bismarcksche Sozialistengesetz zu handhaben gehabt hätten! Sie hätten sämtliche sozialdemokratische Abgeordnete und Redakteure ins Zuchte*

Zuchthaus gesteckt, sie hätten unseren alten Liebknecht an den Galgen gebracht." (Rosa Luxemburg, Hundepolitik, Ges. Werke, Band 4)

RECHT IST, WAS DER BOURGEOISIE NÜTZT

Immense Willkür und völlig offener Abbau demokratischer Rechte sind die Haupteindrücke der Kampagne gegen die RAF und andere. Wohl haben die deutschen Arbeiter noch nicht bewußt erfahren, *"was konstitionelle Freiheiten wert sind, sobald das Proletariat sich erlaubt, sie ernst zu nehmen und davon Gebrauch zu machen, um die kapitalistische Gesellschaft zu bekämpfen."* (Engels), und so dürfen wir nicht aufhören, immer wieder die demokratischen Illusionen als solche zu entlarven und mit ihnen den impotenten Legalismus der Stalinisten aller Schattierungen. *"Endlich einmal wird in diesem Lande wirklich verteidigt - und schon heißt es, es werde 'Mißbrauch' getrieben. Endlich einmal wird in diesem Lande in Anspruch genommen, was die Strafprozeßordnung der Strafverteidigung zur Verfügung stellt - und schon muß die Strafprozeßordnung demoliert werden, damit sie nicht 'mißbraucht' werden kann. Doch die Wahrheit ist, daß in Stuttgart Stammheim endlich einmal versucht wird, die Strafprozeßordnung zu gebrauchen. Was ist für jene, die nun aufschreien und den drohenden Untergang des Rechtsstaates beschwören, die Strafprozeßordnung eigentlich bislang gewesen? Durfte unsere Strafprozeßordnung nur solange gelten, als sie nicht ernsthaft in Anspruch genommen wurde?"* (G. Mauz, Es ist nicht Haarmann, der kommt..., erth. in 'Politische Prozesse ohne Verteidigung)
Genau! Die Bourgeoisie erlaubt ihre Gesetze und hält sich selber nur daran, wenn es ihren Interessen nicht widerspricht. Baader und Genossen müssen verurteilt werden, dazu ist den Herrschenden der exemplarische Charakter dieses Prozesses viel zu wichtig. Dazu schlagen sie auch 'illegal' um sich, wenn ihnen ihre eigenen Gesetze nicht genug sind. Dann müssen neue her - auf der Strecke bleiben die Genossen, nicht nur von der Tortur zermartert und verurteilt, sondern auch von der Öffentlichkeit ungehört.

Die bürgerliche Justiz versucht unentwegt ihren Wirkungsgrad zu vergrößern. Waren es gestern noch die 'unverkennbaren Außenseiter', die 'Terroristen' mit Bart und bösem Blick, so sind es heute bereits die an 'Verbrechen' mittelbar Beteiligten, die verteufelt werden. Der Prozeß gegen Karl Heinz Roth und Roland Otto spricht darüber eine unmißverständliche Sprache. Beide haben nicht geschossen. Offenbar werden sie von der Bourgeoisie wegen ihrer politischen Einstellung verfolgt. Die Boulevardjournaillen schütten kübelweise ihren Mist über die Genossen und verhetzen sie schon seit langem als 'Mörder' und 'Terroristen'. Dem Zeitungsschmierer krampft es das Herz zusammen: Wer aller noch versteckt sich hinter einer Maske, um 'unseren' Rechtsstaat zu bedrohen? Vermutlich bald jeder, der auch nur ein Wörtchen über zu hohe Preise, zu niedrige Löhne, saumäßige soziale Einrichtungen usw. sagt. Ein neues 'Feindbild' ist kreiert worden: der 'Feierabendterrorist' (Frankfurter Allgemeine) mit einem Doppelleben - doppelt gefährlich, da so unauffällig und Deckschild für die 'Professionellen'. Das Volk wird auf Trab gehalten. Achtung vor jedermann! Kaum ist es von der Baader-Meinhof 'Bande' erlöst, werden schon die Aktivitäten des 'Verfassungsschutzes' neu begründet. Vorsicht! Ruft sofort die Polizei, wenn sich etwa drei junge Männer nach einer längeren Fahrt im Auto recken und strecken! (Vorspiel zur Verhaftung von Karl Heinz Roth und Roland Otto, bei der es dann zur Schießerei mit der Polizei gekommen war).

Für uns sind weder politische Differenzen zwischen Organisationen der Arbeiterbewegung (siehe 'spartacus':'Zu den letzten Texten von Ulrike Meinhof' oder zu Karl Heinz Roth in 'spartacus' Nr.30/31) noch Fragen, ob jemand wann und wo auf Polizisten geschossen hat, Kriterium dafür, ob wir seine Befreiung aus den Klauen der Klassenjustiz fordern. Wir akzeptieren einzig und allein die Tatsachen, daß diese Genossen auf unserer Seite der Barrikade gegen die kapitalistische Gesellschaft stehen. Jeder Schlag gegen sie trifft unsere gemeinsame Sache, wovon sich bei weiterer sektiererischer Borniertheit der westdeutschen Linken mehrere Organisationen werden überzeugen lassen müssen.

Das Mosaik der Unterdrückung vervollständigt sich mehr und mehr. Ein Paragraphenwirrwarr entsteht, das letztlich jeden Streik, jede Arbeiterversammlung zu kriminalisieren vermag. Ende 1976 einigten sich die Regierung und die 'Opposition' im Bundestag auf ein Machwerk von Gesetzen, sie änderten alte und schufen neue: Die Paragraphen 88a, 126, 130a oder 140 im Strafgesetzbuch, die jeden betreffen können, der ein Verbrechen 'androht', dazu 'anleitet', es 'befürwortet' oder 'billigt'. *"Die Paragraphen 88a und 140 machen dabei besonders deutlich, daß es ausschließlich um p o l i t i s c h e Verfolgung geht, obwohl allgemein so getan wird, als ob es sich um die Eindämmung 'normaler' Kriminalität handle. Diese Paragraphen schützen 'Sicherheit und Bestand der BRD' (Landesfrieden) und ahnden Verstöße gegen die 'Verfassungsgrundsätze'."* ('spartacus' Nr.25)

VON BROKDORF NACH GROHNDE

Dieser Staat probt heute den Bürgerkrieg. In Brokdorf durfte sich die Polizei im Februar beweisen, wie schlagkräftig sie gegen eine in sich gespaltene, schlecht organisierte Anti-KKW Bewegung dasteht (siehe 'spartacus' Nr.33,34). Und tatsächlich, ihr Einsatz konnte sich sehen lassen. Der Plan, die 'Ordnung' aufrecht zu erhalten, war weit über das unmittelbar betroffene Gebiet hinaus abgesteckt worden. Rund 6000 Demonstranten wurden an der Fahrt nach Brokdorf gehindert; in Freiburg, Tübingen, Stuttgart, Heidelberg, Karlsruhe und Nürnberg hielten sie sämtliche Autobusse fest. KKW -Gegner aus Holland und Dänemark blieben bereits an der Staatsgrenze hängen. Kein Bus durfte unkontrolliert das bayrische Staatsgebiet verlassen. Bullen mit Maschinenpistolenim Anschlag demonstrierten ihre perverse Potenz, mißhandelten Festgenommene, die politische Polizei setzte Leute ziemlich wahllos in 'Vorbeugehaft', hängte ihnen 'illegalen Waffenbesitz' an, registrierte , um sie im Laufe der Nacht wieder frei zu lassen. (siehe auch 'Was tun', Nr. 147)

Ausgangspunkt der Bürgerinitiativen war das bislang ungelöste Problem der Sicherheit von Kernkraftwerken. Und obwohl Wissenschaftler und selbst Landesregierungen bereits die Problematik der KKW 'überdenken', dh. die Profiterwartungen abschätzen (siehe 'spartacus Nr. 34), versucht der Staat dennoch,seine Projekte durchzuziehen. Er foppt die KKW-Gegner mit Versprechungen, 'Aufklärungskampagnen' usw., probiert alles, um seine Pläne, wie immer sie auch laufen werden, durchzudrücken. Nichts ist ihm dabei so widerlich wie selbständige Antibewegungen, noch dazu mit Linken durchsetzt, die der oftmals lahmen Angelegenheit der friedlichen Protestierer Dynamik und Schlagkraft verleihen. Er sieht es als sein alleiniges Monopol an, das Schicksal der Massen zu bestimmen, zugunsten der Profite, eventuell auch die Umwelt zu vergiften. Dazu setzt er seinen Repressionsapparat, seine Gerichte usw. ein, deren Logik schließlich immer die des Kapitals bleiben wird.
Die Kämpfe in Grohnde, März 1977, hatten zwar wesentliche Kränklichkeiten der Auseinandersetzungen rund um Brokdorf überwunden (bessere Organisiertheit usw.),die politische Perspektive ist aber die gleiche beschränkte geblieben. Jedenfalls ziehen alle Konsequenzen oder sollten es tun. *"...ob nämlich die Polizisten unbedingt in 'langen Mänteln über'n Acker laufen müssen', ob die Plastikhelme, von denen einige durchlöchert wurden, hinreichend schützen, ob 'möglicherweise mehr Pferdchen eingesetzt' werden sollen,und ob es schließlich nicht vielleicht auch ganz sinnvoll wäre, die Polizei öfter mal, in größeren Verbänden,üben zu lassen."* ('Der Spiegel', Nr. 14, 1977) Die Gesetze brauchen nicht erweitert werden, die Freunde von der SPD haben da schon vorgesorgt. Während Albrecht (CDU) den KBW - *"zweifellos die am besten organisierte Kraft"* - als *"eine Partei und eine kriminelle Vereinigung"* schleunigst verbieten will, ist Groß (FDP) *"vorsichtig"* und sagt nicht*"das war der KBW"*, denn: *"Mit einem Verbot ist das Problem nicht weg."* (ebenda)
Grundvoraussetzung, daß diesen Herrschaften wirklich die Spucke weg bleibt, ist allerdings die konsequente Aktionseinheit aller linken Organisationen. Einen KBW zu verbieten, ginge sicherlich nicht ohne Komplikationen ab. Noch weniger können sie es wagen, gegen eine in der Aktion vereinte Linke vorzugehen. Groß setzt deswegen lieber auf Spaltung - eine Art von Radikalenerlaß wünscht er in die Bürgerinitiativen eingeführt: *"Wenn die Volksmassen sich von denen trennen, ist deren politische Wirksamkeit gleich null. Ohne Kulisse sind das Würstchen."* (ebenda) Um so dringender stellt sich für die Revolutionäre die Aufgabe, mit einem korrekten Programm zu intervenieren, um den 'Volksmassen' zu helfen, in ihrem täglichen Kampf den Weg zur sozialistischen Revolution zu finden. Genau dieser Weg ist beim KBW aber verschüttet.

"DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR"

Angesichts dieses Wustes von Knebelung und Unterdrückung müßte es eigentlich klar sein, wie notwendig eine korrekte Aktionseinheitspolitik aller linken Organisationen wäre. Doch scheinen sie alles über Arbeiterdemokratie und Solidarität gegen den bürgerlichen Staat vergessen zu haben, hätten sie jemals etwas darüber gewußt. Dies ist auch kein Zufall. Drängen die einen offen in die Arme der kapitalistischen Legalität, kommen die anderen durch ihre politischen 'Wahnsinnskonzepte' zu noch wahnsinnigeren Schlußfolgerungen für die alltägliche Klassenkampfpraxis. Sowohl DKP als auch Rechtsmaoisten ziehen lediglich die Konsequenzen aus ihrer stalinistischen Politik, um sich, wie die DKP, aus der Schlinge zu ziehen, um dem Klassenfeind ihre Verfassungstreue zu schwören; sie will eben 'gesellschaftsfähig' sein. Und die KPD-Organisationen als konsequenteste Vollstrecker der chinesischen Außenpolitik...

In der im Dezember 1976 stattgefundenen Mobilisierung gegen den Radikalenerlaß, anläßlich des neuen sozialdemokratischen Konzeptes der Überprüfung im Öffentlichen Dienst, zeigte sich die ungeheure Schwäche der deutschen Linken erneut. Die volle Verantwortung dafür trägt die Führung der DKP! Es liegt völlig auf ihrer Linie, mit den Spalterversuchen des Staates konform zu gehen. Zwischen sich und den 'Chaoten' der extremen Linken zieht sie den Strich der bürgerlichen Verfassung. Typischerweise verlangte sie für die Teilnahme an der Stuttgarter Demonstration am 11.Dezember 1976 von den anderen Organisationen die Anerkennung ihrer politischen Auffassungen zum bürgerlichen Grundgesetz. So kann der Widerstand gegen die Repression nur geschwächt werden - genau im Sinne des bürgerlichen Staates. Für ihre Verfassungstreue ist die DKP bereit, Genossen anderer Organisationen, wenn nicht sogar die eigenen,zu opfern. DKP und KPD-Maoisten heißen es gegenseitig gut, wenn die andere Organisation von den Behörden verfolgt wird. Man kennt solches auch in österreichischen Gefilden. "Sozialfaschismus" kreischende Maos und auf die 'Chaoten' kläffende Moskaustalinisten - beide kühlen ihr Mütchen untereinander - beide aber unfähig, dem Staat und dem Faschisten wirkungsvoll in einer Aktionseinheit entgegenzutreten. DKP-Stalinisten hetzen im Chor mit den kapitalistischen Staatsanwälten auf die Maoisten, und die Pekingjünger in Deutschland befürworten das Berufsverbot für DKP-Mitglieder. *"Die Sozialdemokratie hingegen kriecht der Entspannungspolitik der Kreml-Zaren auf den Leim in dem Glauben, gute Geschäfte machen zu können. Solange diese Leute nicht einsehen, daß sie 'betrogene Betrüger' sind, haben die DKP/MSB freies Feld für ihre Infiltrationspläne."* - um gleich darauf die Frage zu stellen, *"ob die Apologeten der Mörder von Prag unsere Kinder unterrichten sollen."* (aus einem KSV-Flugblatt)

Die Geschichte der Arbeiterbewegung hat zur Genüge bewiesen, wer von einer solchen Spalterpolitik profitiert: Es ist die Konterrevolution! Gegenseitig entziehen sich diese Reformisten die Existenzgrundlage, indem sie den Staat auffordern, ihren politischen Gegner auszuschalten. Doch dieser Staat hat absolut kein Recht über die Organisationen des Proletariats zu urteilen. Die politischen Differenzen - und unserer Meinung nach sind sie zu DKP und den KPD-Maoisten unüberbrückbar - müssen mit den Mitteln der Arbeiterdemokratie ausgefochten werden. Lenins "Getrennt marschieren - geeint schlagen" wird bei diesen 'Kommunisten' zu einem 'Getrennt maschieren und geeint geschlagen werden'. Wer allerdings dem Legalismus der DKP nachgibt, marschiert vielleicht geeint mit ihr, nur um aber geeint unterzugehen.

Der DKP gefällt das Grundgesetz und sogar Teile der Linken ziehen mit, wie etwa das 'Sozialistische Büro': *Trotz des Kompromißcharakters des Grundgesetzes sind darin Grundrechteenthalten, die auch die Organisations- und Meinungsfreiheit für Linke versprechen und gerade wegen dieser Freiheitsversprechen vom Bürgertum und der Sozialdemokratie ausgehöhlt oder gar abgeschafft werden, von der Linken aber verteidigt werden müssen."* ('links', Sondernummer zur Repression)
Völlig richtig schreibt der 'spartacus': *Es kann eine wirksame Taktik sein, sich der immanenten Kritik auf dem Kampfboden des Gegners zu bedienen. Doch die Grenzen dieser Methode müssen klar sein. Falsch angewandt wird diese Taktik zu einem Bumerang gegen Teile der Linken."* (Nr. 33) Und genau diese Grenzen weiß das 'SB' nicht zu ziehen, während die DKP sie ja schon längst niedergerissen hat. Was beim 'SB' noch schüchtern angedeutet wird und die Wirkung nicht haben kann: *"Das Abrücken von der bürgerlichen Verfassung, wie es einige K-Gruppen vornehmen, ist unverantwortlich, weil eine solche Politik die Gefahr der Illegalisierung verstärkt."* ist bei der DKP zum handfesten Prinzip geworden. Lieber sollte sich das SB 'Verfassungstreues Büro' nennen, denn der Sozialismus löst sich auf dieser Linie in Nichts auf!

Sich an der bürgerlichen Verfassung zu orientieren ist nicht alleine ein Rohrkrepierer im Gewehr der Linken, sondern vor allem jenes politische Konzept, das die gesamte Arbeiterklasse in die Niederlage führen muß. Jeder Artikel der DKP zur Repression in der BRD - bemerkenswert ist hiebei die treue Solidarität der 'aufrechten Österreicher' in Globus (KPÖ-Zentrale in Wien) - dreht sich, wenn nicht gerade über die 'Chaoten' genörgelt wird, um ein und dieselbe Gedankenspielerei: Wie ungerecht der Imperialismus doch ist, wenn er gegen eine erlaubte(!), verfassungstreue (!) Organisation hinlangt. Wenn dann der bürgerliche Staat nach der KPD die DKP als 'Nachfolgeorganisation' verbietet, (wogegen wir auf das entschiedenste kämpfen werden!), hören wir von ihr sicherlich auch nichts anderes, als daß es im Grundgesetz ja anders steht: *"Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. ... Eine Zensur findet nicht statt."* (aus dem Grundgesetz der BRD, Mai 1949)

Ihr Konzept ist so naiv wie betrügerisch: Das Grundgesetz sei eine feine Sache. Schließlich hat die KPD nach 1945 daran mitgearbeitet und - selbstverständlich - als 'Arbeiterverteter' einen Kompromiß zuwegegebracht: Enteignungs-Koalitions-, Streikrecht usw..Aber das machtbesessene Monopolkapital mit der,mit ihm liierten,Sozialdemokratie unterhöhlt diese Errungenschaften. Dagegen muß man sich wehren. Gemeinsam mit allen 'aufrechten Menschen' und Nichtmonopolisten - für die antimonopolistische Demokratie. Da soll das Grundgesetz wieder zu seinem Recht kommen und auch hier in Österreich weiß man es - die antimonopolistische Demokratie ist der entscheidende Schritt zum Sozialismus.

"In diesem Konzept ist die bürgerliche Staatsverfassung keine logische Konsequenz der kapitalistischen Struktur der Gesellschaft, sondern eine Kommandostruktur, mit der man eine sozialistische Wirtschaft ebenso leiten kann wie eine kapitalistische und mit deren Hilfe man beim Übergang zum Sozialismus die 'lästige' Unordnung bekämpfen kann, die sonst immer mit großen Erhebungen und Generalstreik verbunden ist." ('spartacus' Nr. 32)

'Kiffere'Stalinisten denken sich dabei natürlich etwas. In den Händen der Monopolisten sind die Grundgesetzartikel selbstverständlich lediglich Fetzen von Papier. Arbeitermacht wäre vonnöten. Doch dazu ist das 'Volk' noch nicht reif genug. Es hat große demokratische Illusionen und die Kommunisten würden sich im Kampf für die proletarische Diktatur unendlich isolieren. Außerdem sind die Gefahren von seiten des übermächtigen internationalen Finanzkapitals zu groß, wo noch dazu von der 'an Händen und Füßen gebundenen Sowjetunion' keine Hilfe zu erwarten sei. Das alles kann nur heißen, um jeden Preis den Bürgerkrieg zu vermeiden. Daher muß man sich auf Maßnahmen und eine Orientierung beschränken, die diesen Rahmen nicht sprengen und doch den 'Sozialismus' vorbereitet. Was kann es also Besseres geben als das Grundgesetz?!

So kommen sie nie aus dem Jammern heraus. Demokratische Rechte wollen sie ohne Arbeitermacht, ohne sozialistisches Programm,sichern, den Sozialismus versuchen sie mit bürgerlichen Kräften zu erreichen, die kleinbürgerlichen Massen treiben sie in die Arme des Monopolkapitals zurück, dessen Position dadurch gestärkt wird. Die DKP vermag in Deutschland solche Lawinen noch nicht loszutreten, ihr Leitfaden ist aber der ihrer großen Vorbilder in Italien oder Frankreich, wo es sich zeigt: Die Arbeiter an eine 'antimonopolistische Demokratie' zu ketten, das lassen sich die Bourgeois schon etwas kosten.

Mit dem Grundgesetz hausieren gehen ist somit vielleicht etwas für einen Bürokraten oder sterilen Jammerer. Für Marxisten müssen allerdings da einmal folgende Punkte festgestellt werden.
1. Jede Erstellung einer bürgerlichen Verfassung,und sind in ihr noch so viele und 'richtige' Absätzlein enthalten, markiert weder eine Errungenschaft der kämpfenden Arbeiterklasse noch einen Kompromiß zwischen den Klassen. Der 'Parlamentarische Rat', der das bundesdeutsche Grundgesetz bis 1949 ausarbeitete, war eine Einrichtung des bereits wieder restaurierten kapitalistischen Deutschlands, was doch nur heißen kann, daß dies eine entscheidende Niederlage des Proletariats zu Kriegsende voraussetzte. Wie kann man nur darüber hinwegsehen: Sozialdemokratischer und stalinistischer Verrat nach 1945 und die Teilung Deutschlands!
"Die Arbeiter- und Soldatenräte, die in der Novemberrevolution 1918 Herrschaftsorgane waren, nahmen nach einer blutigen Niederlage die Form sozialpartnerschaftlicher Betriebsräte an. Kollektive Interessenvertretungen in Form von Streik- und Koalitionsrecht wurden gewährt, zugleich aber genau reglementiert, eingeschränkt an wirtschaftlichen Fragen, in Betriebsverfassungen gezwängt usw. Die Kämpfe um den sozialistischen Neuaufbau nach dem II.Weltkrieg mündeten in den Sozialisierungsklauseln der Verfassungen und der Montanbestimmung. So endeten harte Kämpfe der Arbeiterklasse und bestimmte Errungenschaften mit ihrer Niederlage in Institutionen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft." ('spartacus' Nr. 32)



Karl-Heinz Roth

Hier von Errungenschaften zu faseln ist ein Schlag gegen die Geschichte der Arbeiterbewegung. Einer Arbeiterschaft, die heute waffenlos dem bürgerlichen Machtwerkel gegenübersteht, werden die von den Kapitalisten kontrollierten und gehandhabten Gesetzesartikel als eine Angelegenheit dargestellt, die zu verteidigen ist! Wie verzerrt, verlogen und verschwommen das Grundgesetz aber aufgesetzt ist, darüber hört man kein Wort von diesen 'Demokraten'!

2. Auch die Wiener Linke gibt sich des öfteren in Legalismus und was sie alle auszeichnet ist nicht alleine ihr durch und durch konfuses Geschichtsverständnis zur kapitalistischen Restaurierung nach 1945, sondern vorrangig ihre Sterilität in der Erstellung der politischen Linie, um demokratische Rechte zu verteidigen, bzw. sie zu erringen.

"Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." (Grundgesetz der BRD) Wie kann man sich nur - und wenn es indirekt geschieht - hinter eine solche Lüge stellen! Die Klassenjustiz ermordet Ulrike Meinhof - Ulrikes "Würde" wurde von der Staatsgewalt "angetastet" ... und diese Nassauer haben darauf nichts anderes zu antworten, als daß die menschliche Würde verteidigt werden muß, zudem dies ja im Grundgesetz versprochen wird. Freilich verteidigen wir die Würde des Menschen, wie alle bürgerlichen Freiheiten, doch nur mit der Kritik an der bürgerlichen Verfassung, die einen 'gleichberechtigten' Staatsbürger in einer kapitalistischen Gesellschaft skizziert. *"Was die parlamentarische Verfassung zur bürgerlichen macht, ist nicht die eine oder andere Form der direkten, aber legalen Unterdrückung, sondern die Vorstellung des gesellschaftlich gleichberechtigten Bürgers in einer in Wirklichkeit gespaltenen Gesellschaft."* ('spartacus' Nr. 32)
Das Recht auf Pressefreiheit ist heute das Recht einer Handvoll von Zeitungsmonopolisten, ihren Stumpfsinn über die ausgebeuteten Massen zu schütten. Wir verteidigen deren 'Pressefreiheit' nicht. Die Arbeiterklasse besitzt heute dieses Recht faktisch nicht und wenn es im Grundgesetz tausendmal versprochen wird. Die Pressefreiheit muß die Arbeiterschaft erkämpfen, wovon ja das Grundgesetz gerade ablenken will. Wir kommen noch einmal darauf zu sprechen - auch die Pressefreiheit kann nur errungen werden, wenn sich die ausgebeuteten Massen über das bürgerliche Gesetz hinwegsetzen!
Wo die Perfektdemokraten schon wieder mucksmäuschenstill geworden sind, fangen in Wirklichkeit für die Arbeiterklasse die Fragen an. Wer, mit welchen Mitteln, mit welcher Perspektive den Kampf führt, ja das interessiert diese 'Kommunisten' nicht.
Anstatt Grundgesetzfloskeln herzubeten, müssen die Revolutionäre hingegen als Vornehmstes die politische und organisatorische Selbständigkeit der Arbeiterklasse von der Bourgeoisie betonen. Sie dürfen sich nicht von irgendwelchen bürgerlichen Gesetzesphrasen festnageln lassen. Ihre Hauptaufgabe ist es, den Klassencharakter des Staates aufzuzeigen, wie sehr dessen verbriefte demokratische Freiheiten in den Händen der Kapitalisten ein Fetzen Papier sind. In erster Linie gilt es die Massen wachzurütteln, daß sie ihre Rechte in die eigenen Hände nehmen, sich unabhängig von der Bourgeoisie organisieren und für ihre eigenen Forderungen kämpfen müssen!

3. Hier zu meinen, radikaldemokratische Losungen würden das Proletariat bereits für den Kampf für die proletarische Diktatur organisieren, wie es zB. der KBW tut, muß schließlich die Arbeiter politisch entwaffnen. Die Konfrontation mit den Kapitalisten kann und darf bei den demokratischen Forderungen nicht stehenbleiben. So ist man niemals in der Lage, die Macht der Bourgeoisie ernstlich in Frage zu stellen. Die proletarische Diktatur, dh. eben die Zerstörung des kapitalistischen Repressionsapparates, der Klassenjustiz, ihre Ersetzung durch proletarische Organe, kann nicht erreicht werden, ohne die politische und wirtschaftliche Macht des Kapitals zu brechen. Das ist aber der Weg der Betriebsbesetzungen, der Arbeiterkontrolle, der entschädigungslosen Enteignung der Banken und Produktionsmittel, und der Arbeiterregierung. *"Alle demokratischen Freiheiten, die vom Proletariat nicht unmittelbar kontrolliert werden, haben sich gegen das Proletariat selbst gewandt. Wenn das Proletariat einige dieser Rechte nutzen wollte, um seinem Standpunkt zum Sieg zu verhelfen, hat das immer eine generelle Auseinandersetzung mit dem Kapital zur Folge gehabt, deren Tragweite über die Fragen der demokratischen Freiheiten hinausgegangen ist... Es ist notwendig, daß das Proletariat auch für demokratische Freiheiten kämpft, jedoch mit seinen Methoden, nach seinen Klasseninteressen und in der Perspektive, den Kampf auszunutzen, um das Wesentliche des revolutionären Programms in ein besseres Kräfteverhältnis zu rücken."* ('spartacus Nr. 33)

Es ist vor allem bei den Maoisten der Bruch mit der revolutionären Tradition: Ihren Kampf für demokratische Rechte zu kastrieren, nicht zu versuchen, ihn tatsächlich zum Kampf für den Sozialismus weiterzutreiben. Wo liegen die Kräfte, die die politischen Gefangenen in der BRD befreien? Keinesfalls im Grundgesetz und ebensowenig in einem 'rein' demokratischen Programm. Im Gegenteil, nur eine Arbeiterklasse, die sich großzügig über die bürgerlichen Paragraphen hinwegsetzt, auf allen Linien die politische und wirtschaftliche Macht der Bourgeoisie in Frage stellt und sich auf ihre eigenen Organe stützt, vermag den bürgerlichen Staat zurückzudrängen, ihm die politischen Gefangenen zu entreißen, um schließlich den kapitalistischen Repressionsapparat vollends zu zerstören und ihn zu ersetzen durch die Arbeitermiliz, proletarische Gerichtsbarkeit usw.!

FASCHISMUS - MEHR ALS EIN SCHIMPFWORT

Blitzschnelle Überfälle der Polizei auf linke Organisationen, brutalste Razzien, die enge Verfilzung des Polizei- und Militärapparates nicht nur mit faschistischem Gedankengut, sondern ebenso mit faschistischen Elementen, die scheinbar totale Integration der Sozialdemokratie in den Imperialismus, die Leblosigkeit der deutschen Gewerkschaften, die Friedhofsstille in breiten Schichten des Proletariats, die Unfähigkeit und Zersplittertheit der extremen Linken - alles das ließ einige von einem 'neuen Faschismus' sprechen, dessen detaillierteste Begründungen von Ulrike Meinhof und vom KB/Nord kamen.
Offensichtlich stimmt es, daß es zwischen dem faschistischen und bürgerlich-demokratischen Staat von polizeitechnischer Seite her eine enge Beziehung gibt. Einzelne Methoden, Techniken der Unterdrückung können für sich betrachtet ziemlich stark ähneln. Doch eine umfassende Analyse der Gesellschaft für die Einschätzung der Lage und der Perspektiven geht in erster Linie von den Beziehungen der Klassen zueinander aus, und die sind in einer faschistischen Diktatur in einem starken imperialistischen Land ganz andere als die heutigen in der BRD. Dies ist kein einfaches Wortgeplänkel, wenn wir unter dem Sieg des Faschismus die Zerschlagung aller proletarischen Organisiertheit, die Auflösung der Klasse in Einzelindividuen verstehen. *"Der Faschismus ist nicht einfach ein System von Repression, Gewalttaten, Polizeiterror. Der Faschismus ist ein besonderes Staatssystem, begründet auf der Ausrottung aller Elemente proletarischer Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft. Die Aufgabe des Faschismus besteht nicht alleine in der Zerschlagung der proletarischen Avantgarde, sondern auch darin, die ganze Klasse im Zustand erzwungener Zersplitterung zu halten."* (Leo Trotzki, Was nun?) Dazu ist der Imperialismus genötigt, das radikalisierte Kleinbürgertum auf seine Seite zu ziehen - die Politik des Reformismus bietet ihm die beste Voraussetzung dafür. *"Die Reihe ist ans faschistische Regime gekommen, sobald die 'normalen' militärisch-polizeilichen Mittel der bürgerlichen Demokratie mitsamt ihrer parlamentarischen Hülle für die Gleichgewichtserhaltung der Gesellschaft nicht mehr ausreichen. Durch die faschistische Agentur setzt das Kapital die Massen des verdummten Kleinbürgertums in Bewegung, die Banden deklassierter, demoralisierter Lumpenproletarier und all die zahllosen Menschenexistenzen, die das gleiche Finanzkapital in Verzweiflung und Elend gestürzt hat."* (ebenda)

Die Neue Faschismus-Theorie betont demgegenüber die Machtfülle des BRD-Imperialismus, dessen *"BKA (Bundeskriminalamt) 394 Waffensammler in einer koordinierten Aktion schnappen"* und *"natürlich auch die ganze legale Linke in einer Aktion in die Stadien abtransportieren"* kann. (Ulrike Meinhof, Letzte Texte, siehe 'spartacus' Nr. 29)

Bei ihnen faschisiert sich lediglich die Bourgeoisie, deren Druck gegen die Linke stark zunimmt - der KB/Nord legt daher jede neue Repression als vorangetriebene 'Faschisierung' aus. Franz Josef Strauß, der von ihm mit Hitler und Goebbels gleichgesetzt wird, *beweist den Willen, sämtliche politische Gegner, ob Anarchisten, Kommunisten oder Sozialdemokraten zu entrechten und zu unterdrücken." "Strauß ist ein Faschist"* (Arbeiterkampf Nr. 54)
Zum zweiten betonen sie die Ausschaltung der kommunistischen Parteien analog zur Verbreitung der Sozialdemokratie im Staate. Die Sozialdemokratie wird dadurch selbst zum Träger des 'neuen Faschismus'. In den Verhandlungen der SPD mit der CDU/CSU sieht der KB/Nord *"ein Spiel mit verteilten Rollen, bei dem allenfalls Tempo und Details der Faschisierung zur Debatte stehen."* ('Arbeiterkampf' Nr.64)

In beiden Punkten dieser Theorien - der Gleichsetzung verstärkter Repression mit Faschisierung und der Rolle der Sozialdemokratie - hat die Arbeiterklasse bzw. das Kleinbürgertum keinerlei Bedeutung. Dem Proletariat wird faktisch jegliche revolutionäre Eigenschaft abgesprochen. Nicht die radikalisierte Arbeiterklasse ist es, die besiegt werden muß, um das Monopolkapital vor seinem Sturz zu retten - offensichtlich wird sie bereits für besiegt erklärt - sondern linke Gruppierungen, isoliert und abseits von den Arbeitern, fordern die Bourgeoisie heraus, auf den Faschismus zu setzen. Es muß ein ganz 'neuer' Faschismus sein, der die Massenorganisationen des Proletariats, die Gewerkschaften und andererseits den Parlamentarismus relativ ungeschoren läßt. Noch seltsamer wirkt die Tatsache, daß es keine anwachsende, verhetzte kleinbürgerliche Massenbewegung ist, die hier ihr Unwesen treibt - es ist im wesentlichen der bürgerlich 'demokratische' Staatsapparat selber.
Das Argument mit der 'faschisierenden' Sozialdemokratie muß noch mehr deprimieren: Das deutsche Proletariat folgt nun schon jahrzehntelang einer Partei, die sich von einer reformistischen Arbeiterpartei zur 'bürgerlichen Arbeiterpartei' (KB/Nord) schließlich zu einer Form des Faschismus gemausert hat.
Eine solche Einschätzung des tatsächlich vor sich gehenden Ausbaus zum Polizeistaat muß zu einer Reihe von Fehlurteilen führen, die sich in zugespitzteren Klassenkampfsituationen als katastrophal herausstellen müssen. Zwischen der Sozialdemokratie als 'Träger des Faschismus' und der unseligen Sozialfaschismustheorie der stalinistischen Komintern ist es nicht einmal mehr ein Schritt. Es sind lediglich die Halbheiten des KB/Nord, die ihn diesen Schritt noch nicht beschreiten ließen. Ergebnis des Niederlagenkonzeptes kann nur die Spaltung der Linken, schließlich der Massen und die Erstarkung der faschistischen Gruppierungen, der Konterrevolution sein.
Die wirkliche Gefahr der Faschisten wird dabei ungemein herunter gespielt. Unvorbereitet muß man dann gegenüber der Radikalisierung des Kleinbürgertums dastehen, das sich von den CDU-'Faschisten' wegwendet - entweder hin zu den wirklichen Faschisten oder zur Revolution. Der Straußpartei heute einen Coup gegen die parlamentarische 'Demokratie' zuzutrauen, geht nicht nur an der zweifelsohne vorhandenen Widerstandsfähigkeit der deutschen Arbeiterklasse vorbei, sondern ebenso an der Intelligenz eines Franz Josef Strauß, der sich auf keine verbitterte, blindwütige Meute kleinbürgerlicher Massen stützen kann, ja dessen Einfluß als CSU zugunsten einer wachsenden faschistischen Partei zurückgehen müßte.



Ein Hüter der 'Demokratie'...

Beide Teile der Linken - RAF und KB/Nord - kommen mit einer ähnlichen Fehleinschätzung der Repression in der BRD auf Grund ihrer verschiedenen Traditionen zu verschiedenen Konsequenzen.
Meinhofs Negierung der Arbeiterklasse führt geradewegs zum individuellen Terror, der anstelle der Massen gegen den 'Faschismus' kämpfen will, ihnen durch das militante Verhalten Vorbild sein will und doch im besten Fall lediglich deren loyale Passivität hervorrufen kann und die wirklich stattfindenden Massenkämpfe sich selbst überläßt. Der KB/Nord - will er nicht mit seiner Vergangenheit brechen - könnte den für die Arbeiter bitteren Weg aller Zentristen weiterwandeln: Vom Kampf gegen den 'Faschismus' zur Volksfront!
Mit dem 'Faschismus' im Rücken und einer passiven Arbeiterklasse wirft man sich den 'demokratischen' Kräften in die Arme, 'ausgerüstet' mit einem reformistischen Programm, 'vergißt' weitertreibende revolutionäre Losungen und langt schließlich beim Grundgesetz an - das 'Sozialistische Büro' tut's schon heute.



Für ein österreichisches Unterstützungskomitee des Russel-Tribunals!

Das Ausmaß der politischen Repression in der BRD - immer mehr linke Sozialdemokraten geraten in den Sog der 'Hexenjagd' - hat auch in einigen sozialdemokratischen Parteien Europas Unruhe erzeugt. Selbst Kreisky hat ja in seiner unnachahmlichen Art der SPD schon manche 'Rüge' erteilt. Doch diese Unruhe in den Reihen der Sozialdemokraten wird ohne Mobilisierungen keine weiteren Folgen haben, denn leicht wird die SPD den 'Genossen' im Ausland, die besondere Rolle der BRD in Europa 'klarmachen' können. Und jene werden schmollend - aber in 'höherer Einsicht' zum Schweigen Zuflucht nehmen.

Der Kampf gegen die politische Repression in der BRD kann nicht allein der Linken dieses Landes überlassen werden. Dies ergibt sich allein schon aus der Bedeutung der imperialistischen BRD für die globale Strategie des Imperialismus, nicht nur die bürokratisierten Arbeiterstaaten, sondern auch mögliche 'Unruheherde' im kapitalistischen Europa selbst betreffend. Solidarität mit den von der Repression betroffenen Organisationen und Personen muß über die Jubel-Stimmung hinausgehen, zu der der Großteil der Linken in Ermangelung klarer Perspektiven stets Zuflucht nimmt und die ja darüberhinaus auch so bequem ist.

Die französische PSU (Vereinigte Sozialistische Partei, eine zentristische Organisation) hat im vergangenen Jahr zur Bildung eines Russel-Tribunals aufgerufen. Ein solches Tribunal hatte einst die Verbrechen des amerikanischen Imperialismus in Vietnam untersucht und verurteilt. In der Aufruf der PSU heißt es:

"Wir weisen nachdrücklich auf die Tatsache hin, daß die Berufsverbote Teil einer globalen Strategie der BRD-Regierung sind, die darauf ausgerichtet ist, von jetzt an alle Versuche der Arbeiterklasse auf politische Organisierung zu liquidieren. Diese repressive Strategie zeigt sich genauso im Verbot der Propagierung von Gewalt, in den Unvereinbarkeitsbeschlüssen der Gewerkschaften, in den Haftbedingungen und der Isolationshaft in den Gefängnissen usw. Alle diese Bemerkungen führen uns zum Nachlenken darüber, daß es notwendig ist, das Niveau und die gegenwärtigen Formen der internationalen Mobilisierung zu überschreiten. In diesem Sinne schlagen wir vor, eine genügend flexible und offene Struktur zu schaffen, ohne politische Ausschlüsse. Ein Russel-Komitee wird besonders dazu imstande sein, Initiativen zu ergreifen, um über das sicher wichtige Stadium der Petitionen hinauszugehen" (zitiert nach 'Arbeiterkampf', Nr.84)

In der BRD selbst bildete sich vor kurzem eine Initiative für ein solches Komitee (siehe dazu den Artikel 'Spartacusbund unterstützt Initiative für ein Russel-Komitee', in 'spartacus' 34).

Gerade in Österreich, das aufgrund seiner engen wirtschaftlichen Verflechtung mit dem BRD-Imperialismus, auch für dessen politische Entwicklung - wenn auch meist mit Verspätung - 'anfällig' ist, wird die Arbeit gegen die politische Repression zu einer dringenden Notwendigkeit, die von großen Teilen der Linken dieses Landes bis heute allerdings nicht begriffen wird.

So schreibt die 'Zeitung' der IG Politologie (Nr.2, Mitte März) - in der ein Aufruf zur "Bildung eines nationalen Unterstützungskomitees in Österreich" abgedruckt ist - richtig:

"Diese Aufgabe (die Unterstützung des Tribunals, d. Verf.) *ist aber wichtig, weil*
- die Verflechtung der österreichischen mit der BRD-Wirt-

Fortsetzung von Seite 15

RUSSISCHE REVOLUTION...

Und was für verschiedene Organe waren sie! Anfangs trafen sie sich im selben Gebäude, im Taurischen Palast, der Sowjet im linken, die Duma im rechten Teil, repräsentierten aber zwei vollständig verschiedene Bilder. Die Duma-Abgeordneten kamen mit wenigen Ausnahmen aus den privilegiertesten Schichten der Gesellschaft - Großgrundbesitzern, Industriellen, der Armeeführung. Sie wurden mit Hilfe eines Systems gewählt, das offenkundig gegen die Arbeiter und Bauern gerichtet war. Und sie debattierten in Verhältnissen, die ihre Ursprünge verrieten.

Die Sowjet-Delegierten waren zum größten Teil Arbeiterinnen und Arbeiter, die gewöhnlich in Massenversammlungen in ihrer Fabriken und Wohngebieten gewählt worden waren.

Dies waren nicht zwei verschiedene Organe. Sie repräsentierten zwei verschiedene Klassen und zwei verschiedene gesellschaftliche Systeme.
Konflikt zwischen ihnen war von Anfang an unvermeidlich.

EIN 'KOMPROMISS'

Die provisorische Regierung wußte, daß sie keine wirkliche Macht hatte - von Beginn an hatte der Sowjet die Kontrolle über alle Bereiche des öffentlichen Lebens übernommen: Transport, Nahrungsmittel und Produktion. Dies wurde privat vom Kriegsminister zugegeben: *"Die provisorische Regierung hat keine wirkliche Macht. Ihre Befehle werden nicht befolgt, wenn sie nicht mit den Wünschen des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten zusammenfallen ...die provisorische Regierung existiert nur insoweit, wie der Sowjet sie akzeptiert und ihre Existenz autorisiert."*

Aber der Sowjet 'autorisierte ihre Existenz'! Die Führer des Petrograder Sowjets nahmen von Anfang an eine versöhnlerische Haltung ein. Sie setzten ein Verbindungskomitee ein, um die Aktivitäten mit der Duma zu koordinieren, und am 2. März wurde ein Kompromiß vereinbart.

Natürlich gab es Zusammenstöße. Zuerst legte der Außenminister Miljukow (ein Kadett) einen Plan vor, um die Institutionen der Monarchie zu retten. Die Sowjetdelegierten reagierten mit Gespött darauf und Miljukows realistischere Kollegen brachten ihn dazu, diese Idee fallenzulassen. Der Sowjet protestierte auch gegen den Plan der Duma, die Romanows ins Exil nach England zu schicken.

Aber in den Schlüsselfragen - Krieg und Frieden, Fortführung des Generalstreiks - setzte die Duma, trotz ihrer schwachen Position, gewichtige Zugeständnisse durch. In den vorhergehenden Tagen hatten die Sowjetführer die Forderung nach einem Ende des Krieges unterstützt. Jetzt stimmten sie mit der Duma darin überein, daß ein 'Verteidigungskrieg' fortgesetzt werden müsse. Überall erklärte der Sowjet, daß er der provisorischen Regierung 'volle Unterstützung' gewähre, insofern 'sie effektiv das alte Regime bekämpft'.

Das Problem war, daß die Meinungen unterschiedlich waren über das, was das 'alte Regime' genau war. Die Romanow-Familie? Das autokratische System? Der Krieg? Die gesellschaftlichen Bedingungen der Arbeiter?

Innerhalb einiger Tage begann die konservative Presse - wiedereröffnet mit Erlaubnis des Sowjets - eine reaktionäre Kampagne. Sie griff den Sowjet als verfassungswidrig an, sie rief zu einer erneuten Kriegsanstrengung und zur Rückkehr der Streikenden an die Arbeit auf.

Aber die Arbeiter von Petrograd hatten andere Vorstellungen. Für sie schloß das 'alte Regime' kapitalistische Ausbeutung, lange Arbeitszeit und Hungerlöhne mit ein. Trotz des Aufrufs des Sowjets, alle Streiks zu beenden, ging der Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit weiter. Als Truppen geschickt wurden, um die Streiks zu beenden, nahmen die Arbeiter sie und zeigten ihnen die Fabriken, um ihre Forderungen zu illustrieren.

Schließlich nahm der Sowjet die Kampagne für einen Achtstundentag auf und zwang die provisorische Regierung, ihn einzuführen. Dies macht die Rolle deutlich, die der Sowjet während des ersten Monats der Revolution zu spielen begann. Obwohl er für die Massen sprach, handelte er als Premse. Obwohl er effektive Macht hatte, unterwarf er sich der provisorischen Regierung - er handelte nur dann, wenn er vorwärts gestoßen wurde.

Die Bourgeoisie wußte genau, daß sie ohne die Unterstützung des Sowjets verloren war. Durch die provisorische Regierung hoffte sie, die Situation schrittweise zu verbessern, indem sie die Sowjetführer in ihren Einflußbereich zog. Aber warum machte der Sowjet dabei mit?

Zuerst waren die sozialistischen Parteien - sowohl die Menschewiki wie die Bolschewiki - von der Plötzlichkeit und der Gewaltsamkeit der Revolte überrascht worden. Deshalb waren sie durch die Geschwindigkeit der Ereignisse zum Teil desorientiert. Es gab allerdings tiefere Gründe.

Der Petrograder Sowjet hatte eine Mehrheit von Menschewiki und Sozialrevolutionären. Beide Parteien waren 'gemäßigt': die Menschewiki innerhalb der sozialistischen Bewegung, die Sozialrevolutionäre dem Liberalismus näher als dem Sozialismus. Keine Partei war der Meinung, daß es für die Arbeiterklasse möglich war, die Macht zu übernehmen.

Um dies zu verstehen, müssen wir zu der Revolution von 1905 zurückkehren. Alle Sozialisten stimmten darin überein, daß es eine 'bürgerliche Revolution' war; alle stimmten überein, daß die russischen Kapitalisten zu feige und zu sehr mit der Autokratie verbunden waren, um sie zu stürzen. Deshalb mußte die Arbeiterklasse die bürgerliche Revolution im Namen der Bourgeoisie machen. Hier endete die Übereinstimmung. Die Erfahrung von 1905 wurde völlig unterschiedlich verarbeitet.

Jetzt mußte sich das, was nach 1905 an Lehren theoretisch formuliert worden war, praktisch bewähren. Für die Menschewiki - und in ihrem Gefolge die Sozialrevolutionäre - konnte dies nur bedeuten, Aufrechterhaltung des Bündnisses mit der liberalen Bourgeoisie, und sei es unter Verzicht auf die Forderungen der Arbeiter. Für die Bolschewiki zeigte sich

jetzt bei einer viel tiefer gehenden Zersetzung des bürgerlichen Staatsapparates und bei einer viel weitergehenden Selbstorganisation der Klasse der ambivalente Charakter ihrer 'demokratischen Diktatur'. Erst die Aprilkonferenz der bolschewistischen Partei löste unter Führung Lenins den Widerspruch auf, indem sie inhaltlich die Konzeption Trotzkis übernahm.



Fortsetzung von Seite 16

MAI-AUFRUF DER IKL...

In einem kapitalistischen Europa mit Millionen von Arbeitslosen kann die SPÖ darauf verweisen, daß in Österreich zur Zeit keine Massenarbeitslosigkeit herrscht. Doch muß sie dabei verschweigen, daß zehntausende ausländische Arbeiter ausgewiesen wurden und daß es Gebiete in diesem Land gibt, wo jeder Zehnte ohne Arbeit ist (Kärnten), sogar wenn man der offiziellen Statistik glaubt - was wir nicht tun. Ist es so zwar richtig, daß man keineswegs von einer Massenarbeitslosigkeit in Österreich sprechen kann, so ist allein durch das rapide Zurückgehen der offenen Stellen in bestimmten Gebieten und Branchen heute bereits ein offener Druck auf jene, die noch Arbeit haben, gegeben. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und ihre Unteroffiziere haben hierbei die Aufgabe übernommen, durch den ständigen Appell an das 'Maßhalten' und der Drohung mit der Arbeitslosigkeit den Lohnraub weiter voranzutreiben, was ihnen gerade bei den letzten Abschlüssen gelang. Es ist nur als blanker Zynismus zu werten, wenn zu einem Zeitpunkt, wo die internationale Sozialdemokratie das 'Recht auf Arbeit' zu einem 'Menschenrecht' erklärt, in Wien, in der gewerkschaftseigenen Druckerei ein Viertel der Belegschaft entlassen wird und zum Großteil keine andere Arbeit finden wird.

Doch das war, ist und wird auch in Zukunft die Politik der Sozialdemokratie sein: In Resolutionen und Reden eine bessere Welt als die des Kapitalismus zu preisen und im Alltag genau diese kapitalistische Politik in der Tat zu betreiben.

Wenn wir seit Monaten eine großangelegte Kampagne der bürgerlichen Presse für den Abbau von Sozialleistungen sehen, die von einer Offensive der ÖVP auf dem Gebiet der Ideologie begleitet ist, wenn wir weiters eine solche Kampagne gegen jegliche Liberalisierung der Strafvollzugsordnung erleben, dann wird deutlich, daß Österreichs Reaktion langsam dieser Sozialdemokratie überdrüssig wird, auf deren Dienste sie zwar jahrelang nicht verzichten konnte, deren 'soziale Unkosten' aber nun zum Hindernis für den Großangriff auf die Arbeiterklasse werden.

Und in der Tat. War die SPÖ zwar bereit und auch in der Lage, am Beginn der imperialistischen Krise die entstehenden Kosten überzuwälzen, d.h. eine Entwicklung einzuleiten und auch die ersten Schritte dahin zu setzen, so ist sie - eben weil sie sich auf die Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Landes stützt und deren Druck ausgesetzt ist - für die Bourgeoisie ein ständiger Unsicherheitsfaktor. Finden die Reformen der SPÖ ohnehin nur auf Ebenen statt, wo sie nichts kosten, bzw. von den 'Beglückten' selbst bezahlt werden, so kann der Abbau der Sozialleistungen, der Lohnraub von ihr nicht rasch, nicht total genug betrieben werden. Klar, hätte die SPÖ nur solche, wie Androsch einer ist, zu bieten, wäre die Sache anders, aber auf allen Ebenen ihres Apparates sitzen eben Bürokraten, die solch eine große Offensive behindern. Nicht etwa deswegen behindern, weil sie plötzlich die wirklichen Interessen der Arbeiterklasse wahrnehmen wollen, sondern einfach deswegen, weil sie dem direkten Druck ausgesetzt sind und weil sie wissen, daß ein Zuviel, die Gefahr der Radikalisierung der Massen mit sich bringt.

Doch die Journalisten an den Schreibtischen der bürgerlichen Presse - die ja nur die Klasseninteressen ihrer Auftraggeber, mehr oder weniger vulgär zum Ausdruck bringen - wollen mehr. Die Renten, die Sozialversicherung, die Löhne und die Arbeitsplätze, das alles ist in ihr Schußfeld geraten. Ihnen geht es nicht mehr um die zwei, drei Prozent Reallohnabbau, die die Benyas ihnen bieten, ihnen geht es um einen Generalangriff auf den Lebensstandard der Massen.

Auch in Österreich zeigt sich mehr und mehr jene Entwicklung an, in der die Sozialdemokratie letztlich zum Hindernis für die Bourgeoisie wird, wenngleich dieser Prozeß erst in seinen Grundstrukturen deutlich wird. Noch wäre es verfrüht, von einer reaktionären Offensive - in der vollen Bedeutung des Wortes - zu sprechen, doch Revolutionäre, die die Entwicklung des Kräfteverhältnisses der Klassen nicht perspektivisch einzuschätzen wissen, werden morgen schon völlig unbewaffnet vor einer neuen Realität stehen.

Wenn die Arbeiterklasse dieses Landes heute ohne Zweifel in einer Defensivposition steht - nur Vulgärmarxisten werden heute eine unmittelbare, breite Gegenwehr erwarten dann ist dies das traurige 'Verdienst' der SPÖ, das anzuprangern kein Marxist je vergessen wird. Heute kündigt sich die reaktionäre Offensive weitestgehend nur in den Spalten der bürgerlichen Presse an und wenn sie ihren ersten Ausdruck in realen Verschlechterungen des sozialen Niveaus der Massen findet, dann ist es die Sozialdemokratie selbst, die diese Taten setzt.

Doch das Wiedererstarken der traditionellen bürgerlichen Kräfte ist nicht mehr zu übersehen und es ist das historische 'Dilemma' der Sozialdemokratie, daß sie selbst den Prozeß dieses Wiedererstarkens einleitet, indem sie die Arbeiterklasse ständig entwaffnet. Ob es die reaktionäre Kampagne gegen die Fristenlösung, oder jene gegen die Rechte der Slowenen war und ist - die SPÖ verzichtete stets auf die Mobilisierung der Arbeiter und trug so zur Stärkung der Reaktion bei. Doch entspringt diese Politik nicht der 'Dummheit' der sozialdemokratischen Führer, sondern ist das eigentliche Wesen jeder reformistischen Politik, die durch Gesetze und Erlässe, durch Stillhalten meint, die Reaktion zu besänftigen, d.h. die Klassenwidersprüche zu versöhnen.

So stehen wir zwar nicht vor einer Niederlage, aber vor einer Periode des verschärften Druckes in den Betrieben, vor einer Periode der ständigen Drohung mit der Arbeitslosigkeit.

Doch welche Alternativen zur SPÖ bieten sich der Arbeiterklasse dieses Landes? Welches Programm vertreten jene Parteien und Organisationen, die sich selbst als linke Alternative zur SPÖ verstehen?

Die KPÖ richtet heute ihre Aktivität darauf, Unterschriften für eine Steuerreform zu sammeln und bietet darüberhinaus den verstärkten Handel mit den bürokratisierten Arbeiterstaaten als 'Ausweg' an. Diese Partei vermag nicht einmal im Ansatz die kapitalistische Logik zu überschreiten, ihr gesamter 'Kampf' ist auf den Appell an die Herrschenden gerichtet ihre Gesetze 'einzuhalten', Osthandel zu betreiben. Seit Jahrzehnten tritt sie die Grundsätze des Marxismus mit Füßen und erzieht ihre Mitglieder zu österreichischen Nationalisten. Internationalismus bedeutet für sie nicht mehr, als die außenpolitischen Kommentare der 'Prawda' wiederzugeben.

Die an die chinesische Bürokratie gebundenen Maoisten - die jeden Schwenk dieser Bürokratie mitmachen und abdecken stellen ebensowenig eine Alternative dar. In den Spalten ihres Organs sind sie bestenfalls dazu in der Lage, die Geschehnisse zu kommentieren und mit dem Zusatz zu versehen, daß "das Volk kämpfen müsse". Ihr vulgärer Reformismus macht sie in der Tat unfähig, auch nur das Tagesgeschehen einigermaßen korrekt einzuschätzen. Mit ihrer Stellung zur Sowjetunion ("Sozialimperialismus") kommen sie genau jener kleinbürgerlichen 'antirussischen' Stimmung entgegen und tragen damit - wie die KPÖ - zur Desorientierung der Arbeiterklasse bei.

Um in den kommenden Auseinandersetzungen nicht ohne jede Perspektive eine Niederlage zu erleiden, benötigt die Arbeiterklasse eine revolutionäre Partei, die durch eine Umgruppierung innerhalb der Arbeiterbewegung die Voraussetzungen für den Sturz des Kapitalismus schafft. Eine derartige Partei kann aber nur Teil einer revolutionären Internationale sein, einer revolutionären Weltpartei des Proletariats!



Fortsetzung von Seite 13

RUSSEL-TRIBUNAL...

schaft eine der engsten ist, und innerdeutsche Entwicklungen sehr wohl starke Auswirkungen auf die österreichische Innenpolitik haben werden
- die Zusammenarbeit zwischen ÖVP und CDU/CSU hervorragend klappt (vgl. das Auftreten von VP-Spitzenfunktionären beim deutschen Wahlkampf und die importierte 'Ideologiedebatte' des Herrn Taus)
- weil Schmidt, Brandt und Kreisky in der 2. Internationale das Sagen haben, also in jener Internationale, in der die Pläne des BRD-Imperialismus eine passende Ergänzung finden (vgl. Portugal)..."

Wir unterstützen diesen Aufruf und werden - nach unseren Kräften - in einem zu schaffenden Komitee mitarbeiten. Wesentliche Voraussetzung für die Aufnahme einer derartigen politischen Arbeit wird aber eine Diskussion darüber sein, welches Ziel man wie erreichen will und daraus folgernd, welche Formen eine derartige Arbeit haben muß. Unsere Organisation geht dabei von folgenden Richtlinien aus, die wir zur Diskussion stellen:

1. Der Charakter eines solchen Komitees muß ein mobilisierender sein, d.h. es darf nicht auf der Ebene der Petitionen, des Unterschriftensammelns usw. stehenbleiben, wenngleich derartiges natürlich auch zu leisten ist. Unter mobilisierendem Charakter verstehen wir, daß dieses Komitee nicht moralische Appelle einiger 'demokratischer Persönlichkeiten' verbreitet, sondern zum Kampf gegen die Repression aufruft, was konkret vom Flugblatt bis zur Demonstration reicht.
2. Die Arbeit dieses Komitees muß zum Ziel haben, die Grundlagen der Repression in der BRD (und auch in Österreich) zu analysieren, d.h., daß es falsch und de facto wirkungslos sein würde, auf der Ebene der 'Menschenrechte' stehenzubleiben. Man würde so vielleicht einige Paradedemokraten gewinnen, der antikapitalistische Mobilisierungsfaktor aber wäre damit verloren.

Ein wesentliches Mittel, um einer Diskussion über die Rolle des BRD-Imperialismus, die Funktion der Berufsverbote usw., einen möglichst breiten Rahmen zu geben, kann die Herausgabe eines regelmäßigen Bulletins sein, in dem neben Fakten und aktuellen Berichten, auch die politische Diskussion zwischen den teilnehmenden Organisationen und Personen ihren Niederschlag findet. Diese Diskussion sollte aber auch in den Veranstaltungen des Komitees stattfinden (Podiumsdiskussion usw.)

3. Daraus folgt, daß wir es für falsch halten, ein 'Persönlichkeiten-Komitee' einzurichten, das möglichst nicht nach antikapitalistischem Kampf riecht und wo jeder Dutzendliberale sein Zelt aufschlagen kann. D.h. die Organisationen, die das Komitee bilden und unterstützen, sollen klar beim Namen genannt werden, was die Mitarbeit von Personen, die sich auf die gemeinsame Losung "Kampf der Repression in der BRD" stellen, keineswegs ausschließt.

Jene Argumente, daß bei Nennung der Organisationsnamen, kein breites Feld der Arbeit erreicht werden könne, das Komitee demnach auf die eigentlichen Träger beschränkt bleiben würde, sind hohl und fallen bei der Berührung mit der Realität in sich zusammen. Denn, will das Komitee tatsächlich wirkungsvoll arbeiten, muß es sich auf eine antikapitalistische Grundlage stellen, d.h., zum Beispiel die Rolle und Funktion der Sozialdemokratie beim Namen nennen. Aber allein dies wird manchen Dutzendliberalen verschrecken, dem es eben bestenfalls um 'Menschenrechte' geht und der nichts weiter will, als den 'demokratischen' Zeigefinger ein bißchen lüften.

Die zwei Wege des Komitees liegen damit klar vor uns. Entweder ein 'Persönlichkeiten-Komitee', das bestenfalls die einzelnen Fälle von Repression aufzeigt (ohne die politischen Konsequenzen zu ziehen), auf die Einhaltung der Gesetze mahnt, Unterschriften sammelt, Petition um Petition erläßt, vordergründig zwar 'breit' aufgebaut ist, in der Wirkung aber - und das halten wir für das Entscheidende - eng bleibt. Oder, ein Komitee, das niemanden ausschließt, der sich auf eine zu schaffende gemeinsame Minimalplattform stellt, das aber bewußt auf der antikapitalistischen Mobilisierung aufgebaut ist und zu dessen Aufgaben auch - neben der konkreten Propagandaarbeit - die politische Diskussion gehört, die es ja erst erreichen kann, daß die Teilnehmer klare Perspektiven im Kampf gegen die Repression in der BRD und auch gegen die in Österreich erlangen.
Am 31. März kam es zu einem ersten Treffen in Wien, wo aber nur Vertreter der FÖJ und unserer Organisation anwesend waren. In einer kurzen Diskussion wurde vorläufige Einigkeit darüber erreicht, daß die politische Diskussion zu den Aufgaben eines Unterstützungskomitees gehören muß, die Genossen der FÖJ traten aber dennoch für die Bildung eines 'Persönlichkeiten-Komitees' ein, um - wie es ein Genosse ausdrückte - "das linke Ghetto" durchbrechen zu können.

Um dem Ganzen aber einen möglichst breiten Rahmen zu geben, wurde beschlossen, zu einem breiten Treffen einzuladen, um den Organisationen Gelegenheit zu geben, ihre Vorstellungen zum Ausdruck bringen zu können. Wir werden in der nächsten 'permanenten revolution' darüber berichten.

IMPRESSUM:

Eigentümer, Verleger, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Reitter, Klimschgasse 18/6, 1030 Wien. Druck: REMA-PRINT Druck- u. VerlagsgesmbH, 1080 Wien.

60 JAHRE RUSSISCHE REVOLUTION



1. TEIL

FEBRUAR 1917

Vor 60 Jahren, im Februar 1917, wurde durch einen kurzen, heftigen Ansturm der Massen der Zarismus gestürzt: dieses Ereignis eröffnete eine Periode stürmischer Klassenkämpfe in Rußland, die schließlich im Oktober 1917 mit der Errichtung der Sowjetmacht einen vorläufigen Höhepunkt erreichten. Die erste proletarische Revolution hatte gesiegt, und nach den Niederlagen von 1871 und 1905 und vor dem Hintergrund der zu erwartenden Nachkriegskrise des imperialistischen Weltsystems erschien sie gleichsam als Startsignal für den Endkampf des Weltproletariats gegen seinen Todfeind, die Bourgeoisie. Doch die europäische Revolution wurde geschlagen.

Dies war möglich durch den Verrat der Sozialdemokratie und die Unerfahrenheit der revolutionären proletarischen Führung. Auf sich allein gestellt, in einem rückständigen Land von den imperialistischen Feinden umstellt, durch einen fürchterlichen Bürgerkrieg gegangen, degenerierte der erste Arbeiterstaat.

Zum Verrat der Sozialdemokratie gesellte sich der Verrat des Stalinismus. Den Niederlagen der Nachkriegsperiode folgten neue in China, Deutschland, Spanien, Frankreich. Bis heute. Und so bleibt bis heute die russische Revolution das einzige Beispiel des erfolgreichen Kampfes des Proletariats um seine Befreiung: so haben die Lehren, die aus dem Kampf gezogen wurden, an Aktualität nicht nur nichts verloren, sondern vor dem Hintergrund der Führungskrise des Proletariats und den sich anbahnenden Aufschwung der Revolution, z.B. in Spanien, im Gegenteil höchste Aktualität erreicht. So ist die Beschäftigung mit der russischen Revolution besonders jetzt keine historisch-literarische, sondern eine brennende Notwendigkeit des internationalen Klassenkampfes des Proletariats.

WIE DIE RUSSISCHE REVOLUTION BEGANN

"...die Spitzen der Bayonnette berührten die erste Reihe der Demonstranten. Hinter ihnen konnte man den Gesang revolutionärer Lieder hören, davor herrschte Verwirrung. Frauen mit Tränen in den Augen riefen den Soldaten zu: 'Genossen, nehmt Eure Bayonette weg, schließt Euch uns an!' Die Soldaten waren sichtlich bewegt. Sie warfen einen kurzen Blick auf ihre eigenen Kameraden. Im nächsten Augenblick wird ein Bayonett langsam über die Schultern der heranrückenden Demonstranten erhoben. Es gibt stürmischen Beifall. Die triumphierende Menge grüßt ihre Brüder in der grauen Uniform der Soldaten. Die Soldaten mischten sich unter die Demonstranten." So beschrieb ein bolschewistischer Arbeiter den Wendepunkt der Demonstration am 'Frauentag' in Petrograd vor 60 Jahren. Vier Tage später brach die autokratische Romanow-Dynastie ohne den geringsten Widerstand - selbst von ihren eifrigsten Anhängern verlassen - zusammen.

NACH DER REVOLUTION VON 1905

In den Jahren zwischen dem Niederschlagen der Revolution von 1905 und dem Weltkrieg schien der Zarismus sein Gleichgewicht wiedergefunden zu haben. Die Sowjets, die zunächst 1905 gebildet worden waren, waren aufgelöst, die Revolutionäre exiliert, und die liberale Bourgeoisie, durch den revolutionären Aufschwung mehr erschreckt als ermutigt, hatte ihre üblichen feigen Versuche zur Reform des Systems von oben wieder aufgenommen.

Der Minister des Zaren, Stolypin, hatte durch seine Agrarreformen sogar begonnen, eine Schicht reicher Bauern zu schaffen, die, wie er hoffte, als ein Bollwerk handeln würden, um die Autokratie vor dem revolutionären Wandel zu schützen.

Für die Arbeiterklasse bedeutete 1905 eine Niederlage. Aber eine ausgebeutete Klasse hat keine andere Schule als den Kampf, und die Arbeiter lernten ihre Lektionen gut. Sie hatten sich gegen den Zarismus aufgelehnt und die Fäulnis seiner Strukturen war offenkundig; in den Sowjets, im Generalstreik, im bewaffneten Aufstand hatten sie ihre Macht gefühlt.

Bereits 1910 begann die Arbeiterklasse, ihre politische und gewerkschaftliche Aktivität wiederaufzunehmen. Die großen Streiks aus Protest gegen das Massaker an den Goldminenarbeitern an der Lena waren dafür das dramatischste Beispiel. In den Jahren, die zum Krieg führten, war die bolschewistische Partei in der Lage, trotz der Aufmerksamkeit von Polizei und Zensur eine Tageszeitung in großer Auflage herauszubringen.

DIE FEBRUARREVOLUTION

Im Jahre 1914 wurde Rußland, wie der Rest Europas, von einer Welle des Chauvinismus überschwemmt. Die Autokratie, dem französischen Imperialismus für neun Milliarden Goldfranc verpfändet, erklärte natürlich, daß ihre Kriegsziele rein moralisch seien - Verteidigung des Vaterlandes, usw.

Aber wenn der Krieg die Ökonomie Europas anspannte, erschütterte er die Rußlands. Um die Mitte des Jahres 1916 galoppierte die Inflation, sank die Produktion, brach das Eisenbahnnetz zusammen und gingen die Nahrungsmittelvorräte zu Ende.
Die russischen Soldaten, in den Kampf gejagt, ohne Gewehre und Munition, starben zu tausenden. Sie wurden empfindlich ... demoralisiert ... rebellisch.

An der Spitze hatte der Verfall eingesetzt. Der Hof der Romanows wurde von Rasputin beherrscht. Und aus dem Elend der Arbeiter und Bauern wurden über Nacht Vermögen von Millionen von Rubeln durch skrupellose Kriegsspekulanten gemacht.

Die liberale Bourgeoisie hatte den Krieg begrüßt - nicht nur wegen ihrer finanziellen Verbindungen zu Frankreich, sondern auch weil sie darauf rechnete, daß der Krieg zu einer Reform des Zarismus von oben führen müsse. Sie wurde enttäuscht. Als sein Reich um ihn herum zusammenbrach, verschloß der Zar seine Ohren selbst den mildesten Änderungsvorschlägen.

Am Abend des 26. Februar, am Tag bevor die Autokratie fiel, sandte Rodzjanko, der Präsident der Duma - des zaristischen Parlaments - ein Telegramm an Nikolaus II. *"Die Situation verschlechtert sich von Stunde zu Stunde. Maßnahmen müssen sofort getroffen werden ... Die letzte Stunde hat geschlagen, das Schicksal des Vaterlandes und der Dynastie wird entschieden ..."*
'Dieser fette Rodzjanko hat mir Unsinn geschrieben, auf den ich nicht antworten werde,' war die Bemerkung des Zaren.

Die Liberalen hatten Grund zu solchen pathetischen Appellen. Sie hatten ihre Lektion der Ereignisse von 1905 gelernt. Sie hatten gesehen, daß die russischen Arbeiter sehr schnell von dem Kampf für die demokratischen Forderungen zu dem Kampf für ihre eigenen, spezifisch proletarischen Ziele übergegangen waren. Sie hatten mit Schrecken bemerkt, daß die Fabrikskomitees und Sowjets im allgemeinen unempfänglich für die liberale demokratische Rhetorik waren - aber eifrig die Forderungen der Revolutionäre aufnahmen.

Die Finanziers, Fabrikbesitzer und Spekulanten hofften auf eine Abmachung mit den Grundbesitzern und der Autokratie. Deshalb sahen sie die Ereignisse des Februars 1917 mit echtem Schrecken.
Während der ersten Wochen des Jahres 1917 wurde die Verknappung und der Preisanstieg akut.

Als die Temperatur auf -40 Grad fiel, gingen die Kohlenvorräte zu Ende und stiegen die Brotpreise um 60%. Am 22. Februar stürmten verzweifelte Hausfrauen Bäckereien und Lebensmittelgeschäfte. Zur selben Zeit wurden die Arbeiter der großen Putilov-Werke, die politisch bewußtesten in ganz Rußland, ausgesperrt.

Am nächsten Tag, dem 'internationalen Frauentag', streikten 90.000 Arbeiter. Der Arbeiterbezirk Wyborg war voll von Demonstranten, deren erste Forderungen nach Brot sehr schnell zu 'Nieder mit der Autokratie', 'Nieder mit dem Krieg!' wurden. Von Anfang an forderte die Menge die Soldaten auf, sich ihnen anzuschließen und traf dabei auf Sympathie.

Am 25. Februar war der Streik allgemein und Bezirke wie der Wyborg waren in der Kontrolle der Arbeiter. Aber die Autokratie hatte noch Anhänger. Die Polizei war in der Lage, mehrere Hundert Arbeiter zu verhaften, einschließlich des bolschewistischen Komitees von Petrograd. Auf Demonstranten wurde gefeuert. Es gab Tote. Ironischerweise hatten die Verhaftungen den entgegengesetzten Effekt als den beabsichtigten.

Die politischen Führer waren von der spontanen Wut der Petrograder Massen überrascht worden und bremsten sie. Ihre Beseitigung ließ wagemutigere Elemente die Führung übernehmen. Mehrere öffentliche Gebäude wurden in Brand gesetzt: die Demonstrationen gingen weiter.

In diesem Punkt war das Verhalten der Soldaten entscheidend für alles. Als einer Kompanie des Pawlowski-Regiments befohlen wurde, zu feuern, richtete sie ihre Gewehre nicht auf die Menge, sondern auf die Polizei. Nach Rückkehr zu ihrer Kaserne gewann sie andere Kompanien und sandte Botschaften an andere Regimenter.

Die Meuterei breitete sich rasch aus, und am 27. Februar um 1 Uhr marschierten 25.000 Soldaten, die die Befehle ihrer Offiziere ignorierten, zum Wyborg, wo sie sich mit den Arbeitern verbrüderten. In wenigen Tagen hatte die aufgestaute Wut der Soldaten und Arbeiter, die sich in einem scheinbar spontanen Aufstand ausdrückte, die Autokratie umgestürzt.

DOPPELHERRSCHAFT

Am nächsten Tag war Petrograd in den Händen der revolutionären Massen und der Zarismus tot - obwohl Nikolaus II noch einige Tage brauchte, um dies einzusehen. Am selben Tag proklamierten die Moskauer Arbeiter einen Generalstreik. Dort, wie im übrigen Rußland, war die Übertragung der Macht eine Formalität.
Aber Übertragung der Macht an wen? Jeder erkannte den Fall des Zarismus. Aber was konnte an seine Stelle treten?

Die Duma-Führer hatten das beste getan, um die Situation zu beruhigen. Viele von ihnen sahen den Sturz der Romanows oder zumindest seine Art und Weise, als ein Unglück an. Ein französischer Beobachter, Comte, der viele Duma-Abgeordnete kannte, schrieb: *"Offiziell waren sie stolz, sie feierten die Revolution, riefen Hurra zur Ehre der Freiheitskämpfer, marschierten unter roten Fahnen ...Aber im tiefsten Herzen waren sie erschreckt und fühlten sich als Gefangene feindlicher und gefährlicher Kräfte."*
Sie übernahmen deshalb widerstrebend die Macht. Selbst als das Regime klar zusammengebrochen war, schwankten sie. Am Nachmittag des 27. Februars umzingelte eine große und zornige Menge den Taurischen Palast, wo die Duma gerade tagte. Miljukow, ein Führer der Kadetten (Partei der Konstitutionellen Demokraten), sagte ihnen: "Im Augenblick können wir keine Entscheidungen fällen, ...es ist noch zu früh."
Hinter der Szene war er verzweifelt bemüht, die Monarchie als eine Institution zu retten.

Nur eine Sache überzeugte die liberale Bourgeoisie, die Macht zu übernehmen: sie mußte mitansehen, wie der Sowjet der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten wiederentstand.

Der stellvertretende Duma-Vorsitzende Schulgin überzeugte Miljukow mit einem einzigen Argument: *"Wenn wir nicht die Macht übernehmen, werden es andere für uns tun, jene Schufte, die schon alle Arten von Schurken in den Betrieben gewählt haben."*

So war es nur die Furcht vor der Machtübernahme des Sowjets, der die Duma veranlaßte, ihr einige Tage zuvor zur Wiederherstellung der Ordnung geschaffenes Provisorisches Komitee in eine Regierung umzuwandeln. Nachdem dieser Schritt getan war, fand sich Petrograd wie das ganze Rußland von zwei Institutionen beherrscht, der Duma, die die liberale Bourgeoisie repräsentierte, die in den folgenden Monaten weniger 'liberal' wurde, und dem Sowjet, der das Proletariat repräsentierte. Diese Situation, auch aus anderen Revolutionen bekannt, ist in das politische Vokabular als 'Doppelherrschaft' eingegangen.

ZWEI WELTEN

Die Beziehung zwischen den beiden Organen sollte den Lauf der Ereignisse bis zur bolschewistischen Machtergreifung im Oktober bestimmen.

permanente revolution

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

Aufruf der IKL zum 1. Mai

Am 1. Mai werden Millionen Arbeiter in aller Welt gegen Unterdrückung und Ausbeutung demonstrieren und kämpfen. Zu diesem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse gilt es, Bilanz zu ziehen, um,mit den Lehren der vergangenen Kämpfe gewappnet,in die bevorstehenden Kämpfe gehen zu können.

Das zentrale Problem der aktuellen Etappe der Revolution in den Ländern Westeuropas ist der Versuch der Bourgeoisie, die Kämpfe der Arbeiterklasse zunehmend durch Volksfronten zu desorientieren, zu blockieren und in die Niederlage zu führen. In Portugal war es der Bourgeoisie aufgrund der Politik der Klassenzusammenarbeit der reformistischen SP und KP schließlich gelungen, die Macht zu behaupten. Die Krise der kapitalistischen Gesellschaft und die Zerrüttung des bürgerlichen Staatsapparates waren so weit fortgeschritten, daß die Arbeiter die Kapitalisten in ihre Schranken weisen konnten, die Abwälzung der Krisenlasten auf ihre Schultern verhindern konnten und wesentliche Zugeständnisse abtrotzen konnten. Heute nimmt die sozialdemokratische Regierung des Maric Suares Zug um Zug diese Zugeständnisse zurück und bürdet den Arbeitern die Krisenlasten auf. In Italien kapituliert die PCI unter dem Banner des 'Historischen Kompromisses' vor der Regierung Andreotti, desorientiert die Arbeiterklasse und ermöglicht so die massivsten Angriffe auf die Errungenschaften der italienischen Arbeiterklasse. In Spanien gehen PCE und PSOE ein Bündnis mit bürgerlichen Kräften ein und unternehmen alles, um den Kampf gegen das morsche Juan Carlos-Regime zu sabotieren. In Frankreich schließlich verhindert das Volksfrontbündnis von PCF und PS in der 'Union de la Gauche' einen konsequenten Kampf gegen die arbeiterfeindliche Sparpolitik der Barre-Regierung.

Diese Entwicklungen weisen klar auf die zentrale Aufgabe hin: den Aufbau einer revolutionären proletarischen Klassenführung, alternativ zu Sozialdemokratie und Stalinismus. In Portugal hatten verschiedene Gruppen diesen Anspruch erhoben und sich zum größten Teil in einer Art Ersatzpartei, der FUR,zusammengeschlossen. Weder ihre relative Stärke noch ihr Einfluß in der Arbeitervorhut konnten sie vor der Kapitulation vor der KP und dem MFA bewahren. Sie schwankten zwischen dem Programm der Revolution und dem Programm des Reformismus und verkamen zur linken Flankendeckung der Reformisten.

Auch in anderen Ländern Westeuropas haben solche zentristischen Organisationen in zugespitzten Klassenkampfsituationen vor dem Druck der Reformisten kapituliert. In Italien vermochte das Wahlbündnis um die Liste 'Democrazia Proletaria' dem historischen Kompromiß der PCI mit der Losung einer 'Regierung der Linken' nichts anderes als eine linkere Variante der Klassenzusammenarbeit entgegenzustellen. In Frankreich haben verschiedene Organisationen zu den Kommunalwahlen ein Wahlbündnis geschlossen, das vor der Volksfront kapituliert. So wichtig es ist, gegenüber den Volksfrontbündnissen der Reformisten die Einheit der sogenannten extremen Linken herzustellen, so wichtig ist es, auf welcher Grundlage diese Einheit zustandekommt: Nur wenn damit die extreme Linke gegenüber der Volksfront bewaffnet wird und gegenüber dieser ein Konzept der Klassenunabhängigkeit des Proletariats, frei von Sektierertum und Opportunismus vertritt, kann ein solches Bündnis ein Schritt nach vorn sein. Portugal, Italien, Frankreich sind die aktuellen Beweise dafür, daß die zentristischen Organisationen sich bisher als unfähig erwiesen haben, bewaffnet mit einem revolutionären Programm den Aufbau einer,zu Stalinismus und Sozialdemokratie alternativen,Klassenführung anzugehen. Deshalb ist die vordringlichste Aufgabe der Aufbau einer internationalen kommunistischen Partei!

Im Imperialismus,mit seinen weitgehenden Verflechtungen und gegenseitiger Durchdringung der nationalen Wirtschaft,wird jeder Kampf von der Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses bestimmt. Deswegen muß jede revolutionäre Strategie von vornherein eine internationale Strategie sein. Die Bourgeoisien haben vergeblich versucht, die nationalen Schranken zu durchbrechen und ein vereintes Europa zu schaffen. Stattdessen verschärfen sie die Konkurrenz untereinander und verschärfen Ausbeutung und Unterdrückung im Inneren, um nach außen im mörderischen Konkurrenzkampf mithalten zu können. Ihre einzige wirkliche Zusammenarbeit ist die Allianz gegen jede revolutionäre Bestrebung der Arbeiterklasse. Vor allem zu diesem Zweck haben sich die reformistischen Parteien international zu formieren versucht. Die sozialdemokratische II. Internationale hat sich besonders hervorgetan: Als in Portugal die Herrschaft der Bourgeoisie ins Wanken geriet, gründete sie ein spezielles Komitee zur Unterstützung ihrer portugiesischen Schwesterpartei unter Maric Soares, um seiner Politik der Klassenversöhnung den Arbeitern und Werktätigen gegenüber mehr Glaubwürdigkeit und Autorität zu verschaffen. Dabei kommt der westdeutschen Sozialdemokratie eine entscheidende Bedeutung zu. Die Sozialdemokratie hat durch ihre Politik die Kampfkraft der westdeutschen Arbeiter zersetzt und kann die volle Kraft des westdeutschen Imperialismus einsetzen.

Sie unterstützt mit Krediten und Wirtschaftshilfen die Portugiesische PS und die spanische PSOE.Auf die italienische Bourgeoisie übte sie Druck aus, indem sie Kredite an Bedingungen knüpft, welche die KPI aus der Regierung heraushalten sollen und die Regierung nötigen, die Lasten der Wirtschaftskrise verstärkt auf die Werktätigen abzuwälzen. Damit stärkt sie die Machtposition des westdeutschen Imperialismus und vergrößert seinen Einfluß. Sie zwingt auch die Arbeiter in diesen Staaten unter die Knute des Profitstrebens der großen Monopole. Die sozialdemokratische Bundesregierung ist dadurch zur treibenden Kraft zur Verteidigung des Privateigentums geworden und geht daran, in Westeuropa die Repression zu organisieren.Im letzten Jahr hatte sie entscheidenden Anteil an der Verabschiedung der sogenannten 'Konvention gegen Terrorismus' in Europa. Unter dem Vorwand, gegen den sogenannten Terrorismus zu kämpfen, wird das Asylrecht entscheidend eingeschränkt, um politische Gegner dieser Gesellschaftsordnung auch international für vogelfrei zu erklären und reaktionären Regimen auszuliefern. Darüberhinaus hat die sozialdemokratische Bundesregierung massiv die Bundeswehr aufgerüstet, um für alle Fälle die Ordnung der Bourgeoisie zu gewährleisten. Im letzten Herbst organisierte die NATO unter amerikanischer und westdeutscher Anleitung eine mehrmonatige Manöverserie, um durch diese verschleierten Mobilmachungen den bürgerlichen Kräften - vor allem im Mittelmeerraum - den Rücken zu stärken und Druck auf die Arbeiterbewegung in diesen Staaten und auf die Arbeiterstaaten Osteuropas auszuüben. Dieser militärische Druck soll die stalinistische Bürokratie zu politischen Zugeständnissen zwingen, damit die Bourgeoisie ihrem Traumziel näherkommt: der Wiedererrichtung ihrer Herrschaft in diesen Staaten,um auch die Menschen dort direkt ausbeuten zu können. Diesem Ziel muß sich die herrschende stalinistische Bürokratie widersetzen, weil ihre eigene Herrschaft über die Arbeiter daran gebunden ist, daß die Bourgeoisie enteignet ist und die Produktion nach einem nationalen Plan organisiert wird. Nur auf dieser Grundlage kann sie ihre Privilegien gegenüber den Arbeitern dieser Staaten bewahren. Dazu muß sie die Arbeiter politisch entrechten und unterdrücken; dazu ist sie gleichermaßen zu Kompromissen an den Imperialismus bereit und liefert die Arbeiter der kapitalistischen Staaten über die Politik der Klassenzusammenarbeit und Volksfronten an das Messer der Konterrevolution. Das Kampfziel der Arbeiter für diese Staaten muß die unbedingte Verteidigung der grundlegenden Errungenschaften der Arbeiterklasse sein. Dazu muß die Bürokratie gestürzt werden, die diese permanent gefährdet. Deshalb Unterstützung der Arbeiterkämpfe gegen die Bürokratie und für die Räteherrschaft wie im Sommer letzten Jahres in Polen. Solidarische Unterstützung der Vertreter der linken Opposition wie Biermann bei gleichzeitiger kritischer Auseinandersetzung mit ihrer Politik, die bis zur Zustimmung der Klassenzusammenarbeit der stalinistischen Parteien in Westdeutschland reicht. Kampf gegen die Vertreter der bürgerlichen Opposition wie Solschenizyn und Bukowski - und Kampf gegen die Unterstützung dieser bürgerlichen Kräfte durch den Imperialismus, vor allem der Sozialdemokratie.

Die österreichische Sozialdemokratie, die nun bald vor 7 Jahren mit Reformversprechungen die Regierungsverantwortung übernahm und die dabei nicht nur auf den Großteil der Arbeiterklasse (auf den sie sich stützt) zählen konnte, sondern der damals ein Einbruch in kleinbürgerliche Schichten gelang, geht nun immer offener und unverblümter dazu über, die Lasten der kapitalistischen Krise auf die Arbeiterklasse überzuwälzen.

In ihren Propagandareden und -artikeln zeichnet sie zwar stets ein rosarotes Bild der allgemeinen Zufriedenheit und des Glückes, doch diese Propaganda hält der Realität nicht stand. All die Märchen, die vom 'freien und glücklichen Österreich', vom 'Kampf gegen die Armut' erzählen, hatten stets nur die Aufgabe, vor den Massen die wahre Aufgabe dieser Regierung zu verschleiern. Sie sollte das imperialistische Österreich näher an das imperialistische Europa - konkret an die EWG - bringen und gleichzeitig die daraus entstehenden Kosten auf die Massen überwälzen. Und die SPÖ war dazu auch weit eher als die traditionelle Partei der österreichischen Bourgeoisie - die ÖVP - in der Lage. Zum einen bot sie den Kapitalisten einen in sich geschlossenen Apparat - anders als die ÖVP, in der das Bündewesen stets Widersprüche erzeugt -, zum anderen, war und ist sie eine Partei der Arbeiterbewegung, die zwar dem bürgerlichen Staat verhaftet ist, aber auf der aktiven Unterstützung der Arbeiter beruht.

Fortsetzung auf Seite 14

